

12. Mainzer MedienDisput

2007



Claudia Kristine Huber

Black Box Brüssel

Journalismus zwischen Affirmation und Kontrolle



Das neue Programm 2008
Jetzt anfordern!

www.fes.de/journalistenakademie

BASIS-MODULE

Kernkompetenzen

Medienpraxis

Berufsrolle und
neue Herausforderungen

Politik-
berichterstattung

SPEZIAL-MODULE

Hospitationsprogramme

Medienpolitischer Diskurs

SommerAkademie



**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

Friedrich-Ebert-Stiftung
JournalistenAkademie
52175 Bonn
Telefon 0228 883 364
journalistenakademie@fes.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1. Einleitung	6
1.1 Stand der Forschung	9
2. Allgemeiner Überblick	11
2.1 Politischer Journalismus und Demokratie	11
2.1.1 Theorien der Nachrichtenproduktion	11
2.1.2 Gatekeeper-Forschung	12
2.1.3 Agenda-Setting	13
2.1.4 Deutsche Journalisten	13
2.1.5 Die Arbeitssituation in Brüssel	14
2.2 Politische Öffentlichkeitsarbeit	15
2.2.1 PR und politische Kommunikation in der EU – Besonderheiten und Schwierigkeiten	15
2.2.2 Die Interdependenz zwischen Politik und Medien – Die Makroperspektive	16
2.2.3 Die Interaktionen zwischen PR-Personal und Journalisten – Die Mikroperspektive	17
3. Forschungsfragen	18
4. Methode	18
4.1 Die befragten Journalisten	18
4.2 Analyse und Interpretation	20
5. Ergebnisse	21
5.1 Politik jenseits öffentlicher Kontrolle	21
5.2 Das System Brüssel: Kein Nachrichtenwert	22
5.2.1 Bürokratie statt Showdown	22
5.2.2 Komplexitätsfalle	22
5.2.3 Black Box Brüssel	23
5.3 Der Arbeitsplatz Brüssel	24
5.3.1 Raumschiff Brüssel – ein spezieller Posten für Korrespondenten	25
5.3.2 Deadlines und Zeitdruck	26
5.3.3 Der Einfluss der Heimatredaktion	27
5.4 Steckbrief: EU Korrespondent	28
5.4.1 Einstellungen zur Europäischen Union	28
5.4.2 Journalistische Rollen	28
5.4.3 Das Publikumsbild der Journalisten	29
5.5 Der Umgang von Journalisten mit Informationsquellen	30
5.5.1 Die Europäische Kommission	30
5.5.2 Das Europäische Parlament als Informationsquelle	31

5.5.3 Der Europäische Rat und der Ministerrat als Informationsquellen	32
5.5.4 Unter drei	33
5.5.5 Eine Lawine von Information	35
5.5.6 Die Hackordnung	35
5.5.7 Kooperation zwischen Brüsseler Journalisten	36
5.5.8 „Der nationale Klüngel“	37
5.6 Agenda Setting	38
5.7 Recherche-Journalismus in Brüssel	40
6. Handlungsempfehlungen	41
6.1 Verbesserungspotentiale auf Seiten der Medien	41
6.1.1 Journalisten	41
6.1.2 Medienorganisationen	41
6.2 Verbesserungspotentiale auf Seiten der Politik	42
6.2.1 Nationale politische Institutionen und Akteure	42
6.2.2 EU-Institutionen und politische Akteure	42
7. Fazit	44
8. Literatur	46
Danksagungen, Biographie	50

Veranstalter des MainzerMedienDisputs:



Impressum

Herausgeber:
MainzerMedienDisput
zum 12. MainzerMedienDisput
am 21./22.11.2007
www.mediendisput.de

c/o MGS Marketing GmbH
Mittelstraße 5
56579 Hardert
info@mediendisput.de
Tel. 02634/9688-0
Fax 02634/9688-19

verantwortlich:
die Projektgruppe MainzerMedienDisput
Redaktion: Dr. Thomas Leif

Autorin: Claudia Kristine Huber
Studentische Projektmitarbeiterin: Franziska Oehmer

Diese Studie ist in Zusammenarbeit mit dem Institut für Medien- und Kommunikationspolitik (IfM) in Berlin entstanden. Sie wurde aus Etatmitteln des MainzerMedienDisputs und zweckgebundenen Zuweisungen der FES – Friedrich-Ebert-Stiftung und der Ing DiBa AG gefördert.

Gestaltung und Satz: MGS Marketing GmbH

Druck: Görres Druckerei GmbH
56070 Koblenz

©MainzerMedienDisput, November 2007

Vorwort

Europa braucht eine bessere und intensivere journalistische Begleitung – die „Black Box Brüssel“ bremst die europäische Integration.

Wer sich mit Europa, den europäischen Institutionen und dem Machtgeflecht in Brüssel beschäftigt, wird meist milde belächelt – oder ignoriert. Die alte These, dass politische Macht stets von einer besonderen medialen Aufmerksamkeit begleitet wird, ist im „Fall Europa“ außer Kraft gesetzt. Diese Erfahrung musste sogar der frühere Bundespräsident Roman Herzog machen. Seine scharfe Kritik am Demokratieverfall der europäischen Institutionen und der unzulänglichen Kontrolle europäischer Institutionen ist t r o t z prominenter Platzierung, unter anderem in der Welt am Sonntag, weitgehend ignoriert worden. Die politische Klasse schweigt, obwohl es um ihre eigenen Interessen geht.

Warum die europäischen Institutionen – insbesondere die mächtige Kommission – nicht an einer wirksamen Kontrollfunktion der Medien interessiert sind, könnte man noch verstehen. Keine Bürokratie, auch keine gut geölte Ministerialbürokratie, lässt sich gerne in die Karten schauen. Aber warum Europa-Politiker und die demokratischen Parteien sich mit der systematischen medialen Vernachlässigung ihrer Arbeit und ihrer Aufgaben abgefunden haben, bleibt im Dunkeln.

Für den MainzerMedienDisput war dieses Ausgangsszenario der Grund für die auf den ersten Blick sperrige Themenwahl in diesem Jahr. Die europäische Öffentlichkeit, die Chancen und Grenzen der Medienberichterstattung und Vorschläge für eine Verbesserung der Transparenz im „Raumschiff Brüssel“ stehen im November 2007 auf der Tagesordnung.

In guter Tradition wollen wir diese überfällige Debatte mit der vorliegenden Studie der Kommunikationswissenschaftlerin Claudia Huber unterfüttern. Frau Huber präsentiert Ihnen in der Studie „Black Box Brüssel“ die wichtigsten Erkenntnisse der vorliegenden Forschung. Sie hat zudem die Arbeitspraxis der Journalisten in Brüssel erkundet, Defizite und deren Hintergründe analysiert und die Systeme von „agenda setting“ und „agenda cutting“ untersucht. Aus der Summe ihrer Erkenntnisse leitet sie zudem konkrete Lösungsvorschläge ab.

Im Rahmen der „modernen Begegnungsindustrie“ rauschen die Worte auf den Kongress-Podien oft rasch vorbei. Damit sie die Argumente, Thesen, Analysen und klugen Gedanken später noch einmal neu sortieren und einordnen können, liefern wir Ihnen mit dieser Studie den intellektuellen Kitt, der die vielen Mosaiksteine zusammenhält. Auch die vorangegangenen Studien des MMD haben diesen Zweck erfüllt und ein breites mediales Echo gefunden. Uns geht es vor allem darum, verdichtetes Wissen gut aufgearbeitet zu präsentieren.*

Wir hoffen, dass wir damit dem selbst gesteckten Ziel des MainzerMedienDisputs, den Qualitäts-Journalismus und eine seriöse Medienpolitik in Rede und Gegenrede zu fördern, entsprechen.

Mainz, 15.11.2007
Dr. Thomas Leif

* Diese und andere Studien des MMD können Sie unter www.mediendisput.de herunterladen.

Claudia Kristine Huber

Black Box Brüssel – EU-Journalismus zwischen Affirmation und Kontrolle

1. Einleitung

Anfang 2007 sahen Bundespräsident a.D. Roman Herzog und Lüder Gerken, Direktor des Zentrums für Europäische Politik, in der „Welt am Sonntag“ das Ende der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland heraufziehen. Die sonst der Übertreibung eher unverdächtigen Herren hatten auf Basis einer Erhebung des Justizministeriums eigene Berechnungen angestellt und waren zu dem Schluss gekommen, dass zwischen 1998 und 2004 glatte 84 Prozent der Rechtsvorschriften in Brüssel initiiert worden seien. Nun warnen die Autoren eindringlich vor europäischem Zentralismus und der Entmachtung gewählter deutscher Volksvertreter. Obwohl der Zeitpunkt der Intervention – das 50. Jubiläum der Römischen Verträge und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft – gut gewählt und der Ton alarmierend war, wurde das Thema kaum aufgegriffen. Zwar wies Bundestagspräsident Norbert Lammert in einer Replik beschwichtigend darauf hin, dass die europäische Vorschrift zur Kennzeichnung von Nüssen kaum gegen die Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches aufgerechnet werden könne. Ansonsten aber war das Echo auf die gezielte Provokation kaum vernehmbar. Dieser gescheiterte Versuch, eine grundsätzliche Diskussion über die Struktur der EU anzuregen, zeigt zweierlei: Zum einen spielt Brüssel inzwischen auf vielen Feldern die politische Hauptrolle. Wie auch immer man den Brüsseler Einfluss auf die deutsche Politik im Einzelnen gewichtet, ein Großteil der Gesetze, die unser tägliches Leben ordnen und regeln, wird von der EU bestimmt. Zum anderen löst diese Tatsache keine entsprechende mediale Reaktion aus. Der wirtschaftlichen und politischen Macht Europas steht keine äquivalente Berichterstattung gegenüber. Europapolitik wird, 50 Jahre nach Abschluss der Römischen Verträge, in vielen Bereichen noch immer unter Ausschluss der Öffentlichkeit gemacht.

Die folgende Studie hat das Ziel zu analysieren, unter welchen Bedingungen die Quantität und vor allem die Qualität von EU-Berichterstattung in deutschen Medi-

en verbessert werden kann. Dafür sollen die Schwachpunkte aktueller EU-Berichterstattung benannt und im Hinblick auf ihre Ursachen hinterfragt werden. Es geht dabei allerdings nicht um eine reine Medien- und Journalismuskritik, wie sie in diesem Kontext schon diverse Male formuliert wurde (siehe z.B. Tillack 2004, 2006), sondern vor allem darum, die Strukturen, in denen EU-Berichterstattung stattfindet, zu analysieren. Im Fokus der Untersuchung steht dabei die Ermittlung von Faktoren, die die Qualität von EU-Berichterstattung positiv beeinflussen könnten.

Eine Hauptursache für den geringen Medialisierungsgrad des politischen Prozesses in Brüssel im Vergleich zu den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU ist das grundsätzliche Verhältnis der Europäischen Union zu den Medien. In allen westlichen Demokratien ist die Entwicklung der Medien historisch eng mit der Entwicklung des Staates und seiner Demokratisierung verknüpft. Eine Symbiose zwischen Mediensystem und politischem System hat sich im Falle der EU jedoch nicht herausgebildet. In der Folge existieren keine grenzübergreifenden EU-Medien. Die Möglichkeit der Entwicklung solcher europäischer Medien beschreibt Machill als sehr unwahrscheinlich. „Die Überlegung, ein europäisches Fernsehen könne in den Köpfen der Europäer eine ähnlich einheitsstiftende Wirkung haben wie nationale TV-Sender für die Bürger einer Nation, hat sich als unzulässige Übertragung just dieser nationalen Erfahrung herausgestellt“ (1997:185).

Aus dieser historisch einmaligen Situation einer transnationalen Regierung ohne einheitliches Mediensystem hat sich eine Sonderform im Verhältnis von Politik und Medien gebildet. Für die politische Avantgarde der europäischen Integration hat die Kommunikation mit den Bürgern zunächst kaum eine Rolle gespielt. Gramberger nennt den PR-Ansatz von Jean Monnet als Präsidenten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) einen Versuch der Informationsverhinderung (1997:327). Margot Wallström, die für die

Kommunikationstrategie verantwortliche Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, resümiert: „Wir waren lange Zeit ein Projekt für eine politische Elite. Wir waren schlechte Zuhörer, haben die Dinge schlecht erklärt und EU-Themen schlecht auf der politischen Bühne der Mitgliedsstaaten positioniert“ (2005:1). Der Journalist Backhaus spottete im März 1999 in der Berliner Morgenpost: „Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus waren neben Kuba, Nordkorea und der Mafia noch zwei geschlossene Gesellschaften übrig: Die Europäische Kommission und das IOC“ (4). Bis in die institutionelle Anlage der Europäischen Union hinein hat dieses Verständnis einer paternalistischen Politik der Eliten tiefe Spuren hinterlassen. Europäische Politik hängt in viel geringerem Maße als nationale Politik von der Zustimmung der Bevölkerung ab. Damit werden Politiker auch bis zu einem gewissen Grad unabhängig von den Medien. Und obwohl die Macht der Medien in der Demokratie mindestens seit Kennedys televisionärem K.O.-Sieg über Nixon unter Verdacht steht, Inhalte aus der Politik zu verdrängen, ist es doch genau diese Abhängigkeit der Politiker von der öffentlichen Wahrnehmung, die Politik erst zu einem sichtbaren Stück auf einer einigermaßen ausgeleuchteten Meinungsbühne gemacht hat.

Diese Situation hat, gemeinsam mit anderen Einflussfaktoren, dazu geführt, dass die europäische Integration zwar ökonomisch und politisch immer mehr vorangeschritten ist, dass aber die EU-Institutionen und Akteure den Medien und folglich auch den Bürgern weitgehend fremd geblieben sind. Brettschneider und Rettich kommen in ihrer empirischen Untersuchung zur Präsenz der EU in der Berichterstattung deutscher Medien¹ auch im Jahr 2005 noch zu dem Schluss: „Offenbar ist die Europäische Integration in den Redaktionsstuben noch nicht wirklich angekommen“ (2005:140). Voltmer und Eilders zeigen in ihrer Analyse der Berichterstattung deutscher Tageszeitungen (1994–1998), dass die Medien, wenn sie berichten, dies aus einer stark national geprägten Sicht tun (2003:194). Diese Haltung deutscher Medien zu Europa zeigt sich auch in der Struktur der Redaktionen. Meist ist die Berichterstattung über die EU im Ressort Außenpolitik angesiedelt. Berichtet wird nicht aus europäischer Sicht, sondern aus nationalstaatlicher Perspektive. „Zwischen europäischem Rock und nationalem Hemd“, so beschreibt Michael Stabenow, EU-Korrespondent der FAZ, seine Stellung in Brüssel (2004:230–236).

Doch ganz abgesehen von Strukturen der Nachrichten-

produktion: Schon die Inhalte der Europaberichterstattung selbst stellen Journalisten vor eine schwierige Aufgabe. Die Prozesse sind langwierig und lassen sich nur selten zu Schlagzeilen – oder gar Dreißigsekündern – verdichten, wie es der Takt der Medien vor allem in Zeiten der verstärkten Kommerzialisierung häufig vorgibt (Meyer 2002:8). Zudem ist es für durchschnittliche EUBürger, also für das „Publikum“ der Journalisten, schwierig, europäische Gesetzgebungsprozesse und die Verteilung von Kompetenzen zwischen EU und Nationalstaat zu überblicken (vgl. z.B. Koopmans, Neidhardt und Pfetsch 2000:15).

Übrig bleibt oft der Vorwurf an Journalisten, defizitär über Prozesse der Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene zu berichten oder nur Sprachrohr der – selbst als defizitär wahrgenommenen – politischen Kommunikation der europäischen Institutionen zu sein (Tillack 2006:35). Dieser Vorwurf geht über die reine Medienkritik hinaus, er berührt das demokratische Selbstverständnis Europas: Politischen Entscheidungen fehle auf europäischer Ebene die demokratische Legitimation; und dies eben nicht allein aufgrund des strukturellen Aufbaus der europäischen Institutionen, sondern vor allem wegen der mangelnden Transparenz politischer Abläufe (siehe z.B. Habermas 2001:9). Für den politischen Prozess bedeutet ein Mangel an Berichterstattung und somit an Öffentlichkeit auch einen Mangel an Feedback-Möglichkeiten durch die europäische Bevölkerung und damit einen Mangel an Demokratie, Legitimation und nicht zuletzt an Akzeptanz.

Journalisten könnten als Multiplikatoren und Kontrollinstanz zur Legitimierung europäischer Politik beitragen. Dazu müssten aber Themen schon in der Diskussion und vor einer Entscheidung kommuniziert werden, der Entscheidungsprozess mit seinen politischen Konflikten müsste transparent gemacht werden, und politische Akteure müssten als gestaltende Figuren in diesem Prozess sichtbar werden (siehe Meyer 1999:622).

Hier liegt sowohl die Herausforderung für politische Akteure und Kommunikationsbeauftragte der europäischen Institutionen, Prozessen mehr Transparenz zu verleihen, als auch die Herausforderung für Journalisten, über diese Prozesse adäquat zu berichten.

Eine Berichterstattung, die ihrem Gegenstand gerecht wird, ist aus Gründen, die sowohl im politischen System als auch in der Organisation der Medienberichterstattung verankert sind, momentan kaum möglich. Individuen haben im Prozess der politischen Kommunikation

¹ Durchschnittlich wurden von 1998 bis 2004 in den von Brettschneider und Rettich untersuchten Hauptnachrichtensendungen und den überregiona-

len Tageszeitungen nur fünf Prozent der gesamten Berichterstattung für EU-Themen verwandt (2005:141).

zu Europa wenig Handlungsspielraum, so lange die Strukturen der Europaberichterstattung nicht der Bedeutung des politischen Projekts der europäischen Integration angepasst werden. Im Einzelnen kommt diese Studie zu folgenden Ergebnissen:

- Kommunikationswissenschaftliche Theorien aus dem nationalen Kontext lassen sich im transnationalen Setting der EU nicht ohne weiteres anwenden. Die Medialisierung der Politik, die im nationalen Zusammenhang stetig zunimmt, hat auf europäischer Ebene noch nicht stattgefunden. Im Gegenteil: Der Verwaltungsapparat der transnationalen Regierung ist in keiner Weise auf die Bedürfnisse der Massenmedien ausgerichtet. Hauptgrund dafür ist die geringere gegenseitige Abhängigkeit der Systeme Politik und Medien. Auf der Mikroebene zeigt sich dies an der Stelle, wo die Systeme zusammentreffen: in den Interaktionen der Journalisten mit politischen Akteuren sowie mit deren Sprechern.
- Meldungen aus Brüssel weisen selten die heute relevanten Nachrichtenfaktoren auf. Prozesse und Entscheidungen sind überkomplex, an Stelle von Showdowns zwischen Parteien, Positionen und Personen treten Bürokratie und Verwaltung. Die Intransparenz europäischer Entscheidungsprozesse erschwert die Berichterstattung zusätzlich und macht News aus Europa für den durchschnittlichen Bürger unverständlich.
- Die Medien haben es versäumt, adäquate Rahmenbedingungen für die EU-Berichterstattung zu schaffen. So sind die Redaktionen in Brüssel bis auf wenige Ausnahmen chronisch unterbesetzt, was Recherche nur eingeschränkt möglich macht. Viele Medien beschäftigen ausschließlich freie Mitarbeiter, die unter großem Zeitdruck arbeiten.
- Die Redakteure in den Heimatredaktionen sind mit den Feinheiten europäischer Politik selten in ausreichendem Maße vertraut. Zudem schätzen sie das Publikumsinteresse an EU-Nachrichten gering ein. Gerade in diesen Redaktionen wird aber entschieden, welche Geschichte es ins Blatt oder in die Sendung schafft.
- Auch die meisten EU-Korrespondenten trauen ihrem Publikum weder das Interesse noch das Verständnis für eine differenziertere Darstellung der europäischen Zusammenhänge und Prozesse zu – ein Publikumsbild, das anspruchsvollere EU-Berichterstattung erheblich behindert.
- Die Korrespondenten selbst sind grundsätzlich eher pro-europäisch eingestellt. In ihrem Berufsbild folgen die meisten Korrespondenten eher einem informationsvermittelnden und erklärenden Rollenmuster als einem kritisch-kontrollierenden Journalismusverständnis.
- Die EU-Kommission in Brüssel schwankt zwischen einer nachlässigen bis defensiven Kommunikationspolitik und der Übersättigung der Journalisten mit Informationen. Das Parlament gilt zwar als offener, ist aber politisch weniger bedeutend. Im Europäischen Rat und im Ministerrat werden nationale Regierungen zu Akteuren der Europakommunikation. In diesem Moment treten Phänomene auf, die aus dem nationalen Kontext bekannt sind: „Spin Doctoring“ und Instrumentalisierungsversuche durch Informationsmanagement.
- Transnationale Kooperationen zwischen Journalisten, wie sie im Brüsseler Alltag intensiv praktiziert werden, schaffen Transparenz und verbessern damit die Qualität der Berichterstattung erheblich. Durch transnationale Zusammenarbeit werden die Journalisten zur Avantgarde einer europäischen Öffentlichkeit und kontrollieren politische Akteure auf Ebene der EU effektiver als der journalistische Einzelkämpfer. Durch Kollaborationen erlangen sie eine vergleichsweise einflussreiche Position gegenüber politischen Akteuren im Kontext der EU-Politik.
- Nach wie vor lässt sich konstatieren, dass die Agenda auf europäischer Ebene stark von den Institutionen vorgegeben wird und dass Journalisten diese eher affirmativ begleiten als sie kritisch zu hinterfragen.
- Zwar ergibt sich aus den Selbstbeschreibungen der Journalisten, dass diese sich auch auf Ebene der EU als „Vierte Gewalt“ sehen, die politische Macht kritisch kontrolliert. Allerdings zeigen Inhaltsanalysen, dass deutsche Journalisten besonders positiv über die EU berichten. Die Gesamtschau der Ergebnisse dieser Studie legt nahe, dass die genannten Rahmenbedingungen stärkere Auswirkungen auf die Berichterstattung haben als die individuellen Rollenverständnisse.

1.1 Stand der Forschung

Schon nach dem negativen Ausgang des Referendums zum Vertrag von Maastricht 1992 in Dänemark, dem knappen Ausgang des Referendums in Frankreich (nur 51 Prozent der Bevölkerung stimmten für den Vertrag) und den Verfassungsklagen gegen den Vertrag in Deutschland war klar, dass die Bürger intensiver als nur zur Abstimmung über politische Verhandlungsergebnisse in den europäischen Integrationsprozess eingebunden werden müssen. Die Frage nach der Bedeutung politischer Kommunikation im Kontext der EU und nach der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit wurde so Anfang der 90er Jahre vermehrt Gegenstand der akademischen wie politischen Debatte.

Im Frühjahr 2005 brachte das Scheitern der Referenden zur europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden das Thema der Legitimation europäischer Politik erneut auf die Agenda. An den Wegmarken der Integration, die eine explizite Zustimmung der Bürger zum Projekt EU voraussetzten, wurde deutlich, dass diese grenzüberschreitende politische Unternehmung nicht ohne einen Dialog mit den Bürgern, der den Anforderungen demokratischer Strukturen gerecht wird, voranschreiten kann.

Die Untersuchung der kommunikativen Voraussetzungen einer europäischen Demokratie hat inzwischen ein ganzes Forschungsfeld hervorgebracht. Im Vordergrund steht stets die Frage nach empirischen wie normativen Parametern einer europäischen Öffentlichkeit. Dabei haben sich die Untersuchungen zunächst auf Texte, also Medien-Output konzentriert. Vor allem Zeitungsanalysen sollen den Grad der Europäisierung und Synchronisierung politischer Debatten in den Mitgliedsstaaten der EU messen (vgl. z.B. Risse 2004; Voltmer & Eilders 2003). Auch theoretische und normative Konzeptionen europäischer Öffentlichkeit haben sich im Zuge dessen weiterentwickelt (vgl. z.B. Eder 2000, Eder & Kantner 2000; Kleinsteuber 2004).

Die vorliegende Studie befasst sich nicht mit dem Output der Berichterstattung und nur am Rande mit der oft beschworenen „Europäischen Öffentlichkeit“. Die Untersuchung beschäftigt sich vielmehr mit jenen Akteuren, ohne die in modernen ausdifferenzierten Gesellschaften

Öffentlichkeit nicht entstehen kann: mit den Journalisten.

Die Studie kann dabei auf eine Reihe von Arbeiten aufbauen, die mit jeweils unterschiedlichem Erkenntnisinteresse diese Akteure der journalistischen Berichterstattung über die EU bereits in den Fokus genommen haben. Meyer analysiert anhand dreier ausgewählter Skandale², die sich alle in der Amtszeit der EU-Kommission unter Jacques Santer (1995–1999) ereignet haben, das Verhältnis der Brüsseler Korrespondenten zu den europäischen Institutionen. Dabei geht er der Frage nach, in welchem Maße es dem Presse Corps in Brüssel gelingt, eine europäische Medienöffentlichkeit zur Kontrolle der EU-Kommission herzustellen.

Er kommt zu dem Ergebnis, „dass eine öffentliche Kontrolle von supranationalen Institutionen auch mittels der vornehmlich national vermarkteten Medienprodukte möglich ist. Die Medienvertreter in Brüssel sind (...) in einen transnationalen Recherche-, Meinungsbildungs- und Agenda-Setting-Prozess eingebunden und gestalten diesen maßgeblich mit“ (Meyer 2002:183). Er sieht dabei die transnationale Kooperation von Journalisten als Bedingung für eine effektive mediale Kontrolle politischer Macht³.

Die Untersuchung kommt in ihren Zielen dem hier dargestellten Projekt am nächsten. Jedoch hat Meyer nicht explizit die deutsche Europaberichterstattung untersucht, sondern eine multinationale Auswahl von Korrespondenten befragt. Auch betrachtet er das Zusammenspiel von politischer PR und Journalismus in Brüssel ausschließlich im Kontext von Skandal-Situationen. Die Ergebnisse dieser Studien geben daher kaum Aufschluss über alltägliche Arbeitsroutinen der Brüsseler Korrespondenten und PR-Praktiker. Es kann angenommen werden, dass PR und Journalismus ihre Arbeitsweisen in Krisenzeiten verändern (Barth und Donsbach 1992; Szycka 1997:220). Journalisten entwickeln investigativere Arbeitsweisen, während PR-Praktiker sich defensiver verhalten. Zudem hat er allein Akteure, die aus Brüssel heraus agieren, untersucht⁴. Doch wie auch Baisnée schreibt: „One also needs to take into account (...) how editors in national capitals deal (...) with the articles their correspondents send them from Brussels“ (2004:153).

Baisnée untersucht die Arbeit französischer und briti-

² Meyer untersucht folgende Fälle: „Korruption im Bereich der gemeinschaftlichen Tourismuspolitik, den fahrlässigen Umgang mit den Risiken der Rinderseuche BSE für die Verbraucher sowie den Vorwurf des Betrugs und der Vetternwirtschaft im Echo/Cresson-Fall“ (2002:91).

³ In diversen Publikationen zum Thema behandelt Meyer das Kommunikationsdefizit der EU und beleuchtet die Rolle politischer Kommunikation im Prozess der Legitimation von EU-Politik. In diesem Rahmen diskutiert er auch normative Erwartungen an einen europapolitischen Journalismus in

Brüssel (1999; 2002; 2003; 2004).

⁴ Meyers Studie beruht auf semi-strukturierten Interviews mit Akteuren, „die im Prozess der medial vermittelten Meinungsbildung über die EU mitwirken“ (2002:36). Genauere Angaben sind in der Studie nicht zu finden. Zudem hat er Fragebögen von 70 internationalen Korrespondenten ausgewertet und eine teilnehmende Beobachtung „des Brüsseler Nachrichtenprozesses“ (ebd. 37) durchgeführt.

scher Korrespondenten in Brüssel und geht dabei der Frage nach, ob ein spezifisch politischer Journalismus auf EU-Ebene existieren kann. Er entwickelt aus den Journalismus-inhärenten sozialen Strukturen eine differenzierte Typologie des Brüsseler Journalismus im Hinblick auf sein Politisierungspotenzial (2000). Dabei kommt er zu dem Schluss, dass erst ein kleiner Teil der französischen Pressevertreter in Brüssel investigativen und politischen Journalismus betreibt, während die Mehrheit eher dem „institutionellen Journalismus“ zuzuordnen ist. Die britische Presse dagegen beschreibt er als stark polarisierend und von nationalen Konfliktlinien in der Berichterstattung beeinflusst (2000: 3).

Dass die Europäische Kommission selbst inzwischen die Bedeutung der Analyse politischer Kommunikation auf EU-Ebene verstanden hat, zeigt sich in der Förderung großer transnationaler Forschungsprojekte zu diesem Thema. Die Projekte AIM – Adequate Information Management – und Europub – The Transformation of Political Mobilisation and Communication in European Public Spheres – wurden beide aus Mitteln der Kommission finanziert.

Das AIM Projekt liefert dabei die aktuellste und umfassendste Datenbasis. Es ist ein interdisziplinäres Forschungsprogramm in elf Ländern. In zwei Feldstudien im Jahr 2005 und 2006 wurden die Daten – eine Kombination aus Interviews und Inhaltsanalysen – erhoben. Die auf drei Jahre angelegte Studie geht der Frage nach, warum die Medienberichterstattung zur Europäischen Union qualitativ und quantitativ nicht der tatsächlichen Bedeutung der EU-Politik entspricht. Die Untersuchung

von Arbeitsprozessen und Routinen von EU-Korrespondenten⁵ ist ein wichtiger Teilbereich der umfassenden Studie, die vom Erich-Brost-Institut in Dortmund koordiniert wird.

Es ist an dieser Stelle unmöglich, die Ergebnisse des AIM Projektes in Gänze darzustellen. Für die vorliegende Untersuchung wesentlich ist jedoch die Erkenntnis, dass deutsche Medien EU-Nachrichten noch immer als Auslandsberichterstattung behandeln, obwohl den Journalisten die Bedeutung der Entscheidungen europäischer Institutionen für die nationale Politik durchaus bewusst ist. Generell wurde den Journalisten eine gewisse Unsicherheit und mangelnde Kompetenz im Umgang mit EU-Nachrichten attestiert.

Ebenfalls mit einem transnationalen Forscherverbund hat sich das Projekt Europub dem Thema gewidmet. Die Studie, die von 2001 bis 2004 lief, untersucht die Europäisierung von Öffentlichkeit in sieben Ländern⁶. Die Interviewstudie mit deutschen Journalisten hat unter anderem ergeben, dass die Ressourcen, die ein Medium für EU-Berichterstattung zur Verfügung stellt, entscheidend sind für Qualität und Quantität der EU-Berichterstattung. Besonders die personelle Ausstattung der Korrespondentenbüros in Brüssel entscheidet darüber, ob die Journalisten einer Zeitung Anschluss an das internationale Korrespondenten-Netzwerk in Brüssel finden und somit Zugang zu wertvollen Informationen erhalten. Die Öffentlichkeitsarbeit der europäischen Institutionen sehen die befragten Journalisten sehr kritisch (vgl. Adam & Berkel 2004).

⁵ Für den deutschen Fall basiert die Analyse auf 17 teilstandardisierten Tiefen-Interviews mit Brüsseler Print-, Fernseh-, Online- und Agenturjournalisten. Es handelt sich um Vertreter folgender Medien: Süddeutsche Zeitung, Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), Bild-Zeitung, ARD (Tageschau), RTL (RTL aktuell) und Deutsche Presseagentur (dpa).

⁶ Die Inhaltsanalyse erstreckt sich über den Zeitraum von 1980 bis 2002.

Untersucht wurden jedoch für den deutschen Fall allein Journalisten von Tageszeitungen. Für die Interview-Studie wurden 14 Journalisten nach ihrer Funktion im Prozess der Nachrichtenproduktion ausgesucht. Es handelt sich um Journalisten der Süddeutschen Zeitung, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Bild-Zeitung sowie der Leipziger Volkszeitung.

2. Allgemeiner Überblick

2.1 Politischer Journalismus und Demokratie

Die Erwartungen, die in demokratischen Systemen an Medien und Journalismus gestellt werden, hängen stark von dem jeweils vorausgesetzten Demokratiemodell ab. Als wichtigste Funktion der Medien in westlichen Demokratien wird jedoch meist die Kontrolle der staatlichen Institutionen – also die Funktion der Medien als „watchdog“ (oder auch als „Vierte Gewalt“) gesehen. „A free press is required for protection of the autonomy of civil society from the potentially despotic incursions of the state“ (Scammel and Semetko 2000:xiii).

Im Gegensatz zu dieser eher reaktiven Funktion betonen andere Autoren das Potenzial der Medien, Bürger zu informieren, eine Brücke zwischen Politik und Bürgern zu bauen und letztlich gesellschaftsbildend zu wirken. „[The media] provide a channel of communication between government and governed, which helps society to clarify its objectives, formulate policy, co-ordinate activity and manage itself“ (Curran 2000:127). Unter diesem Blickwinkel bilden Medien ein Forum, auf dem sich täglich eine öffentliche Willensbildung und eine Artikulation dieses Willens dem Staat gegenüber vollziehen.

Auf der Suche nach einem politischen Journalismus auf Ebene der EU stellt Baisnée fest, dass es mindestens drei Formen des EU-Journalismus in Brüssel gibt, die Aufschluss über den Grad der Politisierung von Nachrichten geben. Erstens den institutionellen Journalismus, der ohne politische Interpretation die Tagesordnung der europäischen Institutionen verkündet und Neuigkeiten vermeldet. Journalisten, die einen solchen Ansatz verfolgen, unterstützen meist das europäische Projekt sowie die Institutionen der EU. Zweitens den investigativen und politisierenden Journalismus, der sich gegen die Verkündung technokratischer Nachrichten aus den EU-Institutionen wehrt und eine aktiv nachforschende, kritische Berichterstattung verfolgt. Diese ersten beiden Idealtypen des EU-Journalismus schreibt Baisnée eher den französischen Journalisten zu (2000:10). Diese Gruppen sind häufig nicht trennscharf zu bestimmen und befinden sich gerade deshalb in einem lebendigen Prozess von ständiger Rechtfertigung und Abgrenzung zueinander. Gleichzeitig sieht er diese Typen des Journalismus tendenziell als chronologische Abfolge. Die institutionelle Form, quasi die „Urform“ der EU-Berichterstattung, wurde erst im Laufe des Integrationsprozesses durch eine politischere und investigativere Form des

Journalismus ergänzt – ohne gänzlich verdrängt zu werden. Drittens beschreibt er einen weiteren Typus des EU-Journalismus, der tendenziell eher im britischen Presse Corps in Brüssel vorzufinden ist – die politisierte Berichterstattung aus einer national geprägten Perspektive, die sich nach der jeweiligen politischen Linie des Auftrag gebenden Mediums richtet. Diesen Typus sieht Baisnée durch die von klarer politischer Positionierung und Parteinahme geprägte britische Journalismuskultur begünstigt (2000:18).

In seiner Untersuchung des Presse Corps in Brüssel nimmt Meyer eine ähnliche Kategorisierung vor und kontrastiert den recherchierenden und den Investigationsjournalismus mit dem Informations- und Meinungsjournalismus, der bei geringerer professioneller Distanz eine deutlich stärkere Quellenloyalität aufweist. Diese Form des Journalismus nennt er Verlautbarungsjournalismus. Die beschriebenen journalistischen Rollen charakterisiert er als Wachhund- und Sprachrohrrolle (2002:78). In seiner Untersuchung kommt Meyer in Übereinstimmung mit Baisnéés Ergebnissen zu dem Schluss, dass „sich die Bedingungen für einen transnationalen Investigationsjournalismus in Brüssel verbessern, während der vorwiegend unkritische Verlautbarungsjournalismus langsam im Schwinden begriffen ist“ (2002:183).

2.1.1 Theorien der Nachrichtenproduktion

Das Bild, das den Bürgern von Europa vermittelt wird, ist maßgeblich von journalistischen Selektionskriterien und der Auswahllogik der Massenmedien bestimmt. Aus den Informationen, die täglich auf Journalisten einprasseln, müssen für die Nachrichten relevante Teile ausgewählt werden. Die Quantität und Komplexität der Ereignisse muss reduziert werden, um in der Medienwirklichkeit Abbildung zu finden (vgl. Ruhrmann und Göbbel 2007:3). Je weiter Ereignisse von den Rezipienten entfernt sind, desto mehr muss für die Nachrichtenberichterstattung ausgewählt werden, desto mehr Entscheidungen müssen gefällt werden. Dies gilt besonders für den Nachrichtenort Brüssel, der kein natürliches Publikum in geographischer Nähe zu den politischen Institutionen hat.

Ein Weg, den Wert von Ereignissen für die Medien zu bestimmen und vorauszusagen, ist die Orientierung an Nachrichtenfaktoren. Je mehr Nachrichtenfaktoren ein Ereignis erfüllt, desto höher ist sein Nachrichtenwert und desto wahrscheinlicher ist es folglich, dass es in den Medien erscheint und prominent platziert wird (vgl.

Burkart 2002:279). In der Forschung zu Nachrichtwerten wurden die relevanten Faktoren zur Nachrichtenauswahl seit den 60er Jahren immer wieder überprüft, reformuliert und erweitert. Eine aktuelle Studie von Ruhrmann und Göbbel zeigt, dass die Nachrichtenfaktoren Reichweite (Anzahl betroffener Personen), deutsche Beteiligung, negative und positive Folgen, Überraschung (nicht ankündbare, bestehenden Erwartungen widersprechende Ereignisse) und Kontroverse besonders relevant für Journalisten sind. Zudem würden die „Faktoren Visualität und bildliche Darstellung von Emotionen sowie das Kriterium der Verfügbarkeit von Bildern“ immer bedeutender für die Auswahl von Nachrichten⁷ (2007:66).

Die Ergebnisse des AIM-Projekts zeigen, dass die meisten Brüsseler Korrespondenten bei der Beurteilung des Nachrichtenswertes von EU-Themen davon ausgehen, dass ihre Leser/Seher nur sehr wenig oder gar kein Vorwissen haben und dass, um die Aufmerksamkeit der Medienkonsumenten zu erregen, Nachrichten über Europa nur Themen behandeln können, die einen direkten Bezug zu den Bürgern und direkte Relevanz für Deutschland haben (Hahn, Leppik & Lönnedonker 2006:76).

Wenn Ereignisse auf Ebene der EU dieser Medienlogik nicht entsprechen, ist es wahrscheinlich, dass weniger Nachrichten über Europa ausgewählt werden (vgl. auch Statham 2006:9-10).

Zwar haben Entscheidungen der EU eine enorme politische Reichweite, doch ist dies aufgrund der langwierigen Gesetzgebungsverfahren im fernen Brüssel und der abstrakten Themen oft nur schwierig darstellbar. Deutsche Beteiligung ist zwar auf EU-Ebene fast immer gegeben, doch viel weniger sichtbar als wenn die Bundesregierung als eigenständiger politischer Akteur auftritt. Die negativen und positiven Folgen treten im Zusammenhang mit EU-Politik erst zeitversetzt auf oder werden als selbstverständlich gesehen. So geben Frieden und Sicherheit in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg kaum Anlass für medialen Jubel. Auch Überraschungen bieten die langsam arbeitenden Behörden und komplizierten multinationalen Abstimmungsprozesse auf EU-Ebene selten. Kontroversen und Konflikte werden von den europäischen Institutionen kaum transparent gemacht, um die Kompromissfindung zwi-

schen den Nationen nicht weiter zu erschweren. Das „Kollegialitätsprinzip“ in der Europäischen Kommission verbietet es Kommissaren, Konflikte in der Öffentlichkeit auszutragen. Auch das Europäische Parlament verfolgt einen „konsensualen Arbeitsstil, um sich nicht noch weiter gegenüber anderen europäischen Institutionen zu schwächen“ (Kleinsteuber 2004:37). Auch Visualität und bildliche Darstellung werden durch Diskussionen über komplizierte Themen zwischen unbekanntem Brüsseler Beamten in vergleichsweise unbekanntem Gebäuden nicht begünstigt.

Verstärkte Medienöffentlichkeit bekommt die EU dagegen vor allem durch skandalisierbare Situationen wie die Affäre des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen, die kurzfristig mehr Aufsehen erregte als sein politisches Wirken. Oder durch Agrarrichtlinien, die der Bild-Zeitung gelegentlich eine „Behördenirrsinn“-Schlagzeile wert sind. Auch Prominenz schafft Öffentlichkeit, wie das Aufgebot der Staats- und Regierungschefs beim Jubiläumsfest zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge in Berlin zeigt⁸.

Für den Recherche-Journalismus ergibt sich aus dieser Lage eine kontraproduktive Anreizsituation. Selbst wenn ein Journalist durch Recherche seine Kontrollfunktion ausübt, ist nicht gesichert, dass die Geschichte ihren Weg ins Blatt findet. Bei dem relativ bekannten deutschen Kommissar Günther Verheugen reicht eine Beziehung mit „Geschmäcke“ (Nachrichtenfaktoren: Personalisierung, Prominenz, deutsche Beteiligung, Sexualität/Erotik), um in den – deutschen – Medien präsent zu sein. Ohne deutsche Beteiligung aber kommen selbst wesentlich bedeutendere Unregelmäßigkeiten in den deutschen Medien nur unter ferner liefen vor, wie Hans-Martin Tillack an mehreren Beispielen gezeigt hat⁹.

2.1.2 Gatekeeper-Forschung

Die Entscheidung, ob eine Nachricht genug „Appeal“ hat, um an prominenter Stelle ins Blatt genommen zu werden, wird allerdings so gut wie nie von EU-Fachjournalisten in Brüssel getroffen, sondern obliegt den Chefredakteuren in Deutschland, den „Gatekeepern“. Die Gatekeeper-Forschung¹⁰ setzt bei diesen Redakteuren in Schlüsselpositionen an. In seiner berühmten Gatekeeper-Studie (1950) beschreibt White die Entscheidungen

⁷ Schulz hat als erster deutscher Forscher schon 1976 „hypothetische Einflussgrößen im Prozess der Nachrichtenvermittlung“ (34) benannt. Die Faktoren von Ruhrmann und Göbbel ähneln den von Schulz aufgestellten sechs Faktorendimensionen: 1) Zeit (Dauer, Thematisierung), 2) Nähe (räumliche, politische, kulturelle Nähe und Relevanz), 3) Status (regionale Zentralität, nationale Zentralität, persönlicher Einfluss, Prominenz), 4) Dynamik (Überraschung, Struktur), 5) Valenz (Konflikt, Kriminalität, Schaden, Erfolg), 6) Identifikation (Personalisierung, Ethnozentrismus) (32 ff.).

⁸ Bei Vettors 2007a findet sich eine Überprüfung der Anwendbarkeit der Nachrichtenfaktoren nach Schulz auf Themen der EU-Berichterstattung.

⁹ So hat Tillack in mehreren Artikeln unter anderem Unregelmäßigkeiten bei der EU-Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF, beim Statistikamt Eurostat oder den Diätenskandal des EU-Parlaments 2004 auf ihren Niederschlag in der deutschen Tagespresse hin geprüft (siehe z.B. Tillack 2004 und 2006).

¹⁰ Der Begriff „Gatekeeper“ wurde ursprünglich durch den Sozialpsychologen Kurt Lewin geprägt.

des Redakteurs, der Informationen zur Berichterstattung auswählt, als hochsubjektiv: „Through studying his overt reasons for rejecting news stories from the press associations we see how highly subjective, how based on the ‚gatekeeper’s‘ own set of experiences, attitudes and expectations the communications of ‚news‘ really is“ (White 1964:171). Im Gegensatz dazu haben spätere Forschungsergebnisse gezeigt, dass die Auswahl von Nachrichten selten auf rein persönlichen Entscheidungen beruht. Stattdessen spielt beispielsweise auch die politische Linie des Mediums, für das der Journalist arbeitet, eine Rolle. Noch häufiger werden Selektionsentscheidungen nach praktischen Gesichtspunkten, zum Beispiel durch Einflüsse der Arbeitsorganisation und -routine getroffen. Faktoren wie Deadlines, räumliche Beschränkungen oder im Fall von Fernsehberichterstattung die Verfügbarkeit guter Bilder, sind entscheidend. Zudem hat die bekannte Studie von Gieber (1956) gezeigt, dass Redakteure stark davon abhängig sind, was PR-Agenturen anbieten, und dass sie häufig das angebotene Material nur leicht modifiziert verarbeiten. (Ein Befund, der auch in späteren Studien bestätigt werden konnte (vgl. Baerns 1987; Haller 2005; Schnedler 2006)).

Die Ergebnisse der AIM-Studie haben gezeigt, dass Korrespondenten oft darum kämpfen müssen, Berichte aus Brüssel ihrer Heimatredaktion „zu verkaufen“. Denn letztlich entscheiden oft unzureichend informierte Redakteure in Deutschland, ob über ein Thema berichtet wird oder nicht. Dazu zeigen die Ergebnisse, dass die befragten Journalisten europäische Themen als Außenpolitik-Nachrichten behandeln (Hahn, Leppik & Lönendonker 2006). So konkurrieren diese Themen mit Berichten aus Washington oder Peking um den oft knappen Raum im Außenpolitik-Ressort.

2.1.3 Agenda-Setting

„Agenda“, das sind wörtlich übersetzt „die zu tuenden Dinge“. Auf die Medien übertragen könnte man sagen: Die Agenda ist die to-do-Liste der Redakteure, sie bestimmt, über was geschrieben, was diskutiert und nachgefragt wird. Die Agenda-Setting-Forschung befasst sich mit der Frage, wie diese Themenkonjunktur überhaupt entsteht und welche Akteure sie prägen. Die klassische Antwort lautet: die Medien selbst. Sie „machen“ durch die Frequenz der Berichterstattung, durch die Platzierung, die Aufmachung und den Umfang Nachrichten zu Themen. Allerdings haben Studien auch gezeigt, dass die Medien nur beeinflussen, worüber gesprochen wird. Die Interpretation der Themen ist davon in weiten Teilen unabhängig (Cohen 1963:13). In diesem Modell sind die Medien Huhn und Ei zugleich:

Sie setzen die Trends, denen sie folgen.

Schon kurze Zeit nach Veröffentlichung der klassischen Agenda-Setting-Hypothese durch McCombs and Shaw 1972 wurde die Theorie ergänzt und spezifiziert. An die Stelle der Medien als maßgebliche Instanz für die Bedeutung von Themen trat im Modell ein komplexes Wechselspiel von öffentlicher Meinung, politischen Interessen und der Medienagenda. Zusätzlich wurden externe Effekte wie beispielsweise die Themenkonkurrenz, die Glaubwürdigkeit der Quelle und der Grad der Mediennutzung des Rezipienten als Einflussgrößen einbezogen. (Kunczik und Zipfel 2001: 359f.)

Um nun zu klären, warum manche Themen eine besondere Relevanz in der Öffentlichkeit haben und manche nicht, muss eine Vielzahl von Einflüssen berücksichtigt werden. Dies gilt auch für die Analyse der Agenda-Setting-Prozesse in der EU-Berichterstattung, die bisher nur auf geringes wissenschaftliches Forschungsinteresse stieß. Die Inhaltsanalyse führender Zeitungen in sieben europäischen Ländern durch Trenz (2005) zeigt eine klare Dominanz von politischen Akteuren im Agenda-Setting-Prozess der EU-Berichterstattung. Hiervon stammen weit über die Hälfte der Akteure, die als Agenda-Setter in europäischen Nachrichten auftreten, aus den europäischen Institutionen. Nur ein Drittel der politischen Agenda-Setter agieren auf der nationalen Ebene. Regionale Vertreter kommen selten vor.

Anlass der Berichterstattung bilden meist administrative Entscheidungen, Beschlüsse oder beratende Zusammenkünfte der Verwaltung. Unterrepräsentiert sind hingegen klar außerinstitutionelle Ereignisse wie zivilgesellschaftliche Aktivitäten. So ist Trenz zu Folge das Charakteristikum eines typischen europapolitischen Artikels der Ereignisbezug. Er beziehe sich meist „auf das tagespolitische Geschehen in Brüssel, auf Entscheidungen der Behörden, auf Treffen hoher Politiker, Verhandlungen und Vertragsabschlüsse, oder auf inszenierte Ereignisse wie Pressekonferenzen und Interviews“ (Trenz 2005: 220). Diesen Ergebnissen zu Folge haben die Medien die Setzung von Themen auf Ebene der Europapolitik weitgehend aus der Hand gegeben und folgen der institutionellen Agenda.

2.1.4 Deutsche Journalisten

Während Köcher 1986 noch zu dem Ergebnis kam, dass deutsche Journalisten sich eher als „Missionare“ denn als investigative Forscher sehen (63), schreibt Weischenberg 2005, dass sich „[j]ahrelang vorgetragene Behauptungen, dass sich die deutschen Journalisten hinsichtlich ihrer professionellen Einstellungen („Linkslastigkeit“, ‚Missionarrolle‘) deutlich von denen anderer westlicher Länder unterscheiden, (...) im Lichte vorlie-

gender Befunde nicht aufrechterhalten" ließen (Weischenberg 2005:140). Vielmehr spricht er von einer internationalen Synchronisierung der Journalismuskulturen, die sich beispielsweise darin ausdrückt, dass inzwischen weltweit die Kommunikationsabsicht der „neutralen Informationsvermittlung“ im journalistischen Rollenverständnis dominiert (ebd.). Weischenberg konstatiert jedoch, dass sich auf Ebene der „journalistischen Programme“ noch immer nationale Charakteristika abbilden lassen. So schreibt er den Recherche-Journalismus nach wie vor eher dem nordamerikanischen Raum zu. Deutsche Journalisten dagegen zeichnen sich laut Weischenberg dadurch aus, dass sie auf „fragwürdige Recherchemethoden“ eher sensibel reagieren (ebd.). Im Kontext von EU-Berichterstattung wird deutschen Journalisten teilweise vorgeworfen, als Sprachrohr der Europäischen Kommission zu agieren (vgl. Tillack 2006:35), während zum Beispiel britischen Journalisten vorgeworfen wurde, sie seien in der Mehrzahl euroskeptisch (Meyer, 2000:113, siehe auch Anderson und Weymouth 1999). Der Vorwurf, die deutschen Journalisten berichteten tendenziell pro-europäisch, wird unterstützt durch die Ergebnisse des Europub-Projekts. So kommt Statham in seiner Inhaltsanalyse zu dem Schluss, dass die deutsche Presse am europafreundlichsten berichtet, gefolgt von den Niederländern, den Franzosen, den Schweizern und den spanischen Journalisten (2006:14–17).

Die aktuelle Studie über Journalisten in Deutschland von Weischenberg, Malik und Scholl zeigt, dass sich die Bedeutung der Informationsfunktion des Journalismus in der Selbsteinschätzung von Journalisten noch verstärkt hat, während „der politische Journalismus in den meisten Facetten weiter an Bedeutung verloren“ hat (Weischenberg 2006:119). Die Forscher konstatieren, dass ein aktives journalistisches Rollenselbstverständnis bei den deutschen Journalisten insgesamt recht selten vorkommt. „Dies gilt insbesondere für das Agenda Setting (Beeinflussung der politischen Tagesordnung) und für die Kontrolle von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft (...)“ (116). Gerade für die Verankerung der Kontrollfunktion des Journalismus im Selbstbild der Medienakteure stellt das Forscherteam einen deutlichen Rückgang seit der letzten Erhebung im Jahr 1993 fest. Weniger als ein Viertel der Journalisten (24 Prozent) sieht sich als „Kontrollleur von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft (watchdog)“ und weniger als ein Siebtel der Befragten (14 Prozent) gibt an, Themen auf die Agenda setzen oder die politische Tagesordnung beeinflussen zu wollen (106).

2.1.5 Die Arbeitssituation in Brüssel

Brüsseler Korrespondenten sind in der Regel „multitaskende Generalisten“. Einer der wichtigsten Unterschiede zwischen der politischen Berichterstattung in Deutschland und der Berichterstattung über europäische Politik ist die personelle Ausstattung der jeweiligen Redaktionen. In Brüssel herrscht in fast allen Redaktionen der personelle Notstand, die Korrespondentenbüros sind häufig schlechter besetzt als deutsche Lokalredaktionen. Dies gilt zwar nicht für die überregionalen Qualitätsblätter und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, aber doch für die Mehrheit der deutschen Medien, die in Brüssel entweder gar nicht oder nur durch Freie Mitarbeiter vertreten sind.

Trotz dieser Situation ist das Corps der EU-Korrespondenten in Brüssel das größte Presse Corps der Welt. Im Gegensatz zu den europäischen Bürgern, die geographisch über ganz Europa verteilt sind, haben die Journalisten direkten Zugang zu politischen Institutionen und Akteuren in Brüssel und können so Informationen über europäische Politik aus erster Hand erlangen. „They are the filter through which institutions that have no natural audiences except geographically, culturally and politically divided publics, are given publicity“ (Baisnée 2000:2).

In Brüssel konzentriert sich auf engem Raum eine internationale Elite aus Politik, Medien und Wirtschaft. Baisnée beschreibt die enge Vermischung und Verflechtung journalistischer Kreise mit Beamten, Politikern und Lobbyisten als besonderes Charakteristikum der Brüsseler Medienlandschaft (2000:5).

Die Arbeitsroutinen der Journalisten in Brüssel sind stark geprägt von den täglichen Press Briefings der Europäischen Kommission. Diese sind zentral für das Zusammentreffen der Journalisten mit dem Kommunikationspersonal der Europäischen Kommission wie auch für das Zusammentreffen internationaler Journalisten untereinander (Meyer 2002:75).

Nach Meyer ist dieser Nachrichten-Basar nicht nur die wichtigste Informationsquelle für Journalisten in Brüssel, sondern auch ein wichtiger Ort um Freundschaften und Beziehungen zu knüpfen und Meinungen und Einschätzungen zu aktuellen Geschehnissen auszutauschen. Zudem reisen die EU-Korrespondenten sehr viel¹¹ und begegnen einander zum Beispiel in Straßburg oder Luxemburg. „The rhythm of an EU press correspondent's life is governed by visits to changeless places and events, in which they experience a real community life that gives the Press Corps the appearance of a ‚travel-

¹¹ Dies hat jedoch abgenommen. Im Vertrag von Nizza wurde festgelegt, dass die Gipfel des Europäischen Rats nicht mehr in den Hauptstädten der

Mitgliedsstaaten, sondern in Brüssel stattfinden.

ling cocktail" (Baisnée 2000:3).

Die geografischen Umstände der journalistischen Arbeit sind jedoch nicht die einzige Besonderheit der Korrespondententätigkeit in Brüssel. Korrespondenten sind täglich mit der großen Herausforderung konfrontiert, verständlich und interessant über europäische Politik zu berichten. „European decision shaping and decision making process are lengthy and complex. In addition, European integration has developed its own coded and for a normal citizen rather hermetic language" (Brunmayr 2000:22). Dies ist eine Erklärung dafür, dass viele Bürger Brüssel und die dort stattfindenden Entscheidungsfindungsprozesse als sehr weit entfernt erleben. Daher sind Journalisten ständig damit beschäftigt, Informationen zu vereinfachen und Anknüpfungspunkte an den Alltag ihrer Publika und Leser in den Mitgliedsstaaten zu finden, um Nachrichten interessant zu gestalten.

2.2 Politische Öffentlichkeitsarbeit

Nach der Definition von Grunig und Hunt sind Public Relations „(...) part of the management of communication between an organisation and its publics" (1984:6). Im Fall politischer PR werden Parteiprogramme, politische Themen und Akteure präsentiert, um öffentliche Unterstützung zu erlangen. Professionelle politische Öffentlichkeitsarbeiter managen Themen, Bilder und Veranstaltungen politischer Organisationen; sie veranstalten Pressekonferenzen und stellen Kontakte zu Medien her. Zudem werden sie inzwischen häufig in die Langzeitstrategie von Regierungen eingebunden. Sie versuchen die öffentliche Meinung und Einstellungen der Bürger in ihre Kommunikationsanstrengungen einzubinden und ermitteln diese mit Hilfe moderner Methoden der Sozialforschung. Inzwischen spielen diese Techniken eine zentrale Rolle in der Politikvermittlung. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries beschreibt die Entwicklung in ihrem Beitrag für den Kongress „Politik als Marke" im April 2004 so: „Während die Politik früher meilenweit hinter dem Standard von Werbung und PR bei Produktmarken hinterher hinkte, setzt sie heute Trends. Die moderne politische Kommunikation hat eine Vielzahl von Strategien aus Marketing und Markenkommunikation aufgegriffen und weiterentwickelt" (Zypries 2005:92). Durch die immer professioneller organisierte Kommunikation von Politikern, Parteien und gesellschaftlichen Interessengruppen entwickelt sich ein Wettbewerb der Botschaften um Öffentlichkeit. Dabei muss berücksichtigt werden, dass

die Zuspitzung von Botschaften oft auf Kosten einer differenzierten Darstellung erfolgt und der Zugang zu Öffentlichkeit in erheblichem Maße von den Ressourcen der jeweiligen Akteursgruppe abhängig ist.

2.2.1 PR und politische Kommunikation in der EU – Besonderheiten und Schwierigkeiten

Diverse Institutionen unterschiedlichster Herkunft sind in Brüssel situiert, und alle versuchen „ihre Themen" in die Öffentlichkeit zu bringen (siehe Horstmann 1998:17). Es gibt die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, Repräsentanten der nationalen Regierungen, die OSCE, viele regionale Institutionen, Lobby-Gruppen und NGO's. Diese Vielfalt der Sender und die häufig komplexen und technischen Themen, die sie den Journalisten kommunizieren, führen fast zwangsläufig zu einem Mangel an Transparenz.

Eine weitere Besonderheit ist, dass politische Akteure auf europäischer Ebene weniger auf positive Berichterstattung über ihre Person angewiesen sind als Politiker im nationalstaatlichen Kontext. Die hohen Beamten der Kommission, wie auch die Kommissare, werden nicht direkt gewählt und sind daher weniger abhängig von öffentlicher Unterstützung. Weder die Transparenz politischer Prozesse noch die Popularität ihrer eigenen Person ist für ihren Erfolg ausschlaggebend. Dagegen ist das Europäische Parlament zwar von öffentlicher Unterstützung – und Wählerstimmen – abhängig, ist aber eine vergleichsweise schwache Institution (Kleinstauber und Rossman 1994:136). In der Konsequenz sind den Bürgern die politischen Akteure häufig unbekannt. Nachrichtenfaktoren wie „Personalisierung" und „Prominenz", die eine Berichterstattung über europäische Politik attraktiver machen könnten, kommen selten vor (Gerhards 2000:53).

Wie bereits beschrieben, wird häufig kritisiert, dass es kaum Berichterstattung über den Prozess der politischen Entscheidungsfindung gibt. Meyer vermutet, dass dies von politischen PR-Spezialisten absichtlich vermieden wird, um die Konsensfindung zwischen den oft sehr heterogenen Interessen unterschiedlicher Mitgliedsstaaten zu vereinfachen (2002:163 und 2003:38). Dies ist eine mögliche Erklärung dafür, dass zwei Drittel der Journalisten in Brüssel in einem Fragebogen angaben, selten oder fast nie über Verhandlungen zu berichten, bevor die Europäische Kommission eine Entscheidung getroffen hat (Meyer 2002:167). Dies führt letztendlich dazu, dass „(...) European decisions seem to come out of nowhere" (Baisnée 2000:2) – zumindest für die meisten EU-Bürger.

Als wichtigste Schnittstelle zwischen europäischer Poli-

tik und Medien wird häufig die Europäische Kommission beschrieben. Mit der Zeit hat ihre Rolle sich gewandelt. „As long as the Commission's efficacy was dependent primarily on convincing executives and expert communities, its public communication was biased towards stifling rather than stimulating public debate“ (Meyer 1999:624, siehe auch Gramberger 1997:327). Dies hat sich jedoch geändert, sobald die Öffentlichkeit durch Referenden stärker involviert wurde. In mehreren Schritten wurde eine Öffentlichkeitsarbeit entwickelt, die dazu beitragen sollte, die voranschreitende politische Integration und den Übergang politischer Macht von den nationalen Regierungen nach Brüssel zu legitimieren. Wobei Gramberger feststellt, dass sich die Professionalität der PR nicht durchgehend gesteigert hat. Insgesamt beschreibt er den Grad an Professionalisierung im Sinne einer informierenden Öffentlichkeitsarbeit noch 1997 als erstaunlich gering (329). Erst seit 1993 sei die Kommission¹² davon abgerückt, bewusst manipulative und werbende Öffentlichkeitsarbeit zu praktizieren. Reformen, nach dem Rücktritt der Santer-Kommission von Romano Prodi eingeleitet, führten zu der Entwicklung einer zentralen Kommunikationseinheit. Im Rahmen der Eurobarometer-Umfragen beobachtet die EU die öffentliche Meinung, um proaktive Strategien zur Einbindung der Bürger zu entwickeln (Trenz & Eder 2004:17).

Seit dem negativen Ausgang der Referenden in Frankreich und den Niederlanden versucht die Kommission noch energischer, ihre Kommunikationsstrategie zu verbessern. Der Plan D für Demokratie, Dialog und Debatten und das Weißpapier über eine Europäische Kommunikationspolitik wurden eingeführt „not as a rescue operation for the Constitution, but to stimulate a wider debate between the European Union's democratic institutions and citizens“ (Europäische Kommission 2005). Dennoch wird die EU-Kommission häufig für ihren bürokratischen Kommunikationsstil mit Journalisten kritisiert (vgl. Statham 2006:27). Teilweise hat die Kommission diese Kritik aufgenommen und stellt nun auch professionelle Sprecher für den Sprecherservice ein, statt diese Positionen mit den eigenen Beamten zu besetzen (siehe Vettters 2007a:86).

Doch trotz dieser Anstrengungen zu einer neueren effizienteren Struktur, „the Commission still has only very limited resources, the professionalisation of staff is a long haul, and the fragmentation of communication between departments and Commissioners with their own agenda and interests continues to be a problem“

(Meyer 2003:39).

2.2.2 Die Interdependenz zwischen Politik und Medien – Die Makroperspektive

Strukturelle Veränderungen in westlichen Demokratien, wie das Abnehmen politischen Engagements, die größere Konkurrenz auf Medienmärkten und die Konzentration von Kapital im Mediensektor in Kombination mit einer aggressiveren journalistischen Kultur, haben zu einem neuen Grad der Abhängigkeit zwischen Politik und Medien geführt. Unter dem Druck der Medienumwelt präsentieren sich politische Akteure immer professioneller. Politisches Marketing, News Management und Spin Doctoring finden in modernen westlichen Demokratien immer selbstverständlicher Anwendung (vgl. Huber & Weichert 2007). Durch den Fokus auf die Präsentation von Politik und die Anwendung von Methoden wie politischer PR und News Management, treten komplizierte politische Programme und Ideen sowie langfristige Überlegungen häufig in den Hintergrund, weil sie nicht so gut darstellbar sind. „Political power tends to be embodied in the triangular recursive relation between the top political actors with media charisma, the media and permanent polling“ (Meyer and Hinchman 2002:117).

Die Anstrengungen politischer Akteure, journalistische Berichterstattung zu beeinflussen und so die Kontrolle über die politische Berichterstattung zu gewinnen, können als Versuch gesehen werden, wieder aktive Spieler im Kampf zwischen Medien und Politik zu werden. Meyer und Hinchman beschreiben diesen Prozess und die Veränderungen, die er in der politischen Landschaft nach sich zieht, als Selbstmediatisierung der Politik (2002:85-96). Dies ist jedoch nur ein Aspekt der Beziehung, die am besten als gegenseitige Dependenz beschrieben werden kann, denn die Medien sind ebenso abhängig von der Politik. Sie sind abhängig von aktueller und exklusiver Information, um ein größtmögliches Publikum zu erreichen und so ihren Profit zu maximieren (siehe Cottle 1998:84).

Doch während in der nationalen Politik häufig eine zu starke Ausrichtung der Politik an der Logik der Massenmedien beklagt und die Verlagerung parlamentarischer Diskussionen in Talkshows bedauert wird, kann von einer vergleichbaren Mediatisierung der Politik auf europäischer Ebene kaum die Rede sein. Wo in Berlin der aufgeregte Wettbewerb um Aufmerksamkeit gelegentlich die Sachthemen verdrängt, ist das gegenseitige Verhältnis von Politik und Medien im Kontext der EU

¹² Meyer geht davon aus, dass die Kommission nicht wegen einzelner Fälle des Mismanagements zurücktreten musste, sondern wegen ihrer Unfähigkeit

mit steigender Medienaufmerksamkeit und parlamentarischer Kontrolle umzugehen (1999:618).

häufig von Ignoranz gekennzeichnet. – Eine direkte Folge der geringen demokratischen Rückkopplung europäischer Institutionen und der noch immer national fragmentierten Öffentlichkeit innerhalb der EU.

2.2.3 Die Interaktionen zwischen PR-Personal und Journalisten – Die Mikroperspektive

Baerns ist in ihren Untersuchungen den Fragen nachgegangen, ob, unter welchen Umständen und wie oft Produkte von PR in der Medienberichterstattung von Journalisten auftauchen, und wenn ja, ob die Quellen korrekt angegeben werden. Um dieser Frage nachzugehen, hat sie Medieninhaltsanalysen in Form von Input-Output-Analysen von PR-Material und Medienberichterstattung durchgeführt. Die Ergebnisse ihrer Untersuchungen zeigen, dass PR-Quellen von Journalisten oft nicht korrekt angegeben werden. Stattdessen werden häufig ganze Passagen aus Pressemitteilungen kopiert und von Journalisten übernommen (Baerns 1991:3). So kommt es zu einer nur scheinbaren Vielfalt der Medienberichterstattung, da die Mehrzahl der Nachrichten auf nur wenige Quellen zurückgeht und nicht auf unabhängige Recherche. Dies wiederum ist intransparent für Leser und Seher und gaukelt ihnen eine Art „Pseudo-Wahl“ zwischen unterschiedlichen Informationsquellen vor.

Laut Baerns ist die Agenda selten durch die Nachrichtenwerte von Ereignissen bestimmt, sondern vielmehr durch Pressekonferenzen und Pressemitteilungen. Baerns geht so weit, die hohe Abhängigkeit von Public Relations und den Mangel an eigener Recherche als Selbstzensur der Journalisten zu beschreiben (Baerns 1991:4). Für die Beziehung zwischen Journalismus und PR prägt sie den Begriff „Nullsummenspiel“: Je mehr Einfluss PR-Arbeiter haben, desto weniger Gestaltungsmöglichkeit bleibt den Journalisten und umgekehrt (Baerns 1991:2). Aus Baerns' Sicht spielen PR-Spezialisten in dieser Beziehung eindeutig die dominante Rolle.

Bentele, Liebert und Seeling entwickeln diese Perspektive weiter und entwerfen ein Modell für die Beziehung zwischen Journalisten und PR-Arbeitern, die sie als „Intereffikation“ beschreiben (Bentele et al. 1999:240). Nach Bentele et al. ermöglichen die beiden Systeme PR

und Journalismus einander erst und sind in verschiedenen Dimensionen interdependent.

Wie bereits erwähnt, kommt in modernen westlichen Demokratien eine Methode des News Management und der politischen PR zur Anwendung, die eine neue Qualität aufweist: Das so genannte Spin Doctoring. Durch diese Methode versuchen politische Akteure und PR-Spezialisten die bestmögliche Darstellung ihrer Handlungen in den Medien durchzusetzen.

Methoden und Ziele des Spin Doctoring ähneln denen politischer PR sehr stark. Unterschiede bestehen in den Mitteln und der Intensität, mit denen sie angewandt werden. Politische PR ist eine akzeptierte und häufig auch geschätzte Technik für politische Akteure, Themen und Bilder an die Öffentlichkeit zu kommunizieren. Im Gegensatz dazu hat ein Spin Doctor „... sinister connotations, as a manipulator, conspirator, propagandist, even a malign and evil force at the heart of the body politic“ (Esser et al. 2000:213). Esser et al. beschreiben diverse Formen des Spin Doctoring, die von politischen Akteuren angewandt werden, um positive Berichterstattung herbeizuführen oder um negative Berichterstattung zu vermeiden.

Ein Großteil der theoretischen Grundlagen, die sich mit Journalismus und Public Relations befassen, wurde in nationalen Medienkontexten entwickelt. Schon diese kurze Skizze der Journalismus-Theorien und der Arbeitsbedingungen für EU-Korrespondenten hat deutlich gemacht, dass sich Journalismus in Brüssel von Journalismus im Kontext von Nationalstaaten erheblich unterscheidet. Der theoretische Kern dieser Studie befasst sich mit der Interdependenz der Systeme Medien und Politik und ihrer Akteure im nationalen Kontext. Diese sind Ausgangspunkt für eine Fallstudie auf europäischer Ebene in einem transnationalen politischen Kontext.

Es wird der Frage nachgegangen, inwiefern die Makrostrukturen des politischen und des Mediensystems die Kultur politischer Kommunikation formen und beeinflussen und somit auch die Interaktionen zwischen politischen Akteuren und Medienvertretern auf der Mikroebene.

3. Forschungsfragen

Folgende Fragen haben sich aufbauend auf dem bisherigen Forschungsstand für eine Bestandsaufnahme des deutschen EU-Journalismus ergeben:

- 1) Wird der Journalismus auf europäischer Ebene seiner Kontrollfunktion als „Vierte Gewalt“ gerecht?
- 2) Stellen Journalisten ein Forum her, auf dem sich eine informierte Willensbildung in der Bevölkerung vollziehen kann?
- 3) Gibt es besondere Schwachpunkte im EU-Journalismus?
- 4) Unter welchen Bedingungen kann die Qualität der EU-Berichterstattung verbessert werden?
- 5) Sind kommunikationswissenschaftliche Theorien aus dem nationalen Kontext auch auf Brüsseler Ebene anwendbar?

4. Methode

Ziel der Studie ist es, Prozesse und Charakteristika der EU-Berichterstattung zu identifizieren, um Vorschläge zur Optimierung erarbeiten zu können. Hierfür wurde vornehmlich auf die vergleichsweise offene Methode der leitfadengestützten Experteninterviews zurückgegriffen.

Im Vergleich zu vergangenen, international angelegten Projekten, die sich aus arbeitsökonomischen Gründen auf sehr beschränkte Fallzahlen bei der Untersuchung deutscher Journalisten stützen, kann hier der deutsche Fall intensiv empirisch bearbeitet werden. Ziel der Fallauswahl ist nicht die Repräsentativität, sondern vielmehr die Selektion typischer Fälle, die – von den Erkenntnisinteressen der Studie geleitet – in Form eines „theoretical sampling“ (Lamnek 1995:93) ausgewählt wurden.

Insgesamt konnten 27 Gespräche mit deutschen Korrespondenten geführt werden¹³. Untersucht wurden nicht

nur Brüsseler und Straßburger, sondern auch Berliner Journalisten, die mit EU-Berichterstattung befasst sind. Zwar haben die wichtigsten Medien ihre Heimatredaktionen meist nicht in Berlin, sondern z. B. in München, Frankfurt oder Hamburg. Allerdings wird davon ausgegangen, dass die kompetente Beurteilung der Auswirkungen europäischer Politik auf nationale Prozesse nur in enger Abstimmung zwischen Hauptstadt- und EU-Korrespondenten erfolgen kann und daher gerade das Zusammenspiel zwischen Journalisten in Berlin und Brüssel Aufschluss über Probleme und Potenziale in der EU-Berichterstattung geben kann.

Um ein möglichst umfassendes Bild der EU-Berichterstattung gewinnen zu können, wurden Vertreter des Print-, Fernseh-, Hörfunk-, Online- sowie Agenturjournalismus befragt. Dabei wurden acht Journalisten in Berlin, ein Journalist in Straßburg, ein Journalist in Mainz sowie 17 Journalisten in Brüssel befragt. Nach Möglichkeit wurden jeweils der Berliner und der Brüsseler Korrespondent desselben Mediums interviewt. Im Fall des ZDF wurde die Brüsseler Korrespondentin sowie die leitende Redakteurin in der Heimatredaktion befragt. Folgende Medien sind mit dem Sample abgedeckt:

- Print: Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, die tageszeitung, Die Welt, Financial Times Deutschland, Handelsblatt, Der Tagesspiegel, stern, Die Zeit, WAZ-Gruppe, (die dänische Zeitung Information)
- Fernsehen: ARD, ZDF, Deutsche Welle
- Hörfunk: MDR, RBB, Deutschlandfunk
- Online: stern.de, europa digital
- Agenturen: Reuters, dpa

4.1 Die befragten Journalisten

Name	Medium	Ort
Horst Bacia	Frankfurter Allgemeine Zeitung	Brüssel
Michael Becker	MDR Hörfunk	Brüssel
Alois Berger	Freier Journalist	Brüssel
Axel Heyer	Europa Digital	Brüssel
Rolf-Dieter Krause	ARD/WDR Fernsehen	Brüssel
Alexander Kudascheff	Deutsche Welle Fernsehen	Brüssel
Carsten Lietz	Reuters	Brüssel

¹³ Zusätzlich wurde ein informelles Interview mit einer dänischen Journalistin geführt. Dieses ist jedoch nicht in vollem Maße in die Analyse eingeflossen,

um den Fokus auf deutsche EU-Berichtersteller, der in dieser Studie verfolgt wird, nicht zu schwächen.

Tilman Müller	stern	Brüssel	in den Händen einer journalistischen Spitzengruppe liegt, die über eine besonders hohe formale Bildung und über ausgeprägte journalistische Erfahrungen verfügt. Ein möglicher Erklärungsansatz hierfür ist die Tatsache, dass Auslands- sowie Hauptstadtposten in den meisten Redaktionen eher umkämpft sind, und dass die Journalisten einen Selektionsprozess durchlaufen mussten, um auf ihre Posten zu gelangen. Den Interviewpartnern wurde Anonymität zugesichert, so dass nach dieser einmaligen Nennung der Gesprächspartner Aussagen bis auf einzelne Ausnahmen Personen nicht direkt zugeordnet werden. Leider war es nicht möglich, einen Mitarbeiter der Bild-Zeitung oder einen Journalisten, der für Privatsender berichtet, zu interviewen. Dies spiegelt jedoch auch wider, dass diese Medien selten feste Korrespondenten in Brüssel beschäftigen. Ein freier Journalist, der für verschiedene Medien aus Brüssel berichtet, konnte für die Befragung jedoch gewonnen werden. Alle Interviews wurden persönlich von der Autorin durchgeführt ¹⁸ und aufgenommen. Nach Möglichkeit fanden die Gespräche im alltäglichen Arbeitsumfeld der Journalisten statt. Die Dauer der Gespräche variierte zwischen 30 und 60 Minuten. Die Aufnahmen wurden transkribiert und standen so der Analyse zur Verfügung. Neben der Befragung wurden ergänzend passiv teilnehmende Beobachtungen durchgeführt. Die Autorin hat sich zu folgenden Anlässen ein genaueres Bild von den Abläufen der EU-Berichterstattung gemacht:
Petra Pinzler	Die Zeit	Brüssel	
Knut Pries	WAZ-Gruppe	Brüssel	
Wolfgang Proissl	Financial Times Deutschland	Brüssel	
Martin Romanczyk	dpa	Brüssel	
Christoph Schiltz	Die Welt	Brüssel	
Natalie Steger	ZDF	Brüssel	
Daniela Weingärtner	die tageszeitung	Brüssel	
Barbara Wesel	RBB Hörfunk	Brüssel	
Martin Winter	Süddeutsche Zeitung	Brüssel	
Joachim Görgen	ARD/SWR Fernsehen	Straßburg	
[Brigitte Alfter]	Information	Brüssel	
Martin Bialecki	dpa	Berlin	
Nico Fried	Süddeutsche Zeitung	Berlin	
Peter Ehrlich	Financial Times Deutschland	Berlin	
Florian Güßgen	stern	Berlin	
Claudia Kade	Reuters	Berlin	
Thomas Kreuzmann	ARD/HR Fernsehen	Berlin	
Albrecht Meier	Der Tagesspiegel	Berlin	
Andreas Rinke	Handelsblatt	Berlin	
Susanne Biedenkopf-Kürten	ZDF	Mainz	

Die nach einem theoretischen Sampling erfolgte Auswahl der Gesprächspartner ist statistisch keinesfalls repräsentativ für die Grundgesamtheit der EU-Berichtersteller. Dennoch werden im Folgenden die Charakteristika der Befragten genannt, um zumindest Hinweise auf den „typischen EU-Berichtersteller“ zu geben. Dieser ist, so legen die Daten hier nahe, eher männlich (78%). Im Mittel ist er 45¹⁴ Jahre alt. Damit ist er knapp vier Jahre älter als der durchschnittliche Journalist in Deutschland¹⁵. Auch verfügt er über mehr formale Bildungsabschlüsse als der bundesweite Durchschnitt seiner Kollegen¹⁶. 93 Prozent der Befragten verfügen über einen Hochschulabschluss, gut ein Fünftel hat sogar einen Dokortitel (die Favoriten der Journalisten sind die Fächer Politikwissenschaften und Geschichte). Mit durchschnittlich 19¹⁷ Jahren Berufserfahrung liegen die EU-Berichtersteller ebenfalls weit vor ihren Kollegen in Deutschland.

Die Daten weisen darauf hin, dass EU-Berichterstattung

- Während zwei Briefings der EU-Kommission im Oktober und November 2007
- Während des Gipfels des Europäischen Rates unter deutscher Präsidentschaft am 21. und 22. Juni 2007
- Während eines Hintergrundkreises in der ständigen Vertretung Deutschlands im Vorfeld eines Rats für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) unter portugiesischer Präsidentschaft in Brüssel im November 2007

So konnten Routinen und Verhaltensweisen der Korrespondenten in ihrem Arbeitsumfeld ermittelt und mit den Angaben in den Interviews verglichen werden. Die teilnehmende Beobachtung als „behind the scenes“-Methode ermöglicht, „(...) a rare look into the inner sanctum of media production, that privileged domain in

¹⁴ Der errechnete Mittelwert basiert auf den Altersangaben von 26 der 27 befragten Journalisten.

¹⁵ vgl. Weischenberg et al. (2006): S.57.

¹⁶ 69 Prozent der deutschen hauptberuflichen Journalisten verfügen über einen Hochschulabschluss. In: ebd. S.68.

¹⁷ Der Mittelwert basiert auf den Angaben von 23 der 27 befragten Journalisten.

¹⁸ Die große Mehrheit der Gespräche wurde face-to-face in Brüssel und Ber-

lin durchgeführt, in einigen Fällen musste aus arbeitsökonomischen Gründen auf Telefon-Interviews zurück gegriffen werden. „Die meisten Untersuchungen zum Vergleich des Antwortverhaltens in telefonischen und persönlichen Interviews lassen keine oder nur geringfügige Unterschiede in den Antwortreaktionen erkennen. Die Datenqualität bei der telefonischen Befragung ist in der Regel zumindest nicht geringer als bei persönlichen Interviews“ (Diekmann 2004:431).

which media professionals ply their trade [...]” (Hansen et al. 1998: 35). Vor allem Hintergrundgespräche im Rahmen der Europaberichterstattung waren bisher kaum Gegenstand wissenschaftlicher Analyse.

Die Beobachtungen wurden, wie auch die Interviews, von der Autorin persönlich durchgeführt. Besonderes Augenmerk galt der Beantwortung der Fragen: Welche Besonderheiten und (impliziten) Regeln lassen sich im Ablauf der jeweiligen Veranstaltung feststellen? Wie gestaltet sich die Interaktion der Journalisten a) untereinander und b) mit Politikern und Öffentlichkeitsarbeitern? Welche Fragen werden in welcher Art und Weise und von wem thematisiert?

4.2 Analyse und Interpretation

Alle Interviews wurden in Gänze transkribiert. „Anders als bei der einzelfallinteressierten Interpretation orientiert sich die Auswertung von ExpertInneninterviews an thematischen Einheiten, an inhaltlich zusammengehörigen, über die Texte verstreuten Passagen – nicht an der Sequenzialität von Äußerungen je Interview. Demgegenüber erhält der Funktionskontext der ExpertInnen an Gewicht, die Äußerungen der ExpertInnen werden von Anfang an im Kontext ihrer institutionell-organisatorischen Handlungsbedingungen verortet (...)“ (Meuser und Nagel 2005:81).

Themen und Zitate, die Relevanz für die Forschungsfrage aufweisen, wurden identifiziert und nach den Kategorien der Interviewleitfäden geordnet. Zudem wurden den Kategorien auch neue, die im Interviewleitfaden nicht berücksichtigt waren und spontan während der Interviews aufkamen, hinzugefügt.

Nach diesen ersten Schritten wurde das Material nach Themen geordnet verdichtet, interpretiert und analysiert. Dies geschah zunächst durch die Suche nach Mustern in den Antworten und durch eine Verortung des Gesagten in einem größeren Kontext. Schließlich

wurden die Beobachtungen an die theoretischen Vorüberlegungen und die Forschungsfragen zurückgekoppelt. In der Präsentation der Studie sind die wiederholt auftauchenden Themen dargestellt und mit Zitaten untermauert. Die direkt zitierten Sequenzen wurden aufgrund ihrer Erklärungskraft ausgewählt. Manche sind typische Äußerungen, die wiederkehrend in Interviews auftauchten, andere zeigen extreme oder unkonventionelle Wahrnehmungen. Die Zitate sollen das Verständnis des Interviewmaterials vertiefen und vermeiden, die Ergebnisse durch zu starke Zusammenfassung und Zuordnung zu Kategorien zu stark zu simplifizieren. Die in einem qualitativen Verfahren gewonnenen Daten sind nicht als repräsentativ zu verstehen. Sie sollen lediglich ein tieferes Verständnis der Arbeitssituationen von Journalisten bei der EU-Berichterstattung ermöglichen. Es ist zu berücksichtigen, dass die Ergebnisse nur die Wahrnehmungen der Journalisten widerspiegeln und daher nicht als objektive Realität verstanden werden können. Zudem bergen Interviews immer die Gefahr, sozial erwünschte Antworten zu produzieren, gerade wenn es um normativ stark aufgeladene Fragen wie journalistische Rollen und Ideale politischer Berichterstattung geht. Dem wurde versucht, durch eine vertrauensvolle Gesprächssituation sowie die Gewährung von Anonymität entgegen zu wirken.

Die Beobachtungen wurden von einem Leitfaden, der die wichtigsten Gesichtspunkte enthielt, gestützt und laufend durch Notizen festgehalten. Interpretationen erfolgten erst in einem zweiten Schritt. Die Objektivität und Zuverlässigkeit der gewonnenen Daten sollte so ein größtmögliches Maß erreichen (Diekmann 2002: 472). Eine Beobachtung ist jedoch immer zugleich auch eine Selektion, da es unmöglich ist, die Totalität des Geschehens zu erfassen (ebd.). Zudem muss auch einbezogen werden, dass Akteure ihr Verhalten möglicherweise durch den Einfluss der Anwesenheit der Beobachterin ändern, auch wenn diese stets versucht hat, sich im Hintergrund zu halten.

5. Ergebnisse

5.1 Politik jenseits öffentlicher Kontrolle

Massenmedien sind die „Wachhunde“ politischer wie wirtschaftlicher Macht und zugleich Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und Staat. Häufig beschrieben als „Vierte Gewalt“, sind sie seit der Aufklärung elementarer Bestandteil freiheitlich-demokratischer Gesellschaftssysteme. Durch die Vielzahl der Sprachen, Medienkulturen und Partikularinteressen ist das europäische Mediensystem national fragmentiert geblieben. Übergreifende Angebote, die informieren und kontrollieren, haben sich auf europäischer Ebene nicht ausgebildet. Die EU als transnationaler Staatenbund ohne historisches Vorbild hat keine natürlich gewachsene Öffentlichkeit. Dementsprechend gab die Mehrheit der befragten Journalisten an, über EU-Politik aus einer nationalen Perspektive zu berichten.

„Ich berichte für ein deutsches Publikum, insofern ist meine Perspektive immer national. Das kann ja gar nicht anders sein. Ich werde über Dinge berichten, die ein deutsches Publikum interessieren. Das ist das Publikum, das mich bezahlt. (...) Ich glaube nicht an eine europäische Öffentlichkeit, weil es die nicht geben kann. Das ist eine Fama, von der immer wieder auf Seminaren oder Kongressen schön daherschwadroniert wird. Ich glaube, dass Sie europäische Öffentlichkeit im Alltag nicht haben, weil die Interessen zwischen Finnland und Sizilien einfach zu unterschiedlich sind. Was den Weinbauern betrifft, dafür wird sich in Finnland keine Socke interessieren“ (EU8).

Das Fehlen einer gemeinsamen Medienarena als Raum für Kritik und Kontrolle politischer Macht hat im Fall der EU weit reichende Folgen. Die in den Öffentlichkeiten einzelner Mitgliedsstaaten vorherrschende Meinung ist für die Akteure europäischer Politik von so geringer Bedeutung, dass sie wenig Wert auf öffentliche Selbstdarstellung und Inszenierung ihrer Politik legen. So gibt es schließlich auch weniger Anlässe zur Berichterstattung, wodurch Europapolitik in den Medien noch unsichtbarer wird.

„Also Europa hat deswegen nicht so eine Öffentlichkeit wie nationale Politik, weil Europa als Institution nicht demokratisch sein kann. Weil es kein europäisches Staatsvolk gibt, weil es niemanden gibt, der hier irgendjemanden absetzen kann, weil es niemanden gibt, der in

der Lage ist, einen Skandal zu beenden, in dem man jemanden zum Teufel jagt, weil es niemanden gibt, der seinen Abgeordneten kennt, weil es niemanden gibt, der weiß was die Kommission macht. Das ist auch in Ordnung, das ist nicht schlimm“ (EU2).

Kommissare sind grundsätzlich nicht auf positive Publicity angewiesen. Aber auch für die Abgeordneten des Europäischen Parlaments ist im Grunde immer nur die Öffentlichkeit im Heimatland Ziel positiver Selbstdarstellung, denn nur dort fällt die Entscheidung über ihre Wiederwahl. Dies führt dazu, dass sich die Parlamentarier oft wenig darum bemühen, in den Medien anderer Mitgliedsstaaten positiv vorzukommen. Ein Brüsseler Fernsehkorrespondent berichtet über Schwierigkeiten, Parlamentarier für Interviews oder Auftritte vor laufender Kamera zu gewinnen.

„Die wollen ja gar nicht immer vor unsere Kameras. Wir sind – das ist ja auch eins der Probleme hier – den meisten Kommissaren und Europaabgeordneten völlig egal, nämlich denen aus den anderen EU-Mitgliedsländern. Politiker drängen ja auch deshalb in die Medien, weil sie sich davon bessere Chancen für die Wiederwahl erhoffen. Das kann ein Kommissar aus Portugal oder ein Abgeordneter aus Italien aber in einem deutschen Medium nicht finden. Insofern sind wir denen völlig wurscht, und sie haben von sich aus nur wenig Interesse, vor unsere Kameras zu kommen“ (EU8).

Obwohl der politische Apparat als gut zugänglich beschrieben wird und auch die Quellen als vielfältig und einfach zugänglich gelten, ist das politische System weniger offen.

„Besonderheiten sind vielleicht, dass Berlin im Grunde offener ist, weil sich da natürlich die Leute auch ihren Wählern darstellen müssen. Das heißt, da wird politisch mehr auf offener Bühne gespielt, während es hier mehr einen Apparatcharakter hat“ (EU4).

Das führt neben im politischen System verankerten Faktoren dazu, dass europäische Politik in sehr geringem Maße an die europäischen Bürger rückgekoppelt ist. Dass Europapolitik in Verkennung ihrer tatsächlichen Bedeutung als entferntes Rauschen empfunden wird, das den Alltag der meisten Menschen kaum tangiert, spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass die EU-Berichterstattung meist dem Außenressort zugeordnet

wird. So finden sich EU-Nachrichten neben Nachrichten aus dem Irak oder dem fernen Osten wieder – obwohl, den Beschreibungen der Journalisten nach, die EU-Berichterstattung eigentlich im innenpolitischen Ressort angesiedelt sein müsste. Dies steht im Einklang mit den oben ausgeführten Ergebnissen des AIM Projekts (vgl. Hahn, Leppik und Lönnedonker 2007).

5.2 Das System Brüssel: Kein Nachrichtenwert

Berichten über europäische Angelegenheiten fehlen oft Nachrichtenfaktoren und damit Nachrichtenwert. Dies führt dazu, dass sie, gemessen an ihrer tatsächlichen Bedeutung, in der Berichterstattung unterrepräsentiert sind. Gerade die Faktoren, die in der aktuellen Studie von Ruhrmann und Göbbel 2007 als zunehmend wichtig dargestellt werden, nämlich „Visualität und bildliche Darstellung von Emotionen sowie das Kriterium Verfügbarkeit von Bildern“ vermissen die befragten Journalisten. Der EU-Korrespondent einer großen deutschen Tageszeitung nennt Brüssel „eine bilderlose Stadt“. Er beschreibt den Abstraktionsgrad der europäischen Politik als eines der Hauptprobleme der Europaberichterstattung.

„Europapolitik ist lebensfern in dem Sinne, dass der Gegenstand unserer Berichterstattung meist Männer in grauen Anzügen sind – Frauen schon sehr viel weniger –, die irgendwelche Papiere besprechen und verabschieden. Leute, die mit ihrer Hände Arbeit irgendetwas machen, gibt es hier nicht. Hier gibt es nur Akten, die herumgereicht werden“ (EU6).

Die weiterhin von Ruhrmann und Göbbel als besonders wichtig identifizierten Faktoren Reichweite, deutsche Beteiligung sowie negative und positive Folgen müssten bei EU-Berichterstattung eigentlich besonders stark ausgeprägt sein. Besonders wenn man bedenkt, dass ein Großteil des politischen Regelwerks, das den deutschen Bürger in seinem täglichen Leben bestimmt, in Brüssel seinen Ursprung hat. In vielen Fällen ist Europapolitik deutsche Politik. Doch wie im Folgenden dargestellt, sind es oft strukturelle Faktoren, die Nachrichten aus Brüssel zu einer zähen Materie machen, die sich der Funktionslogik der Massenmedien in großen Teilen verschließt.

Auch die Nachrichtenfaktoren Überraschung und Kontroverse kommen in der EU-Politik selten vor. An Stelle des „Showdowns“, der häufig im nationalen Parteienzwist für die Medien inszeniert wird, tritt auf Ebene der

EU häufig nur Bürokratie.

5.2.1 Bürokratie statt Showdown

Wie bereits in den theoretischen Grundlagen dieser Arbeit erörtert, ist das Europäische Parlament die einzige Institution auf der Ebene der EU, deren Akteure auf die Gunst von Wählern angewiesen sind. Das Parlament hat jedoch im Vergleich zur Europäischen Kommission recht wenige Befugnisse. Da die Kommissare nicht gewählt, sondern von den nationalen Regierungen ernannt werden, sind sie weniger von positiver Medienresonanz abhängig. Die Kommission unternimmt daher auch keine großen Anstrengungen, politische Prozesse mediengerecht zu inszenieren.

Ein zweites Charakteristikum, das die mediale Inszenierung von EU-Politik erschwert, ist die Tatsache, dass die EU-Regierung keine Opposition hat. Auch im Europäischen Parlament gibt es selten Zuspitzungen zwischen Parteilagern, regiert wird stattdessen mit wechselnden Mehrheiten. Deshalb kann EU-Politik nur ganz selten in Form von Konflikten zwischen Parteien dargestellt werden. Wenn Konflikte dargestellt werden, dann eher zwischen nationalen Lagern. So beschreibt der Leiter einer Brüsseler Fernsehredaktion:

„Bei uns spielt Parteipolitik nicht so eine große Rolle. Bei uns sind es doch eher die nationalen Befindlichkeiten und die betreffen eigentlich eher Regierungen als Oppositionen“ (EU2).

Im nationalen Kontext ist die Opposition stets bemüht, ihre Position in Abgrenzung zur Regierung darzustellen oder sogar durch geschicktes News-Management nicht-öffentliche Regierungsfehler publik zu machen, um negative Schlagzeilen für die amtierende Regierung zu provozieren. In dieser Situation unterstützt die Opposition die Kontrollfunktion der Medien, um die eigene Wahl zu befördern.

Die Nachrichtenfaktoren Personalisierung und Konflikt sind also auf europäischer Ebene schwach ausgeprägt. Eine Möglichkeit, trotz dieser Beschränkungen Schlagzeilen zu machen, ist die Zuspitzung der Europaberichterstattung auf prominente nationale Politiker und deren Konflikte mit Vertretern anderer Mitgliedsstaaten oder der EU als Apparat. Dies geschieht regelmäßig und wird ebenso häufig bemängelt. Doch selbst diese umstrittene Strategie wird durch die speziellen Voraussetzungen in Brüssel erschwert. Wie unten erläutert, dringen wenige Einzelheiten über politische Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten nach außen, um die Kompromissfindung der 27 Mitgliedsstaaten nicht weiter zu erschweren.

5.2.2 Komplexitätsfalle

Letztlich besteht jede Form der politischen Berichterstattung nicht nur aus der Nachricht selbst, sondern lebt vom Zusammenspiel neuer Informationen mit dem Vorwissen der Leser. Insbesondere kritische Berichterstattung setzt gewisse Vorkenntnisse und ein Bewusstsein für gängige Normen des politischen Prozesses voraus. Je genauer die Norm bekannt ist, desto leichter kann eine Abweichung von der Norm beschrieben und bewertet werden.

Schreibt zum Beispiel ein Journalist über die deutsche Gesundheitsreform, wird er bei seinen Lesern vermutlich keine Detailkenntnisse gesetzlicher Regelungen voraussetzen können. Doch der Rahmen, in dem die Gesundheitspolitik verhandelt wird, ist dem Publikum sehr wohl vertraut. Minister und Parlamentarier sind in den meisten Fällen bekannte Gesichter, die für bestimmte (partei-)politische Positionen stehen. Auch Bundestag und Bundesrat sind für den deutschen Bürger bekannte Institutionen. Zumindest grobe Vorstellungen des politischen Systems und seiner Institutionen hat fast jeder Deutsche.

Im Gegensatz dazu gehen die meisten befragten Journalisten davon aus, dass ihr Publikum keine Vorstellung von der institutionellen Struktur der Europäischen Union hat. Daraus folgt, dass Berichterstattung über die EU immer auch ein Grundkurs der Europapolitik und ihrer Spielregeln sein muss.

„Es ist, als ob ein Engländer einem Nicht-Engländer sagt: „Guck mal da: Die spielen Cricket, das ist ein wahnsinnig aufregendes Spiel!“ Wenn Sie die Regeln aber gar nicht kennen, dann ist es sturzlangweilig. Ein Kerl in einer langen weißen Hose rennt ein bisschen hin und her, dann ist Pause, und alle gehen Tee trinken. Was soll daran aufregend sein? So ähnlich ist das hier in Brüssel. Man kann den Leuten ja nicht sagen, gebt mir mal eine Stunde Zeit, dann erkläre ich euch die Spielregeln. Sondern man muss bei jeder Spielszene die Regeln mit erklären. Das ist schwierig“ (EU6).

Im laufenden Spiel die Regeln immer wieder neu zu erklären, führt nicht nur dazu, dass Berichterstattung über Europapolitik oft zäh und „schwer verdaulich“ für das Publikum ist, sondern auch dazu, dass die oft hoch spezialisierten Korrespondenten wenig Raum haben, um ihr Spezialwissen weiterzugeben und stattdessen in einem stark deskriptiven Duktus verhaftet bleiben. Es bleibt weniger Raum für kritische Analysen und Interpretationen in der Berichterstattung.

Nun kann man auch von nationalen Politik- und Gesetzgebungsprozessen nicht sagen, dass sie einfachen Spiel-

regeln folgen würden. Sie sind für die Medienberichterstattung lediglich besser darstellbar als europäische Politik. Medien können über Bundespolitik eher personalisiert berichten. Politische Verhandlungen und dabei auftretende Konflikte sowie Gefechte zwischen Spitzenkandidaten lassen sich häufig entlang von Parteilinien zuspitzen und auch für den Bürger ohne detailreiches politisches Vorwissen verständlich machen.

5.2.3 Black Box Brüssel

Weil so wenig über den Prozess der europäischen Entscheidungsfindung berichtet wird, erscheinen die europäischen Institutionen meist als Black Box. Ein prominentes Beispiel ist die Feinstaubrichtlinie, die 1999 in Brüssel leise verabschiedet wurde und schließlich 2002 auch Bundestag und Bundesrat ohne öffentliche Kontroverse passierte. Erst mit In-Kraft-Treten des Gesetzes begann eine heftige Debatte in der deutschen Öffentlichkeit. Gerhards, Offerhaus und Roose beschreiben die Diskussion über die Feinstaubregelung der EU-Richtlinie 1999/30/EG als „ein prototypisches Beispiel für den Verlauf einer öffentlichen Debatte über europäische Gesetzgebungsverfahren“ (Gerhards et al. 2005:3).

Dieser „prototypische Verlauf“ hat unterschiedliche Ursachen. Eine Ursache ist, dass Regional- und Lokaljournalisten meist nicht über die notwendige Europa-kompetenz verfügen, um Themen wie die „Feinstaubrichtlinie“ zu einem adäquaten Zeitpunkt zu erkennen und in ihre Berichterstattung aufzunehmen (vgl. Schäfer 2006:117).

„Beispiel Feinstaubrichtlinie. Wenn es dann so weit ist, fallen sie aus allen Wolken, inklusive der Oberstadtdirektoren und sonstigen Leuten, die es wissen müssten. Die sagen: Davon haben wir noch nie gehört. Davon haben sie deshalb noch nie gehört, weil wir Journalisten noch nie darüber berichtet haben. Also, da sehe ich schon ein strukturelles Problem“ (EU18).

Die Interviews haben jedoch auch ergeben, dass die mangelnde Information und Diskussion über laufende Gesetzgebungsverfahren nicht erst in den Redaktionen, sondern oft bereits in den politischen Institutionen ihren Ursprung haben. Journalisten berichten, dass die Pressesprecher meist bewusst vermeiden, Informationen weiterzugeben, während Verhandlungen und Entscheidungsprozesse noch andauern.

In nationalem Kontext wären solche „Stillhalte-Taktiken“ angesichts des Recherchedrucks der Medien kaum durchzuhalten. In Brüssel aber herrschen andere Bedingungen. Wirklich überraschend ist, dass die Mehrheit der interviewten Journalisten großes Verständnis dafür

zeigt, dass bestimmte politische Verhandlungen nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt werden können. So kommentiert eine EU-Korrespondentin die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Kommission:

„Natürlich ist sozusagen diese Unzulänglichkeit der Kommission einerseits ein gewisses Grundproblem. Andererseits verstehe ich auch, dass die ganzen Spitzenbeamten nicht pausenlos die Presse auf dem Schoß haben können. Das geht natürlich auch nicht, wenn die Sachen, bevor sie fertig gekocht sind, schon wieder auf den nationalen Märkten gehandelt werden. Die Mitgliedsländer haben natürlich teilweise total widerstrebende Interessen, das muss man auch sehen. Dann ist das ganz klar, dass die natürlich erst mal den Mund halten müssen, so lange bis sie einen Vorschlag machen können, wo sie meinen, sie könnten es ungefähr ausbalancieren und dafür eine Mehrheit kriegen. Das ist eben der völlig normale Prozess. Wir versuchen, was raus zu kriegen und die versuchen, was nicht zu sagen. Das ist immer so, das ist das Spiel“ (EU4).

Ähnlich verständnisvoll schildert ein anderer EU-Korrespondent den Umgang mit Öffentlichkeit der nationalen Fachminister im Rat der Europäischen Union:

„Und wenn der Ministerrat hier ein Interesse hat, – es ist immer derselbe Ministerrat mit unterschiedlicher Besetzung – ein Thema durchzukriegen, dann können die gar nicht öffentlich tagen. Wenn sie das machen, dann ist jede Richtlinie tot. Das ist das, was bei der Forderung nach mehr Transparenz gerne übersehen wird. Das ist alles recht und schön. Aber es gibt halt 27 unterschiedliche Öffentlichkeiten“ (EU5).

Diese Schilderungen stehen in Übereinstimmung mit der Studie von Meyer, in der ein Drittel aller Journalisten angab, selten oder fast nie über Verhandlungen zu berichten, bevor eine Entscheidung der Europäischen Kommission getroffen ist. Mehr als 70% gaben zu Protokoll, wenig Interesse an der Berichterstattung über Arbeitsgruppen des Rates zu haben. Gleichzeitig stuften die Journalisten den Zugang zu Informationen in diesem Bereich als „schwierig“ oder „sehr schwierig“ ein (Meyer 2002:167). Dass die meisten Journalisten es akzeptieren oder sogar unterstützen, während politischer Verhandlungen in der Kommission oder im Ministerrat kaum informiert zu werden, ist als Ergebnis zumindest überraschend.

Die Forderung, die Räte öffentlich abzuhalten und dadurch die Beratungsstadien transparenter zu machen, greift in diesem Fall zu kurz. Wie der ehemalige Bun-

desfinanzminister Hans Eichel im Gespräch mit der Autorin bestätigte, ist die Bereitschaft der Minister, frei und ergebnisoffen zu diskutieren, direkt an die verschlossenen Türen des Verhandlungsraumes gekoppelt. Finden die Räte, wie es gelegentlich versucht wurde und wird, öffentlich statt, werden nur vorbereitete Papiere verlesen und die wesentlichen Verhandlungen finden beim Mittagessen ohne laufende Kameras und Diktiergeräte statt. Transparenz könnte unter diesen Bedingungen nur über die Bereitschaft der Teilnehmer entstehen, Konflikte öffentlich zu machen.

Durch die Tendenz von Politik und Medien, Diskussionen und Entscheidungsprozesse auszublenden, wird die EU zur Black Box. Scheinbar aus dem Nichts tauchen Regelungen in der öffentlichen Wahrnehmung erst dann auf, wenn ihre Umsetzung in nationales Recht ansteht. In Demokratien ist aber gerade die Transparenz der Prozesse im komplexen Regierungs- und Entscheidungsapparat von Bedeutung. Nur so kann Politik über den Umweg der Medienöffentlichkeit an die Bürger rückgekoppelt werden und ein Mindestmaß an Reziprozität im politischen System geschaffen werden.

Eine Berichterstattung, die Grundlagen nicht voraussetzen kann und den politischen Prozess mit seinen Akteuren in einer Black Box verschwinden lässt, bietet keine Angriffspunkte für Kontroverse und Diskussion. So kommt es schon durch strukturelle Faktoren zu einer Entpolitisierung der Berichterstattung aus Brüssel.

5.3 Der Arbeitsplatz Brüssel

In den Institutionen der Europäischen Union ist in den vergangenen fünf Jahrzehnten eine einzigartige politische Kultur entstanden. Wie die Ergebnisse der Interviews zeigen, haben Akteure aus Politik und Medien eine ebenso einzigartige Kultur der politischen Kommunikation entwickelt. Diese Beobachtung steht im Einklang mit Pfetschs Argumentation, dass die Kultur der politischen Kommunikation immer durch die spezifischen makrostrukturellen Vorbedingungen des politischen und des Mediensystems geformt ist (Pfetsch 2003:27).

Der Arbeitsplatz Brüssel unterscheidet sich für EU-Korrespondenten in vielfacher Hinsicht von den traditionellen Korrespondentenposten. Im Gegensatz zum klassischen Auslandskorrespondenten berichtet der Brüsseler Journalist nicht über ein fremdes, unabhängig agierendes Land, sondern über eine Ebene des politischen Systems, welche die deutsche Politik maßgeblich bestimmt und umgekehrt ständig von den Akteuren und Interessen nationaler Politik beeinflusst wird. Ein EU-

Korrespondent betont, dass keine gute Europaberichterstattung möglich sei ohne „ein Auge auf die deutsche Innenpolitik. Sie müssen schon wissen, was zuhause vor sich geht, um vernünftig berichten zu können.“ Ein Brüsseler Tageszeitungskorrespondent erklärt diesen besonderen Status folgendermaßen:

„Brüssel ist für einen deutschen Korrespondenten nicht wie ein Auslandsposten, sondern wie ein Inlandsposten. Wir arbeiten hier genauso wie die Kollegen in Berlin. Das heißt, die Themen sind ja in einer gewissen Weise auch deutsche Themen. Man berichtet also nicht über ein fremdes Land oder eine fremde Organisation, sondern über eine, an der das eigene Land beteiligt ist, also auch ein direktes Interesse hat“ (EU3).

Es wird deutlich, dass EU Korrespondenten im Grunde zwischen zwei politischen Systemen agieren müssten. Sie stehen täglich erneut vor der Herausforderung, beide Perspektiven zu verbinden, um adäquat – und für den deutschen Markt relevant – berichten zu können.

5.3.1 Raumschiff Brüssel – ein spezieller Posten für Korrespondenten

EU-Korrespondenten erfahren am Standort Brüssel eine starke Sozialisierung. „During their first weeks in Brussels, most journalists confess that they believed they had ‚landed on planet Mars‘ since the ‚Euro-speak‘, the technicalities and the complexity of EU processes corresponded little with what they were previously accustomed to“ (Baisnée 2000:79). Eine Journalistin spricht in diesem Zusammenhang vom Aufeinandertreffen zweier unterschiedlicher Wirklichkeiten.

Die meisten Korrespondenten betonen, dass es langwieriger Einarbeitung bedarf, die Prozesse der EU zu verstehen, Quellen vor Ort zu erschließen, Vertrauen aufzubauen, um schließlich auch Zugänge zu exklusiven Nachrichten zu gewinnen. Nach Einarbeitung in die komplexen Strukturen wird das „Raumschiff Brüssel“ für die meisten Journalisten zur Heimat und der EU-Tross zum sozialen Umfeld. Olivier Baisnée beschreibt das Leben der Korrespondenten vor Ort als „real community life“. Ein EU-Korrespondent schildert diesen Effekt so:

„Das ist hier ja schon wie eine große Schulkasse. Wenn in der EU was ist, dann ist es ein Betriebsausflug, ein Klassenausflug, da fährt man dann miteinander hin. Früher saß man noch im selben Flugzeug. Da hat API, die ‚Association pour la presse internationale‘ ein Flugzeug

gechartert, dann sind wir gemeinsam nach Tampere geflogen. In Tampere waren dann 500 Brüsseler Journalisten, die man halt so kennt. In Amsterdam ist es schon einmal passiert, dass ich die Kreditkartennummer vergessen habe und kein Geld mehr dabei hatte. Dann geht man in die nächste Kneipe, da sitzen fünf Leute, die man kennt und leiht sich Geld“¹⁹ (EU5).

Dadurch, dass Journalisten in die politischen Strukturen der EU „hineinwachsen“, mit immer mehr Akteuren bekannt sind und an den Brüsseler Politikprozessen intensiv teilhaben, verändert sich auch der Blick auf den Gegenstand der Berichterstattung. So beschreibt die Korrespondentin einer großen deutschen Tageszeitung zum Beispiel, wie sehr sich durch das Anhäufen von Expertise zu EU-Politik auch der Umgang mit Themen ändert:

„Ja, die Berliner Journalisten haben oft von Details keine Ahnung und stellen die völlig falschen Fragen, aber das ist dann halt der Stand, den man auch zuhause hat, und der Vorteil davon ist, dass da eben nicht so ein Fachidiot darauf guckt, sondern mal jemand ganz frisch mal wieder ganz von vorn blödsinnige Fragen stellt, die keinem von uns über die Lippen kämen, weil wir halt viel zu viel drin sind in der Materie“. Aber wenn man das alles weiß, dann stellt man eben bestimmte Fragen nicht mehr, weil, man kennt die Antwort schon, und das ist einem dann irgendwie peinlich, während der Kollege aus Berlin das dann ganz frisch und unverblümt wieder fragen kann, und das ist ja auch gut so“ (EU10).

So verlieren die Brüsseler Korrespondenten nach einiger Zeit alleine durch die räumliche Trennung auch häufig den direkten Kontakt zur Berliner Politik. Auf die Frage, inwiefern die Kanzlerin und die Bundesregierung die deutsche Ratspräsidentschaft auch innenpolitisch genutzt haben, erwidert ein Zeitungskorrespondent:

„Das kann ich – ehrlich gesagt – nicht so richtig beurteilen, weil ich im Ausland lebe. Ich schaue zwar regelmäßig die Tagesschau und so was, aber da müssten Sie meine Berliner Kollegen fragen. Die wissen das wahrscheinlich besser“ (EU15).

Dies führt zu einem Dilemma: Je länger die Journalisten in Brüssel sind, desto mehr identifizieren sie sich mit den politischen Akteuren und Institutionen vor Ort. Dies birgt die Gefahr in sich, dass sie die notwendige Distanz

¹⁹ Im Vertrag von Nizza (in Kraft seit 2003) wurde festgeschrieben, dass die Gipfel des Europäischen Rates nicht mehr regulär im jeweiligen Vorsitzland

stattfinden, sondern im Ratsgebäude in Brüssel. Damit hat sich das Reiseaufkommen der Korrespondenten verringert.

für eine kritische Berichterstattung verlieren.

„Es gibt in diesem Raumschiff Brüssel eine Art Syndrom, dass man auch als Journalist mit drin sitzt, ganz nah bei der Schaltzentrale, und das Geschehen entsprechend besser nachvollziehen kann als die Außenstehenden. Es ist oft unattraktiv, wie Kompromisse letzten Endes aussehen, wie wenig etwa von einer gut durchdachten nationalen Position übrigbleibt. Aber so wie die Politiker verteidigen, dass es magere, aber immerhin: Ergebnisse gibt, so sehen auch die meisten Journalisten die Vorgänge nicht einfach schwarz-weiß. Dieses Verteidigen unpopulärer Kompromisse und der Prozesse, wie sie zustande kommen, bedeutet keine Solidarisierung zwischen Journalisten und Politikern, aber eine Gemeinsamkeit. Dieses Syndrom ereilt übrigens selbst ausgesprochen europakritische Abgeordnete und Journalisten, wenn sie in Brüssel arbeiten“ (EU1).

Trotz der Gefahr einer Überanpassung erfordern das komplexe Themenfeld und die schwierige Quellenlage, dass Journalisten für längere Zeit in Brüssel arbeiten, damit sie das politische Feld mit all seinen Chancen und Möglichkeiten erschließen können.

5.3.2 Deadlines und Zeitdruck

In den Berliner Redaktionen der größeren deutschen Zeitungen sind Finanzexperten, Spezialisten für Gesundheitspolitik, Fachleute für Innen-, Außen- und Verkehrspolitik, Kulturredakteure und Klatschreporter selbstverständlich. Im Gegensatz zu diesen Großredaktionen ist die Notbesetzung in Brüssel der Normalfall – obwohl wesentliche politische Entscheidungen und Gesetzesentwürfe hier ihren Ursprung haben. Das Nachrichtenmagazin Der Spiegel leistet sich etwa 35 Redakteure in Berlin, in Brüssel wird das „Sturmgeschütz der Demokratie“ (Rudolf Augstein) von zwei Journalisten vertreten²⁰.

Die Brüsseler Außenposten berichten nicht nur über die Europäische Union, sondern sind bei fast allen Zeitungen zusätzlich für die NATO-Berichterstattung und die Benelux-Länder zuständig. Straßburger Journalisten decken meist noch das Elsass mit ab. Die Korrespondenten haben unter diesen Umständen in der Regel kaum die Möglichkeit, sich auf einzelne Themenfelder zu spezialisieren. Auch Zugänge und Kontakte zu Quellen können so nicht in allen Bereichen gepflegt werden. Durch die systematische Unterbesetzung der Korrespondenten-Büros entsteht erheblicher Zeitdruck, der sich

natürlich auch auf Umfang und Gründlichkeit der Recherche auswirkt.

Es gibt verschiedene Ansätze, um diesen Schwierigkeiten zu begegnen. Die Landesanstalten der ARD „poolen“ ihre Korrespondenten in gemeinsamen Büros in Brüssel und Straßburg. Einen anderen, sehr europäischen Weg, wählen zum Beispiel die Nachrichtenagentur Reuters und die Zeitungen der WAZ-Gruppe. Hier teilen sich Korrespondenten aus verschiedenen europäischen Ländern ein Büro und arbeiten oft gemeinsam an den Berichten aus Brüssel. So entsteht aus Pragmatismus eine internationale Redaktion und der Transnationalisierung von Medienkapital folgt die Internationalisierung journalistischer Arbeit.

Freie Journalisten, die mit einem so genannten „Bauchladen“ für verschiedene Medien arbeiten, leiden oft unter noch größerem Zeit- und Termindruck als ihre bei einem Medium fest angestellten Kollegen. Sie haben diverse Auftraggeber mit unterschiedlichen Ansprüchen und Zielgruppen. So erklärt ein EU-Korrespondent „manche Leute haben ein Dutzend Regionalzeitungen am Hals, die haben schlicht keine Zeit dafür“ [gemeint ist hier die intensive Recherche] (EU3). Gleichzeitig sind die Freiberufler davon abhängig, möglichst viel zu produzieren, da sie direkt nach Leistung vergütet werden und meist kein festes Gehalt haben. In dieser Situation kann Recherche zum wirtschaftlichen Risiko werden (vgl. Leyendecker 2005:52).

Neben den personellen Ressourcen in den Redaktionen spielt natürlich auch der Takt der jeweiligen Mediengattung eine wichtige Rolle bei der Entstehung von Termindruck. Von Fernseh- und Radiojournalisten wird eine unmittelbare Berichterstattung erwartet. Über den Tag verteilt gibt es eine Reihe von Deadlines. Zu den verschiedenen (Nachrichten-)Sendungen muss jeweils der aktuellste Stand berichtet werden. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu Zeitungen, die nur einmal am Tag einen allgemeinen Redaktionsschluss haben.

Folglich brauchen Journalisten elektronischer Medien häufig besonders schnellen Zugang zu Informationen und müssen entweder sehr gute Kontakte aufgebaut haben oder sich zeitweise auf die Berichterstattung der Agenturen verlassen.

Unter noch stärkerem Zeitdruck arbeiten schließlich die Agenturjournalisten, von denen grundsätzlich erwartet wird, immer etwas schneller als die Kollegen zu sein. Im Kampf der Agenturen um exklusiven Zugang zu Informationen wird daher mit harten Bandagen gekämpft. So erinnert sich ein Agenturjournalist an den Brüsseler

²⁰ Der Spiegel ist hierbei kein Einzelfall. Auch RTL beschäftigt zum Beispiel nur einen freien Journalisten, für den Stern pendelt ein Journalist zwischen

Paris und Brüssel und die Bild-Zeitung hat gar keinen festen Journalisten für die Berichterstattung aus Brüssel.

Gipfel zur EU-Verfassung:

„Wir haben uns in der Nacht sozusagen unter den Agenturen nichts geschenkt. Wir haben natürlich den Druck, dass wir die ersten sein wollen. Es gab auch Momente, da waren die anderen mal vorn. Das ist ein Prozess, der über die ganze Nacht geht. Dann waren wir wieder vorne. Sie riskieren da jedes Mal sozusagen Ihren guten Ruf. Das ist das, was diese Berichterstattung so besonders macht“ (EU14).

Weil Agenturjournalisten unter erheblichem Druck arbeiten und andere Medien regelmäßig auf ihr Material zurückgreifen, sind sie für Politiker und PR-Spezialisten wichtige Multiplikatoren.

5.3.3 Der Einfluss der Heimatredaktion

Die befragten Journalisten gaben an, relativ unabhängig von ihren Heimatredaktionen zu arbeiten. Eine EU-Korrespondentin antwortet auf die Frage, wie groß der Einfluss ihrer Heimatredaktion ist:

„Ich bin völlig autonom. Das ist ja teilweise auch ziemlich spezifisch, was wir hier machen. Und es ist nicht ganz unkompliziert. Insofern, denke ich mal, kann ich gar nicht erkennen, wer sich da hinsetzen sollte, um quasi nachzubessern oder zu ändern“ (EU4).

Die Mehrheit der Interview-Partner gab an, dass den Heimatredakteuren häufig detailliertes Wissen zu europäischen Fragen fehle und sie deshalb auch keinen Einfluss auf die Richtung der Berichterstattung der Korrespondenten aus Brüssel nehmen könnten.

Diese Sicht der Journalisten auf die Einflussmöglichkeiten der Heimatredaktionen blendet allerdings aus, dass Einfluss sich nicht auf aktive Eingriffe in den journalistischen Inhalt beschränken muss. Letzten Endes haben die Redakteure in der Heimat noch immer die Funktion der „Gatekeeper“, sie entscheiden schon vor Beginn der Nachrichtenproduktion über die Auswahl der Themen, zu denen Berichte angefertigt werden. Diese Entscheidungen sind, in Einklang mit den Ergebnissen von Gatekeeper-Studien, sehr stark von organisatorischen Faktoren abhängig – von der Verfügbarkeit von Bildern, Platzbeschränkungen oder dem Wettbewerb mit anderen Ereignissen.

Thematisch sind die Erwartungen der Heimatredaktio-

nen maßgeblich durch die angenommenen Interessen des Publikums geprägt.

„Das ist im Prinzip der ständige Wunsch der Heimatredaktion. Die sagen: Was heißt denn das eigentlich für uns? Was bedeutet das für den Verbraucher und für den Bürger?“ (EU11).

Eine wichtige Rolle spielen allerdings auch die Nachrichtenagenturen. Durch das Informationsdefizit, das Redakteure in Berlin, Frankfurt, Bochum oder München gegenüber ihren Kollegen in Brüssel haben, wird ihre Sicht der Vorgänge in erheblichem Maße durch die Berichterstattung der Agenturen geprägt. Für Heimatredakteure ist der Wirklichkeitsausschnitt des Agentur-tickers neben der Kommunikation mit den eigenen Korrespondenten häufig das einzige Fenster zu den Vorgängen in Brüssel. So setzen die Agenturen durch ihren Einfluss auf die Heimatredaktionen die Agenda sozusagen „über Bande“. Einige Journalisten beschreiben, dass die Heimatredaktionen Themen anfordern, sobald Agenturen vermehrt darüber berichten. Ganz gleich, ob ein Thema von den Korrespondenten auch als besonders relevant gesehen wird (z.B. EU12 und EU6). Das Relevanz-Empfinden der Journalisten in Brüssel und das der Redaktionen im Heimatort scheint im Fall von Regionalzeitungen besonders weit auseinander zu klaffen:

„Man kann Regionalzeitungen mit Erfolg Geschichten anbieten, die einen Verbrauchergesichtspunkt haben, die regionale Wirtschaft betreffen oder größere politische Themen in Deutschland. Aber die Statusfrage des Kosovo, die außenpolitisch sehr spannend ist und in der EU-Agenda eine der schwierigsten Frage überhaupt – die interessiert den Leser in Dortmund nur sehr begrenzt“ (EU6).

Wo überregionale Zeitungen noch mit einiger Regelmäßigkeit auf EU-Politik und deren Hintergründe eingehen, räumen die Heimatredakteure der Regionalzeitungen Europapolitik noch weniger Platz ein. Dies konnte auch Vettors in einem Vergleich der EU-Berichterstattung von Qualitäts- und Regionalzeitungen belegen (2007b:368). Diese Beobachtung ist besonders relevant, da es in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern aufgrund seiner föderalistischen Struktur eine höhere Anzahl und Bedeutung von Regional- und Lokalzeitungen gibt²¹. Die Entscheidungen der Redakteure in Chemnitz, Stuttgart oder Oldenburg haben also einen erheblichen

²¹ Nach Angaben der Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse 2007 erlangen regionale Abo-Tageszeitungen eine Reichweite von 54,1 Prozent (35,06 Mio.), während die überregionalen Abo-Tageszeitungen lediglich eine Reichweite von 6,5 Prozent (4,23 Mio.) erzielen. (Folgende überregio-

nale Tageszeitungen gingen in die Analyse des Allensbacher Institutes ein: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Die Welt, Financial Times Deutschland, Handelsblatt. Quelle: AWA 2007 In: www.awa-online.de, Stand: Oktober 2007.)

Anteil an der Quantität und Qualität der EU-Informationen, die den Bürger potentiell erreichen könnten.

5.4 Steckbrief: EU Korrespondent

5.4.1 Einstellungen zur Europäischen Union

„Man wird in Brüssel fast automatisch pro-europäisch, sowohl als Politiker, als auch als Journalist“ (EU1).

Bisherige Studien sind zu dem Ergebnis gekommen, dass deutsche EU-Korrespondenten den Prozess der europäischen Integration in der Regel unterstützen – stärker als Medien in anderen europäischen Staaten. „Overall, the German newspapers are very supportive of the European project. They do support further integration and more rights for the EU“ (Adam und Berkel 2004:8; siehe auch Huber 2007; Statham 2006).

Im Einklang mit dieser Beobachtung haben sich auch die für diese Untersuchung befragten Korrespondenten dahingehend geäußert, dass sie das europäische Projekt befürworten, wenn auch in ganz unterschiedlichen Graduierungen. Die Journalisten bezeichnen darüber hinaus nicht nur sich selbst als Unterstützer des europäischen Projekts, sie gehen auch von einer zustimmenden Haltung in Politik und Bevölkerung aus.

„Ich glaube, dass Deutschland im Prinzip in weiten Teilen europhil ist. Dass es vielleicht zwischen den einzelnen Parteien Nuancen gibt, aber dass man sich da im Großen und Ganzen einig ist“ (D9).

Ein Spezifikum in der Sicht der deutschen Journalisten ist dabei die besondere historische Rolle Deutschlands in Europa. Beispielhaft hierfür ist das Statement eines leitenden TV-Korrespondenten:

„Und dann kommen ein paar Leute und sagen: Mit den Deutschen zusammen machen wir etwas. Und schon fünf Jahre später beginnt eine so faszinierende Friedensidee sich auszubreiten, dass daran gemessen ehrlich gesagt das ganze kleinkarierte und völlig berechnete Kritikastern an Korinthenkriegen, an den Seekriegen und Heringskriegen, was es immer gegeben hat in der langen Geschichte dieser fünfzig Jahre, in den Hintergrund tritt. Das finde ich ist im Kern unglaublich. Für meine Großmutter, 1893 geboren, war Krieg gegen Frankreich, Polen oder andere normal. Für meine Tochter, 1983 geboren, ist Krieg gegen alle Nachbarn völlig undenkbar“ (EU2).

Die wesentliche Fragestellung, ob sich die Journalisten

aufgrund dieser positiven Einstellung mit der Sache Europa „gemein machen“ ist damit allerdings noch nicht beantwortet.

Ob die positive Grundstimmung zur EU und der europäischen Integration die Berichterstattung dahingehend beeinflusst, dass Kritik an politischen Entscheidungen oder Strukturen der EU aus Sympathie für den Einigungsprozess – bewusst oder unbewusst – insgesamt unterrepräsentiert ist, lässt sich auf Basis von Interviews nicht klären. Wie viele der interviewten Journalisten betont zum Beispiel ein Straßburger Fernsehkorrespondent:

„Ich bin schon europafreundlich eingestellt, finde aber, das schließt Kritik auch mit ein, das Aufzeigen von Mängeln. Ich sehe meine Aufgabe nicht darin, Agit-Prop für die EU zu machen, keineswegs“ (EU18).

Wie oben zitiert gibt es allerdings inhaltsanalytische Studien, die beweisen, dass die deutsche EU-Berichterstattung häufig besonders positiv ausfällt. Der Journalist und ehemalige Brüssel-Korrespondent des Stern, Hans Martin Tillack, der sich in mehreren Artikeln mit der aus seiner Sicht defizitären Europaberichterstattung auseinandergesetzt hat, spricht in diesem Zusammenhang von der „EU-Schere im Kopf“, mit der ein Großteil des deutschen Pressecorps negative Nachrichten aus Brüssel systematisch ausblende (2006:35).

5.4.2 Journalistische Rollen

Neben der Einstellung zur Europäischen Union ist die Einstellung zum eigenen Beruf, das Selbstverständnis der Journalisten, ein wesentlicher Faktor für ihre Berichterstattung. Um das Rollenverständnis der Journalisten in die Analyse mit einbeziehen zu können, wurde vor allem erhoben, ob sich die Journalisten selbst als Vertreter des Informationsjournalismus, des Investigativjournalismus oder des Meinungsjournalismus verstehen.

Wie ihre Kollegen in Deutschland (Weischenberg 2006) beschrieben auch die befragten EU-Korrespondenten ihre Tätigkeit als hauptsächlich informierend. In den Interviews gibt die Mehrheit der Befragten an, Prozesse und Institutionen der EU darzustellen und zu beschreiben. Sie charakterisierten sich selbst jedoch weniger in der Rolle des Informanten oder Erklärers, sondern eher in der des Übersetzers oder Dolmetschers, der versucht, die kaum bekannten Prozesse innerhalb des Institutionen-Gefüges der EU transparent zu machen:

„Ich finde, wir haben immer auch die Aufgabe, Übersetzer zu sein. Unsere Leser kennen Deutschland. Doch wie

die EU funktioniert und warum bestimmte Entscheidungen getroffen werden, müssen wir ihnen häufig noch erklären“ (EU13).

Neben dieser Rolle als Informationsjournalist, als Dolmetscher eines komplexen Systems in eine erfahrbare politische Realität, sehen sich viele Korrespondenten auch als Kontrolleure, als klassische Watchdogs, die Fehlentwicklungen und Missstände innerhalb der EU frühzeitig erkennen und auch gegen den Willen politischer Akteure publik machen.

„Und das finde ich, ist so eine Aufgabe, die man als politischer Journalist hat: Wenn sie Mist bauen, dann muss man eben auch den Mist beschreiben. Aber wie alle neigen natürlich auch Politiker dazu, wenn sie Mist gemacht haben, das möglichst hintern Schrank zu kehren. Und da holen wir es wieder raus“ (EU3).

Um dieser Rolle als Kontrollinstanz gerecht werden zu können, ist es für die Journalisten nach eigener Aussage unabdingbar, den Institutionen und Informationsquellen gegenüber die eigene Unabhängigkeit zu wahren. Ein Interviewpartner (EU10) betonte, dass sich die EU-Korrespondenten aus diesem Grund auch nicht als bloße Vermittler der Kommunikationsbotschaften politischer Institutionen der EU verstehen.

„Kein Journalist lässt sich so was gefallen. Wir werden nicht dafür bezahlt, den Sprecherdienst der Kommission nach außen zu verlängern und wir begreifen uns nicht in dieser Rolle“ (EU10).

In den Gesprächen mit Agenturjournalisten wurde deutlich, dass sie sich – über ihre Rolle als neutrale Informationsvermittler hinaus – häufig als „erstes Publikum“ europäischer Politik und als Multiplikatoren exklusiver Nachrichten sehen. Sie beschreiben, wie unten weiter ausgeführt, oft einen bevorzugten Zugang zu Informationen zu haben und sehen sich so häufig als Pioniere in der Nachrichtenkette. In ihrem Rollenverständnis spielen daher die Selektion von Nachrichten und die Orientierungshilfe in komplexen Themenfeldern eine herausragende Rolle.

„Als Nachrichtenagentur haben wir zwei Funktionen. Zum einen klassisch informieren, zum anderen stark filtern. Wir versuchen unseren Kunden damit zu helfen, dass wir ihnen ein bisschen Guidance dabei geben, was so die wichtigen Ereignisse und Entwicklungen sind und diese möglichst kontinuierlich zu beschreiben und andererseits über das zu informieren, was jeweils gerade

aktuell passiert“ (EU9).

In welchem Maße diese Selbstbeschreibungen einen tatsächlichen Niederschlag in der Arbeit der Journalisten finden, ist umstritten (Weischenberg et al. 2006: 98). Andere Einflussfaktoren wie Redaktionszwänge oder Verlagslinien können dem eigenen Rollenverständnis entgegenstehen und die Berichterstattung deutlich stärker prägen. Dennoch können journalistische Rollen als wichtige Indikatoren für individuelle Maximen und Handlungsorientierungen angesehen werden. Um einen Eindruck davon zu erhalten, inwiefern sich das Berufs- und Rollenverständnis in der Berichterstattung tatsächlich abbildet, wäre allerdings eine Analyse der Medieninhalte notwendig.

5.4.3 Das Publikumsbild der Journalisten

Welche Themen und Aspekte der EU-Berichterstattung von den Korrespondenten als besonders relevant eingeschätzt werden, hängt u. a. von den angenommenen Charakteristika des Publikums ab. Generell vermuten die EU-Journalisten ein Desinteresse ihrer Leser, Hörer oder Zuschauer an den EU-Prozessen und -Institutionen. Nur wenn EU-Entscheidungen einen direkten Einfluss auf die Lebens- und Erfahrungswelt der Rezipienten haben könnten, wird eine gesteigerte Aufmerksamkeit für EU-Themen erwartet.

„Wir denken hier in Brüssel natürlich in Institutionen: Kommission, Ministerrat, Parlament und so weiter. Das interessiert den Bürger aber herzlich wenig. Der will wissen, was kommt bei der Sache am Ende heraus. Die Wenigsten wollen eigentlich am politischen Spiel im Einzelnen teilnehmen. Insofern haben wir ständig eine größere Übersetzungsaufgabe als die Journalisten in der Heimat, weil man viel weniger voraussetzen kann“ (EU6).

Einer der befragten Journalisten bestreitet einen Zusammenhang zwischen dem geringen Wissen der Bürger über die Europäische Union und einer unzureichenden EU-Berichterstattung (EU8). Seiner Ansicht nach nutzt die Bevölkerung das umfangreiche Informationsangebot, das tagtäglich zur Verfügung steht, nicht in ausreichendem Maße. Der als sehr niedrig angenommene Kenntnisstand über EU-Prozesse scheint für viele Journalisten eine ausführliche Hintergrundberichterstattung notwendig zu machen.

„Wobei man bei Europa nichts voraussetzen darf. Sie können nicht davon ausgehen, dass irgendjemand weiß, was der Ministerrat ist. Ich gehe davon aus, dass ein halbes bis ein Prozent wirklich sagen könnte, was. Selbst bei

den Hörern [des Mediums für das ich arbeite] glaube ich, dass viele Leute, wahrscheinlich die Hälfte der Hörer, nicht sagen könnte, was der Europäische Ministerrat macht und wer er ist. Das muss man immer im Kopf haben" (EU5).

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch Paul Statham in einer Studie über politischen Journalismus und Europäisierung. Auch hier betonten die befragten Journalisten „the need to explain and express more clearly, and in more detail, because of the lack of public and readership knowledge about European compared to national affairs" (Statham 2006: 31).

Ein anderes Publikumsbild entwirft jedoch ein Wirtschaftsjournalist:

„Das ist bei unseren Lesern wahrscheinlich so, dass die ja relativ viel Ahnung haben, also wer in der Wirtschaft ist, weiß natürlich, dass viele Regulierungen und so weiter eh über Europa laufen" (D3).

5.5 Der Umgang von Journalisten mit Informationsquellen

Obwohl viele Journalisten die Intransparenz europäischer Prozesse und die unzulängliche Informationsarbeit der Institutionen kritisieren, scheint kein Mangel an Informationen zu bestehen. Ganz im Gegenteil: Gerade die Vielzahl der involvierten Institutionen, Länder und Organisationen ermöglicht es, Informationen auf verschiedenen Wegen zu beschaffen und so Sachverhalte aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten. Neben den EU-Institutionen, zum Beispiel der EU-Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat bzw. dem Rat der Europäischen Union können Journalisten auf die 27 Vertretungen der Nationalstaaten sowie eine Vielzahl regionaler Vertretungen, Lobbyisten, Thinktanks, NGO's und anderer Akteure zurückgreifen. Selbst wenn ein politisches Interesse daran bestünde, wäre es doch für eine Institution oder Interessengruppe unmöglich, all diese Quellen „auf eine kommunikative Linie" zu bringen. So beschreibt ein Journalist:

„In Brüssel wird ständig so viel gesprochen und gemailt und so weiter. (...) In dem Moment, wo die bestimmte Dinge rausgeben, passiert es natürlich bei 27 Nationen relativ schnell, dass dir irgendeiner irgendwas irgendwie gibt. Denn bei 27 weiß man dann hinterher auch nicht mehr so genau, wer es gewesen ist. (...) Deswegen ist es

manchmal leichter, in Brüssel an Dinge heranzukommen als in Berlin" (D3).

In den Interviews wurde auch deutlich, dass sich eine Rangliste der Quellen kaum erstellen lässt. Die Institutionen haben zu verschiedenen Zeitpunkten des politischen Prozesses unterschiedliche Bedeutung im Hinblick auf ihre Entscheidungskraft und ihre Gestaltungsmöglichkeiten – damit verlieren oder gewinnen sie auch als Quellen jeweils an Relevanz.

Die beschriebene Quellenvielfalt wird von den Journalisten zwar in erster Linie als positiv wahrgenommen, doch spiegelt sie auch ein Gewirr an Institutionen, Akteuren und Interessen, die in einer ausgewogenen und kritischen Berichterstattung Berücksichtigung finden müssen.

Im Folgenden sollen die wichtigsten europäischen Institutionen im Hinblick auf ihre Bedeutung als Informationsquellen aus journalistischer Sicht charakterisiert werden. Die Ergebnisse der Interviews belegen allerdings keine ausgeprägte Abhängigkeit der Journalisten von bestimmten Quellen. Im Gegenteil, die von den Interviewpartnern angegebenen Quellen zeigen eine sehr große Variation.

5.5.1 Die Europäische Kommission

Viele Journalisten stellen fest, dass die EU-Kommission im Bereich Pressearbeit nur unzureichend ausgestattet sei und dass die Sprecher häufig mit ihren Aufgaben überfordert seien. So ist es nach Auskunft einer Journalistin oft nicht einfach, relevante Informationen zu bekommen, „aus der Kommission etwas herauszupulen“:

„Diese Sprecher, die sind eigentlich unterbesetzt. Die haben hunderte und dutzende – vor allem, wenn in einem Bereich was los ist – unendlich viele Anfragen. Bis die zurückrufen, ist es manchmal nachmittags um halb fünf, da habe ich meine Sachen längst geschrieben. Das ist schon teilweise mühsam. Wenn die besser besetzt wären, wäre es schon gut" (EU4).

Diese Interviewergebnisse bestätigen Erkenntnisse vorangegangener Untersuchungen, die die PR-Arbeit der Kommission als zu wenig professionalisiert und mit zu wenig Personal ausgestattet beschreiben (Meyer 2003). Den Beamten, die als Sprecher eingesetzt sind, wird häufig mangelnde Kompetenz in Kommunikationsfragen attestiert. Manche Sprecher werden sehr wohl als hochkompetent für ihren Bereich beschrieben, doch es wird konstatiert, dass noch immer wenige Kommunikationsprofis für die Kommission arbeiten.

„In der Kommission ist halt generell so ein Misstrauen

gegenüber der Presse da. Man merkt natürlich schon, dass nur ein Teil der Pressesprecher eine journalistische Erfahrung hat. Die anderen sind Beamte, die sagen halt hm, huh, um Gottes Willen, was macht die Presse daraus? Das ist ja zum Teil berechtigt. Natürlich gibt es genügend Medien, die mit Bereitschaft zum mutwilligen Missverständnis an die Sache herangehen, um einfach die Schlagzeile zu kriegen. Aber da sind die auch zum Teil unbeholfen“ (EU5).

Hier wird deutlich, wie die Funktionslogik eines großen Verwaltungsapparats mit der Funktionslogik der Medien kollidiert. Trotz der vermehrten Anstrengungen der Kommission, gerade nach den gescheiterten Referenden zur Verfassung in Frankreich und den Niederlanden, hat sich, den Beschreibungen der interviewten Journalisten zu Folge, hier noch nicht viel bewegt.

Die im Rahmen des Plan D angestrebten „Verbesserungen“ der Öffentlichkeitsarbeit der Kommission haben diese Situation nicht verbessert, im Gegenteil: Die Kommunikationsoffensive löst bei der großen Mehrheit der befragten Journalisten eher Unmut aus.

„Ich halte das für irrsinnig, dass die Kommission glaubt, sie müsste ein eigenes Fernsehen machen. Mit eigenem Rundfunk, eigenen Agenturen und eigenen Technikern. Das finde ich skandalös. Die sollen einfach ihre Sachen machen und normal kommunizieren. Die können auch ein bisschen Footage und Bilder dazu werfen und Töne. Aber sie sollen zur Verfügung stehen, man soll sie fragen können, sie sollten sich vielleicht nicht hinter ihren Sprechern verstecken“ (EU2).

Generell beschreiben die Journalisten die Kommunikation der Kommission als ängstlich und defensiv. Häufig hemmen die Sprecher den Fluss von Informationen eher, als dass sie ihn unterstützen. Das Verhalten der Sprecher wird oft als eine Art „Pseudo-Offenheit“ charakterisiert: Die Sprecher sind prinzipiell zugänglich, halten entscheidende Kontakte und Informationen jedoch zurück. Teilweise wird dieses Verhalten auch als Kommunikationsstrategie beschrieben:

Herr Barroso „hat gedacht, indem er uns in portionierten Häppchen jeden Mittag um 12 Uhr ein kleines bisschen EU-Information vorlegt, würden wir so ausgehungert, dass wir dann immer zugreifen und das alles direkt aufschneiden. Der macht also Kommunikationsstrategien für vier Wochen, der weiß heute schon, was er uns in vier Wochen mittags um zwölf im Briefing vorkauen wird. Also wenn die irgendwas beschlossen haben, dann macht er das erst übermorgen und wundert sich, dass es

schon in allen Zeitungen gestanden hat“ (EU10).

Doch obwohl der Umgang mit der Kommission als Quelle von fast allen Befragten als unergiebig beschrieben wird, ist das tägliche Mittagsbriefing der EU Kommission eine wichtige Instanz.

„Erster Anlaufpunkt in Brüssel sind die täglichen Zwölf-Uhr-Konferenzen, die Pressekonferenzen der Kommission. Da kriegen Sie rituell natürlich zuerst die Kommissions-Sicht der Dinge geliefert. Ich glaube, dass das schon das entscheidende Event im Laufe des Tages ist“ (D9).

Das Briefing selbst gilt als nicht besonders informativ und oft sogar langweilig. Seine Bedeutung ist eher rituell: Es strukturiert den Tag und bringt alle Akteure regelmäßig zusammen. Der Austausch mit den Kollegen wird von allen Korrespondenten als Herz dieser täglichen Veranstaltung beschrieben. Das ist besonders wichtig für die Generalisten unter den Korrespondenten, die allein arbeiten und daher sonst wenig Austausch mit Kollegen haben.

5.5.2 Das Europäische Parlament als Informationsquelle

Aus den Ausführungen der Journalisten geht hervor, dass das Parlament nachrichtlich nicht zu den interessantesten Schauplätzen gehört.

„Das Parlament ist insgesamt die schwächste der drei europäischen Institutionen. Naturgemäß wird auch nur entsprechend über das Parlament berichtet. Wir geben uns Mühe, jede Plenarsitzung in Straßburg zu covern. Aber es ist ja nicht so, dass das Parlament die großen Hämmer produziert“ (EU3).

Ein praktisches Problem für die Berichterstattung stellt die Aufteilung der Parlamentsarbeit auf zwei Standorte dar.

„Ein struktureller Nachteil ist diese Geschichte mit den zwei Sitzen. Insofern macht es die Arbeit schon schwieriger als in Bonn damals oder in Berlin, also in einem nationalen Parlament, wo alles an einem Ort in einem Gebäude stattfindet“ (EU18).

Insgesamt beschreiben die meisten Journalisten das Europäische Parlament als eine überdurchschnittlich transparente Institution:

„Das Parlament zum Beispiel, das muss ich ehrlicher Weise sagen, da sind die Abgeordneten deutlich zugäng-

licher als in vielen nationalen Parlamenten. Sie sind sehr bemüht um Öffentlichkeit“ (EU2).

Diese Offenheit ist allerdings primär auf Journalisten des eigenen Landes und somit die nationale Öffentlichkeit der Abgeordneten ausgerichtet. Ein anderer Journalist beschreibt seine Probleme, internationale Interviewpartner zu gewinnen:

„Ich kriege alle deutschen Abgeordneten, das ist nie ein Problem. Aber das Problem sind immer die aus anderen Ländern. Spanische Abgeordnete können schöne Sachen erzählen zur Sozialpolitik und anderen Themen. Aber einen zu kriegen, der das macht, ist sehr schwierig. Denn die haben halt ihre Wähler im Kopf und die sitzen in Spanien. Denen ist es völlig egal, was der [Sender, für den ich berichte] da macht“ (EU5).

In Sachfragen spielt das Europäische Parlament als Institution ohne wesentliche Kompetenzen als Quelle für Journalisten kaum eine Rolle. Einige prominente Abgeordnete, wie in Deutschland zum Beispiel Daniel Cohn-Bendit oder Silvana Koch-Mehrin, haben zwar einen festen Platz in den Medien. Diese Aufmerksamkeit ist allerdings in den meisten Fällen der Person und nicht dem Mandat geschuldet. So beschreibt auch ein deutscher Tageszeitungskorrespondent: *„Das hängt dann eben von einzelnen Personen ab, die zum Teil dann in ihr jeweiliges Land rein eine große Strahlkraft entfalten“ (EU19).*

Doch ansonsten unterbricht das Parlament, die einzige Institution, auf deren Zusammensetzung die Bürger wirklichen Einfluss haben, seinen medialen Tauchgang nur für Skandalfälle wie die Tirade des damaligen italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, der den deutschen Europaabgeordneten Martin Schulz als nationalsozialistischen „Kapo“ beschimpft hatte. Schlagzeilen wie diese sorgen allenfalls für temporäre Aufmerksamkeit, der Bezug zur Sache verschwindet in der Berichterstattung hinter dem Skandal.

5.5.3 Der Europäische Rat und der Ministerrat als Informationsquellen

Der Verwaltungsapparat des Rats in Brüssel wird von den Journalisten selten als Quelle genannt. Er wird als „unsichtbares Backup für die jeweilige Ratspräsidentschaft“ (EU19) charakterisiert und – wenn überhaupt – dann als relativ unzugänglich beschrieben. So berichtet eine EU-Korrespondentin:

„Der Rat – da kommt überhaupt nichts raus. Die ganze Solana-Abteilung da drüben ist natürlich sehr verschlos-

sen, aber das ist in der Außenpolitik eigentlich fast immer so. Da ist es auch eher schwierig“ (EU4).

Ganz anders sieht es aus, sobald nationale Akteure zu Sitzungen des Rats der Europäischen Union (die jeweiligen Außen- bzw. Fachminister) oder des Europäischen Rats (die 27 Staats- und Regierungschefs selbst) zusammen treten.

So beschreibt der Leiter einer Fernsehredaktion die Bedeutung von Gipfeln für nationale Regierungschefs: *„Es ist ein gewaltiger medial inszenierter und für die Politiker auch lebenswichtiger Hype, bei dem der einzelne Politiker brillieren muss als Kämpfer, Stürmer, als Verteidiger, als Torwart und gelegentlich auch noch als Schiedsrichter. Alles gibt gute Noten, wenn er es gut macht“ (EU2).*

Diese Anlässe auf „europäischer Bühne“ werden von den nationalen Akteuren auch zur Selbstdarstellung im Heimatland genutzt. Hier briefen folglich auch nationale Regierungen die Journalisten. Im Umfeld von Gipfeln und den Treffen des Ministerrats kommen dementsprechend ganz ähnliche Mechanismen wie in der nationalen Regierungskommunikation zum Tragen.

„Wobei man dann immer sehr aufpassen muss: Da werden auch Nebelkerzen geworfen. Je nachdem aus welchem Lager die Leute kommen, versuchen sie, auch die Berichterstattung in ihre Richtung zu lenken. Überhaupt ist es so, dass alle Regierungschefs darum bemüht sind, gut auszusehen und als Gewinner dazustehen. Deswegen hat man häufig auch am Ende eines Gipfels kein hundertprozentig ausgewogenes, klares Bild davon, was nun wirklich herausgekommen ist. Das wird häufig erst einige Tage später klar“ (EU7).

Strategien des Newsmanagement und des „Spin“ werden überhaupt erst möglich, weil die Politiker in den meisten Fällen ausschließlich Journalisten der eigenen nationalen Heimatmedien als Adressaten wählen. Durch die Zergliederung der europäischen Presselandschaft und damit auch der Publika können sich Regierungschefs oder Minister nach Verhandlungen, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, vor der eigenen Presse als Verhandlungssieger positionieren. Basis dieser Taktik ist die Hoffnung, dass ein Abgleich der verschiedenen nationalen Positionen durch ein transnationales Mediensystem nur zeitversetzt stattfindet. Transparenz der unterschiedlichen nationalen Positionen wird zudem dadurch verhindert, dass die Abschluss-Briefings der Gipfelteilnehmer meist gleichzeitig und

noch dazu ohne Übersetzung in der jeweiligen Landessprache stattfinden. Allein aufgrund der schwachen Personaldecke der meisten Korrespondentenbüros können daher nicht alle nationalen Positionen eingefangen werden.

So beschreibt ein Agenturjournalist die Notwendigkeit ausreichender personeller Ressourcen bei der Berichterstattung von Ministerräten:

„Wenn in der einen Ecke des Saales 15 Minister ihr Statement abgeben, umringt von einem Grüppchen Journalisten, und in der anderen Ecke die anderen zwölf, dann wird es schwierig. Man kann sich nicht zerreißen. Da ist es immer besser, zu zweit zu sein“ (D4).

Selbst wenn genügend Kollegen vor Ort sind, um mehrere Briefings abzudecken, verhindern oft Sprachbarrieren oder Zugangsbeschränkungen die Recherche der Positionen anderer Mitgliedsstaaten.

Auch die Briefings, die im Vorfeld von Räten in den ständigen Vertretungen in Brüssel stattfinden, sind meist den Journalisten aus dem eigenen Land vorbehalten. Hintergrundinformationen über die Positionen der Regierungen im Vorfeld kann nur bekommen, wer zugelassen wird. Bei diesen Veranstaltungen bleibt man unter sich, die meisten Teilnehmer sind miteinander bekannt. Im Rahmen dieser Briefings, so hat auch die teilnehmende Beobachtung gezeigt, wird die nationale Sicht auf die bevorstehenden informellen Räte sowie die Verhandlungsposition des jeweiligen Landes explizit für die Medien des Heimatlandes geschildert. Im Interview berichtete ein Studienteilnehmer, trotz Nachfrage keinen Zugang zu den Briefings anderer Mitgliedsstaaten bekommen zu haben.

Weil sowohl die Verhandlungen als auch das Abstimmungsverhalten im Europäischen Rat und im Ministerrat in der Regel nicht öffentlich gemacht werden, um die Verhandlungen und Kompromissfindung zwischen 27 Parteien nicht zu erschweren, ist es für nationale Regierungschefs und Minister möglich, Brüssel als „Sündenbock“ zu nutzen. Unpopuläre Entscheidungen werden gerade auch im politischen Alltag im Heimatland häufig auf „Brüssel“ geschoben, obwohl die jeweiligen Politiker selbst auf europäischer Ebene an Entscheidungen mitgewirkt haben.

Bemühungen, die Arbeit des Ministerrats kommunikativ zu öffnen, beschreibt ein Brüsseler Zeitungskorrespondent als fruchtlos.

„Es gibt ja immer wieder Versuche, die Sache transparent zu machen. Da sind dann Teile der Beratungen des Ministerrates öffentlich. Da geht von uns niemand hin,

weil jeder weiß, dass, was öffentlich geredet wird, sowieso nur zum Fenster hinaus geredet ist. Das sind Sprüche“ (EU15).

Allerdings haben Journalisten Strategien entwickelt, um bei Gipfeln und informellen Räten dennoch an relevante Informationen zu kommen. Ein Berliner Zeitungskorrespondent beschreibt:

„Das ist vielleicht auch ein Aspekt der EU-Berichterstattung, der sich auf den Gipfeln etwas von anderen unterscheidet. Es wird sehr viel systematischer bei Delegationen und Journalisten anderer Länder nachgefragt – ‚was habt ihr gehört? Die Iren oder die Portugiesen, von euren Beamten oder Ministern?‘ Dann kann man abgleichen, wie sehr man von der eigenen Regierung verladen oder in die Irre geführt wird oder nicht“ (D1).

Die nationalen Regierungen müssen trotz ihrer bewährten Kommunikationsstrategien damit rechnen, dass sie Informationen schlecht zurückhalten können.

„Das Negative über die Deutschen höre ich eher von denen [Sprechern des Rats oder der EU-Kommission] als von den Deutschen selber. Um bei dem Thema Fußball zu bleiben, da kriegt man dann auch gesteckt, dass Schröder gar nicht in der Sitzung anwesend war, als Deutschland spielte, sondern beim Fußball. Das erzählen einem natürlich nicht die Deutschen, sondern die anderen, die sagen, es sei doch etwas merkwürdig gewesen, dass er sich da überhaupt nicht gezeigt habe“ (EU15).

Wie später noch erläutert wird, spielen bei transnationalen Recherchen der Journalisten ihre Kollegen aus anderen Ländern eine besondere Rolle. Durch die umfassende Vernetzung der Brüsseler Korrespondenten könnten sie Quellen erschließen, die ihnen sonst aufgrund der Knappheit der Ressourcen sowie sprachlicher und kultureller Grenzen verschlossen geblieben wären.

5.5.4 Unter drei

Die Weitergabe von Informationen „unter drei“ in informellen Gesprächen und Hintergrundkreisen ist Gang und Gäbe auf dem Brüsseler Parkett. Das zeigt auch der Titel einer Journalistenreise des Berliner Landesverbands des DJV im Juli 2007: Unter dem Motto „Reise zur EU-Kommission – ‚Brüssel unter drei‘“ wurden den Journalisten nicht nur die EU-Institutionen näher gebracht, sondern auch gleich noch ein bunter Strauß an Hintergrundgesprächen angeboten.

Die Interviews haben ergeben, dass der direkte Kontakt zu politischen Akteuren und Beamten oft eine wichtige-

re Rolle spielt als der Besuch von Pressekonferenzen. Diverse Formen von informellen Kontakten und Hintergrundkreisen haben sich herausgebildet, in denen der Austausch zwischen Politikern oder deren Sprechern mit Journalisten nach ausgefeilten Regeln abläuft.

„Es gibt sozusagen welche [Hintergrundkreise], die regelmäßig stattfinden und es gibt welche, wo die Besetzung regelmäßig wechselt. Solana z.B. lädt nicht immer dieselbe Gruppe ein, sondern sagt dann, ‚na, jetzt hole ich mal mehr aus Osteuropa, und dann hole ich mir wieder die Deutschen und Franzosen.‘ Mehr als zehn, fünfzehn Leute dürfen das nicht sein, weil man sich sonst nicht unterhalten kann. Diese ganzen Kreise sind unter drei“ (EU3).

Es gibt zwar auch verschiedene Hintergrundkreise, die nicht von Politikern, sondern von Journalisten initiiert werden, doch setzen stets die politischen Akteure selbst die Bedingungen fest, zu denen sie Informationen weitergeben. Sie sichern sich meist durch ein genaues Regelwerk ab, das festlegt, wie Journalisten Informationen verwenden dürfen. Im Gegenzug bekommen Journalisten oft Hintergrundinformationen und wertvolle Einblicke.

Wie auch in der nationalen politischen Kommunikation wird generell unterschieden zwischen Informationen „unter eins“, die frei unter vollständiger Nennung der Quelle veröffentlicht werden können, Informationen „unter zwei“, die zwar veröffentlicht werden dürfen, aber nur unter der Umschreibung der Quelle (z.B. „gut informierte Kreise“, „Diplomaten“, „aus Regierungskreisen“) und Informationen „unter drei“, die gar nicht zur Veröffentlichung bestimmt sind, und nur als Hintergrundinformation für Journalisten dienen.

Die befragte dänische Journalistin kritisiert, dass die Praxis der Informationen „unter zwei“ in der Brüsseler Verwaltung oft Überhand nimmt.

„Es gibt inzwischen ganze Spektren von diesen Titeln, wie die Beamten oder Diplomaten benannt werden können. Das ist eine Bedingung dafür, dass man das Zitat überhaupt bekommt. Es wird richtig verhandelt, wie man die nennt. Das kann lächerlich wirken, weil die Informationen oft solche sind, die nicht besonders geheim sind. Ganz faktuelle Sachen, wo die sich aber nicht trauen, mit Namen in Erscheinung zu treten“²² (EU17).

Die dänische Korrespondentin, die in einem sehr inter-

nationalen Umfeld arbeitet, beschreibt, dass die Informationskultur und der Umgang mit Journalisten von Land zu Land stark variieren. So sei das komplizierte Verklausulieren der Quelle in skandinavischen Ländern viel weniger üblich als bei den EU-Institutionen in Brüssel. Dies weist darauf hin, dass die EU-Institutionen eher von einer französisch-belgischen Verwaltungskultur geprägt seien. Unterschiede in den politischen Informationskulturen, die in Brüssel sozusagen wie in einem „Reagenzglas“ auf kleinem Raum zu erleben sind, kamen in den Interviews immer wieder zur Sprache. So beschreibt auch eine andere Zeitungsjournalistin:

„Die Finnen kommunizieren enorm offen, sind rund um die Uhr per Handy erreichbar, halten Transparenz für selbstverständlich. Die Portugiesen rufen tagelang nicht zurück, blasen sich auf und hüten ihr Herrschaftswissen. Die jeweilige Präsidentschaft kommuniziert so, wie sie es von der politischen Kultur ihres eigenen Landes gewöhnt ist. Der Kommunikationsstil wechselt alle sechs Monate“ (EU10).

Ein EU-Korrespondent berichtet, *„dass manche Länder eine Tradition haben, also wir sind nicht dazu da, um Journalisten zu informieren, sondern um sie zu agitieren.‘ Also wenn, dann kriegen sie Propaganda und sonst nichts. Man selber kollidiert dann mit sehr unterschiedlichen“ [Kommunikationskulturen] (EU3).*

Journalisten gezielt mit Hintergrundinformationen zu versorgen ist nicht allein in Brüssel gängige Praxis. Auch in Deutschland gehört dieses Vorgehen für politische Akteure wie Journalisten zum Alltag (vgl. Hoffmann 2003:261). Doch gerade in einem Umfeld, wo politische Prozesse und Verhandlungen zum Teil von der Öffentlichkeit abgeschirmt werden, entsteht durch das Zuspätschieben halböffentlicher Informationen ein großes Potential für die Instrumentalisierung von Journalisten. Denn nicht in allen Fällen sind es nur Belanglosigkeiten aus dem Verwaltungsapparat, die auf diesem schattigen Weg die Presse und gelegentlich die Öffentlichkeit erreichen. Letztendlich können anonyme Quellen auf diese Weise als „unsichtbare Akteure“ Berichterstattung beeinflussen, ohne später auf ihre Äußerung festgelegt werden zu können – also auch ohne für eine Position zur Verantwortung gezogen zu werden.

Ein Journalist beschreibt, dass Informationen „unter drei“ aus diesen Gründen grundsätzlich mit Vorsicht zu

²² Die teilnehmende Beobachtung eines Hintergrundgesprächs in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union hat diese Einschätzung bestätigt. Selbst relativ allgemeine Äußerun-

gen durften nur unter Berufung auf „Europäische Diplomaten“ verwertet werden.

genießen seien.

„Das ‚unter drei‘ ist ohnehin eine ganz heikle Geschichte. Es ist nützlich, weil Sie bestimmte Informationen nicht kriegen, die Sie brauchen, um Sachen einzuschätzen. (...) Aber es führt natürlich auch dazu, dass man leichter benutzt werden kann. Bei allem ‚unter drei‘ kann man natürlich wunderbar benutzt werden, dass man Geschichten unterbringt, die der Auftraggeber oder der Informant loswerden will“ (EU5).

Diese Beobachtung wird von der Mehrheit der interviewten Journalisten geteilt. In den Gesprächen wurden Fälle beschrieben, in denen Politiker unter Vergabe von Informationen „unter zwei“ oder „unter drei“ den politischen Prozess selbst „über Bande“ beeinflusst haben. So werden zum Teil aus laufenden Verhandlungen Informationen an die Presse gespielt, deren Echo den politischen Prozess selbst wieder tangieren kann. In solchen Fällen zahlt der Journalist einen hohen Preis für die Exklusivität der erhaltenen Informationen und wird zum politischen Instrument. Der beschriebene Mechanismus weist zudem darauf hin, dass Akteure, die Informationen „unter drei“ weitergeben, oft gezielt mit der Veröffentlichung kalkulieren.

5.5.5 Eine Lawine von Information

Wo Hintergrundgespräche die gezielte Zuteilung von Informationen an kleine und exklusive Kreise bieten, leisten die Pressestellen der in Brüssel ansässigen Institutionen das genaue Gegenteil: Sie versorgen Journalisten vor Ort wahllos und ohne thematischen Fokus mit Informationsmaterial. Es gibt einen so gewaltigen Überschuss an Informationen, dass Insider von einer Informationslawine sprechen.

„Die Pressedienste sind wichtig. Die spucken natürlich eine unendliche Menge von, Papier ist es Gott sei Dank nicht mehr, sondern Emails, Pressemitteilungen aus, wovon ein guter Teil uninteressant ist, aber ein guter Teil auch nicht“ (EU6).

Die große Menge an Informationen birgt ganz eigene Probleme: Die Journalisten berichten, dass es zum Teil sehr schwer sei, in der Flut von Details nicht die Orientierung zu verlieren und die wichtigen und relevanten Themen von den unbedeutenden zu trennen. So ist es nicht verwunderlich, dass viele Journalisten die schiere Datenmenge eher als Arbeiterschwernis denn als Erleichterung betrachten.

„NGO, Industrieverbände und politische Stiftungen sind

alle gleich schlimm, weil die uns zumüllen. Das ist extrem professionell gemacht und wir müssen es halt abklopfen, ob es news sind oder nicht“ (EU14).

Ähnlich schildert dies auch einer seiner Kollegen:

„Das Besondere an Brüsseler EU-Themen insgesamt ist halt, dass es eine Überinformation gibt. Es gibt nicht das Problem, dass man nicht weiß, wo man die Sachen herkriegt, sondern man muss sortieren, wen ruft man an und wen nicht. Jedes Thema lässt sich endlos recherchieren und man wird eher mit Informationen zugeschüttet als anders herum. Es ist eher so, dass, wenn ich am Computer sitze, die wichtigste Taste am Morgen die Delete-Taste ist“ (EU5).

Die meisten Journalisten sehen die oft wahllosen Informationen, die auf sie einprasseln, als weiteren Beweis für den mangelhaften Professionalisierungsgrad und damit die Ineffizienz der Presseservices. Im Fokus der Kritik steht hier besonders die EU-Kommission, die nach ihrer eigenen Verwaltungslogik und damit oft an den Bedürfnissen der Medienvertreter vorbei kommuniziert. Es ist jedoch auch denkbar, dass die „Flutung“ der Journalisten mit Detailinformationen absichtlich praktiziert wird, um unvorteilhafte Informationen in einem Schwall von Belanglosem zu verstecken. – Eine Taktik des News-Management, die aus dem nationalen Bereich bekannt ist.

So beschreibt eine dänische Journalistin den Effekt dieser Brüsseler Informationspraxis: *„Es herrscht hier totale Offenheit, es gibt ganz viele Quellen, aber im Alltag wird man ertränkt mit Informationen, die Journalisten werden satt gehalten. Dann sitzen sie alle und verdauen und haben keine Zeit mehr nachzufragen“ (EU17).*

5.5.6 Die Hackordnung

EU-Korrespondenten schildern, dass politische Akteure in Brüssel häufig nicht das Gleichbehandlungsprinzip verfolgen, sondern bei der Informationsvergabe eine klare Hierarchie im journalistischen Corps herstellen. Die Medien, die durch ihre Reichweite und ihren publizistischen Einfluss als besonders bedeutsam wahrgenommen werden, werden unmittelbarer als andere Journalisten informiert. Häufig werden ihnen auch Exklusivgeschichten zugespielt.

Eine EU-Korrespondentin spricht in diesem Zusammenhang von „eine[r] Hackordnung unter den Journalisten, die darüber entscheidet, wie die Informationsversorgung abläuft (...)“. Hierbei sehen die meisten Journalisten die englische Financial Times (FT) als privilegiertes

Medium. Die FT wird in Brüssel von Journalisten wie Politikern gelesen und kann so fast als „Brüsseler Lokalzeitung“ für ein Elite-Publikum beschrieben werden (vgl. auch Huber 2007:22). Auch der Herald Tribune und der European Voice wird vereinzelt eine Sonderstellung zugeschrieben.

„Sie greifen sich natürlich gezielt die Nachrichtenagenturen, die großen Zeitungen – Financial Times, Herald Tribune – die großen Meinungsmacher. Sicherlich auch ARD Fernsehen, ZDF, BBC. Was passiert ist, dass Themen bewusst lanciert werden an Einzelne, um ihnen einerseits Zuckerli zu geben, andererseits natürlich auch um die Berichterstattung in eine gewisse Richtung zu lenken“ (EU7).

Eine Journalistin vermutet, dass die Politiker aufgrund von Zeitmangel aus der Vielzahl von Medienvertretern diejenigen wählen, denen als Leitmedien das größte Distributionspotenzial zugesprochen werden kann. Und das liegt naturgemäß eher bei den großen Nachrichtenagenturen, den großen nationalen Fernsehsendern und den auflagenstarken internationalen Medienorganen, die in der Lingua Franca Englisch auch ein internationales Publikum ansprechen.

Ein Berliner Journalist beschreibt, dass er seinen Quellen auch versucht zu vermitteln, dass er in seiner Berichterstattung Nachrichten mit großer Geschwindigkeit multiplizieren muss:

„Die erwarten (...), dass wir denen auch alles sofort, zuerst und ganz schnell liefern. Diese Erwartungshaltung unserer Partneragenturen und auch unserer Kunden haben wir versucht unseren Quellen weiter zu vermitteln. Ob es nun daran lag, dass wir das meiste zuerst hatten, oder ob es an unserer sowieso hervorragenden Qualität liegt [ironisches Schmunzeln], das weiß ich nicht“ (D4).

Ein Journalist (D7) bestätigt auch für den Berliner Kontext, dass bestimmten Medien beim Zugang zu Informationen Vorteile eingeräumt werden.

Neben dem angenommenen Einflusspotenzial eines Mediums spielen auch persönliche Präferenzen der Politiker und Öffentlichkeitsarbeiter eine große Rolle für den Zugang zu Informationen. So beschreibt ein Agentur-Journalist:

„Meine persönliche Erfahrung ist, dass es auch sehr auf den Sprecher ankommt. Also es gibt Sprecher, die halten zum Beispiel große Tageszeitungen für ihre wichtigsten Kunden. Und dann geben die sich bei denen besonders

Mühe, die zu briefen, weil die da entsprechend am nächsten Tag eine gewisse Presse haben wollen. Es gibt Sprecher, die halten Agenturen für sehr wichtig und geben denen entsprechend was, weil sie sich dieser Breitenwirkung, Agenda-Setting-Wirkung gerade in so einem zeitlich engem Raum bewusst sind. Dann gibt es welche, für die ist das Allerwichtigste, dass ihre Leute im Fernsehen gut aussehen und die kümmern sich deshalb vor allem darum, dass es irgendwelche Fernsehstatements am Rande gibt – also das hängt glaube ich sehr von der Kommunikationsstrategie vielleicht einzelner Regierungen, aber nach meinem persönlichen Eindruck auch häufig von einzelnen Akteuren auf Regierungsseite ab“ (EU9).

Neben der fest gefügten Hierarchie, die durch die Medien-Zugehörigkeit der Journalisten festgelegt ist, spielen den Beschreibungen der Journalisten zufolge auch immer persönliche Kontakte und vertrauensvolle Beziehungen zu politischen Akteuren eine entscheidende Rolle für den privilegierten Informationszugang. So beschreibt ein Agenturjournalist die Quellsituation auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Juni 2007 unter deutscher Präsidentschaft:

„Wir sind leicht an Informationen gekommen, weil wir gute Kontakte und gute Drähte hatten. Wenn man die nicht hat, also unvorbereitet da hingehet und nur auf die offiziellen Dinge wartet, dann ist man völlig aufgeschmissen. Man muss wissen, welcher Delegation kann ich vertrauen. Da gibt es wirklich die ungewöhnlichsten Wege, die man da gehen kann, um an verlässliche Informationen zu kommen“ (D4).

5.5.7 Kooperation zwischen Brüsseler Journalisten

Eine der charakteristischsten Eigenschaften der Arbeitssituation in Brüssel ist nach den Beschreibungen der Journalisten die Kooperation mit Kollegen anderer Medien – vor allem mit Journalisten aus anderen Mitgliedsstaaten: Auf die Frage „was ist die wichtigste Informationsquelle in Brüssel?“ erwidert ein leitender Brüsseler Fernsehjournalist: „Die ehrliche Antwort darauf? – Kollegen“ (EU8).

Dabei gibt es zwei Formen der transnationalen Kooperation. Die institutionalisierte und die individuelle, spontane. Erstere findet zum Beispiel bei der Nachrichtenagentur Reuters statt. So beschreibt ein Journalist, wie im Vorfeld der Verabschiedung der Berliner Erklärung das internationale Korrespondentennetzwerk der Nachrichtenagentur mobilisiert wurde.

„Es hat einer gehört, dass der Entwurf für die Berliner Erklärung von deutscher Seite aus verschickt wird. Dar-

auf geht eine Rundmail an alle 27 Länder: Wer den zuerst kriegt und veröffentlicht kriegt eine Flasche Wein. (...) Wir haben hier so eine Emailgruppe, wo alle EU-Korrespondenten, die irgendetwas damit zu haben, angesprochen werden, dann ziehen alle an einem Strang“ (D5).

Die Agentur hat in Brüssel eine große Redaktion, in der Journalisten unterschiedlicher Nationen arbeiten. Ähnlich ist die Situation für Journalisten der FT und der FTD in Brüssel. Deutsche und britische Redakteure arbeiten auf verschiedenen Stockwerken ein und desselben Gebäudes. Oft arbeiten die beiden Redaktionen eng zusammen und tauschen sogar Zitate und Quellen aus (Huber 2007:21). Das jüngste Beispiel einer solchen Kooperation ist das im Februar 2007 gegründete WAZ-Büro, in dem unter der Leitung von Knut Pries Journalisten aus unterschiedlichen Ländern für unterschiedliche Zeitungsformate der WAZ-Gruppe zusammenarbeiten. Wirklich außergewöhnlich ist allerdings die zweite Form der Zusammenarbeit von Korrespondenten in Brüssel: die informelle Kooperation von Journalisten unterschiedlicher Medienorganisationen. Diese Art der Zusammenarbeit beschreiben fast alle Journalisten als essentiell:

„Ich sage Ihnen, wenn Sie nicht mit Journalisten aus anderen Ländern reden, sind Sie hier verraten und verkauft. Sie können den Job hier nicht machen ohne die Kollegen aus den anderen Ländern. Das liegt an der Arbeitsökonomie. Sie kommen nicht durch mit den Sachen, wenn sie das unterlassen. Dazu sind hier viel zu viele Themen, die viel zu unübersichtlich sind. Sie können gar nicht dauernd alles selbst recherchieren. Die Kollegen aus anderen Ländern sind hier in Brüssel eine ganze essentielle Informationsquelle, ohne die geht es nicht“ (EU8).

Diese transnationale Kooperation ist möglich, weil die einzelnen Journalisten für verschiedene Märkte berichten und daher nicht in direkter Konkurrenz zueinander stehen.

„Weil man, anders als in der Innenpolitik mit den Kollegen nicht in einer direkten Konkurrenz steht, gibt es für die keinen Grund, einem Sachen nicht zu sagen“ (EU19).

Die Tatsache, dass die Journalisten unterschiedliche nationale Hintergründe haben, macht sie für ihre Kollegen zu wertvollen Experten für Themen, die ihr jeweiliges Heimatland betreffen. Zudem haben sie Zugang zu Beamten und Politikern ihrer Nation und können einfacher Kontakte vermitteln.

„In letzter Zeit habe ich öfter mit polnischen Kollegen zu tun. Die rufe ich dann auch an und die polnischen Kollegen rufen bei mir an und sagen: Was sagt die Merkel und was ist wirklich? Ist das so, und wollen die das wirklich machen?“ (EU5).

Die Kooperation geht teilweise sogar noch über den Austausch von Meinungen und Standpunkten hinaus: Auch Interviewquellen und Informationsmaterialien werden den Kollegen zur Verfügung gestellt, wie die Mehrheit der Journalisten berichtet.

Basis dieser Kooperation ist Vertrauen, das man sich vor Ort in Brüssel auch in vielen informellen Kontakten erarbeitet. Ein EU-Korrespondent berichtet sogar, dass die Korrespondenten jeden Donnerstag gemeinsam Fußball spielen.

„Dieser Austausch unter den Journalisten ist ungeheuer wichtig. Das funktioniert nur, weil wir uns untereinander kennen. Wenn hier nur immer die Hauptstadt-Journalisten zusammen säßen, würde es nicht funktionieren, weil die kennen ja die anderen Kollegen nicht. Ich kenne eben meinen spanischen Kollegen, gehe bei dem vorbei, und bei den französischen und britischen Kollegen gehe ich vorbei und frage, was habt ihr gehört. Und die kommen zu mir und sagen, kannst du mir noch mal erklären oder gib mir doch mal ein Zitat. So tauscht man sich gegenseitig aus und das ist das Wichtigste, was Informationen anbelangt, das ist wichtiger als alles andere“ (EU15).

Die enge Kooperation untereinander bringt Journalisten in eine vergleichsweise einflussreiche Position. Denn wie oben beschrieben, sind fast alle Techniken des News Management und des Spin allein dadurch wirksam, dass Journalisten in starker Konkurrenz zueinander stehen. Es kann aus den Berichten über die Zusammenarbeit der Journalisten unterschiedlicher Länder geschlossen werden, dass diese auch zu Überschneidungen in der Medienberichterstattung in den verschiedenen Nationen führt. So werden Journalisten in Brüssel zu einer Avantgarde der europäischen Öffentlichkeit.

5.5.8 „Der nationale Klüngel“

Neben dieser Tendenz zur Internationalisierung wird von einigen Journalisten ein gegenläufiges Phänomen beschrieben. Vor allem bei Veranstaltungen suchen Journalisten die Nähe zu ihren Landsleuten, um ihre Einschätzungen miteinander diskutieren zu können.

„Wobei eben hier trotzdem die Journalistentrupps national relativ stark zusammen klüngeln, also mehr, als ich

ursprünglich gedacht hätte. Die Franzosen sind mit den Franzosen und die Engländer schon überhaupt mit den Engländern usw. Also, die bleiben auch in nationalen Trupps. Wenn wir reisen und unterwegs sind, da fährt man quasi immer mit dem eigenen Trupp“ (EU4).

Neben dem Austausch von Einschätzungen und Informationen zur Bestätigung, Neuorientierung oder Erweiterung eigener Erkenntnisse hat der enge Kontakt zu den nationalen Kollegen auch positive Effekte auf die Arbeitsorganisation. Weil die Journalisten bei Veranstaltungen wie Ministerräten oder Gipfeln des Europäischen Rats häufig zusammen sitzen, können die jeweiligen Medienbeauftragten gezielt und zeitgleich informieren.

„Manchmal gibt es landesspezifische Zusammenrottungen, dass dort eine Gruppe Deutscher oder eine Gruppe Spanier sitzt. Das ist manchmal gut, weil es zum Beispiel passiert, dass die Deutschen briefen und dann kommt mal kurz einer der Sprecher und der geht dann dorthin, wo die meisten deutschen Journalisten sitzen“ (EU19).

Um sicherzustellen, dass auch genügend gemeinsamer Raum für die deutschen Kollegen bei Gipfeln oder ähnlichen Veranstaltungen zur Verfügung steht, wird meist eine Kennzeichnung der Platzierungen vorgenommen:

„Das hängt einfach damit zusammen, dass die Brüsseler Kollegen bei der Gipfelvorbereitung hingehen und dann diese DIN-A4-Zettel auf die Tische kleben und ganze Sitzreihen für bestimmte Medien blocken. Meist machen das ein oder zwei Leute dann auch für den großen Kreis der Kollegen. Das geht da auch sehr kollegial zu. Die machen das auch für andere Medien mit“ (D1).

Eine Journalistin versäumt es jedoch nicht, auf die Gefahren dieses „shoulder rubbings“ aufmerksam zu machen. Die Nähe und der permanente Austausch und Vergleich von Sichtweisen führe zu einer Uniformität der Berichterstattung und Kommentierung. So könne nur von einer scheinbaren Meinungsvielfalt in der deutschen EU-Berichterstattung ausgegangen werden.

„Also ich könnte mich davon nicht mehr frei machen, wenn die FAZ neben mir eine These entwickelt hat und die These dann auch noch mal mit dem Kollegen von der Stuttgarter Zeitung abgleicht, ob die auch bestand hat, da wäre mein Kommentar schon im Eimer, weil meine ganzen Gedanken würden sich sofort auflösen. Und ich kann so nicht arbeiten. Und ich habe den Verdacht, dass es viele meiner Kollegen auch nicht können, weil wenn

man am nächsten Tag in die Zeitung guckt, dann ist es auch ziemlich uniform, was man da sieht“ (EU10).

5.6 Agenda Setting

Um die Rolle der Politik und der Medien bei der Themenwahl der EU-Berichterstattung näher eruieren zu können, wurden die Journalisten nach den Berichterstattungsanlässen gefragt. Sie wurden gebeten, den Anteil der Eigenrecherche und den der Vorgaben der politischen Agenda an ihrer Berichterstattung zu gewichten und zu erklären. Ein Brüsseler Korrespondent beschreibt diese beiden Einflussfaktoren als zwei Stränge, die Berichterstattung formen:

„Der eine Strang sind die normalen Ereignisse: Man hat Ministerräte, man hat irgendwelche Kommissionsitzungen und weiß, es steht die und die Entscheidung an, im Wettbewerbsbereich, in der Außenpolitik. Man hat Parlamentssitzungen. Das sind alles die Dinge, die man kennt, und man weiß ungefähr, was da kommen wird. Das ist der eine Strang. Der andere Strang ist der, dass man von sich auch selbst bestimmte Bereiche und Themen permanent im Blick hat und immer mal wieder nachhakt und seine eigenen Geschichten sucht; die jetzt nicht öffentlich laufen, aber hinter denen man selbst her ist, und die man, wenn man sie halbwegs rund hat, dann in die Zeitung bringt“ (EU3).

Die Mehrheit der EU-Korrespondenten spricht dem erstgenannten Strang – der politischen Agenda – den größten Einfluss auf die Themensetzung zu: sie sei die „absolut oberste Determinante auch hier für die Berichterstattung“ (EU6). Einige beziffern den Anteil mit 60 Prozent politischer Agenda und 40 Prozent Eigenrecherche (EU3). Andere messen der Politikagenda sogar einen Anteil von 90 Prozent zu (D2). Dass die Dominanz der politischen Agenda, die von einem Großteil der Journalisten im Gespräch eingeräumt wurde, auch einen tatsächlichen Niederschlag in der Berichterstattung findet, zeigen die Ergebnisse einer Inhaltsanalyse nationaler Tageszeitungen zur EU-Berichterstattung von Hans-Jörg Trenz. Die Berichterstattung orientiere sich, dem Wissenschaftler zu Folge, „zumeist am Ereigniskalender der europäischen Institutionen und damit an institutionell inszenierten Ereignissen (wie wöchentliche Pressekonferenzen), auf die sich die Medien bereits routinemäßig einstellen können“ (Trenz 2005: 221f.).

„Es sind zum größten Teil die Termine, die die Agenda

vorschreiben (...). [I]ch würde sagen, in erster Linie ist es doch die Terminpolitik, die wir dann versuchen mit Beispielen auszugestalten“ (EU11).

Als Gründe dafür werden vor allem Zeit- und Ressourcenmangel genannt. Man habe nicht genügend zeitliche und personelle Kapazitäten, um neben den täglichen Vorgaben der politischen Agenda eigenständige Themengebiete zu recherchieren.

„Wir sind sehr stark in den Ablauf der Geschäfte hier eingebunden. Ich habe eigentlich wenig Zeit, mich um Dinge zu kümmern, die sozusagen nicht öffentlich sind und wo man viel recherchieren müsste“ (EU15).

Das große Gewicht politischer Termine im Agenda-Setting-Prozess erklärt ein EU-Korrespondent auch mit dem Verweis auf die Funktion des politischen Journalisten, der per definitionem über politische Prozesse und Tagesordnungen berichten sollte.

„Wir berichten ja nicht über etwas, das wir irgendwie erfinden, sondern berichten über Dinge, die sich ereignen, die gemacht werden. Insofern setzt in der Politikberichterstattung immer auch die Politik selbst die Berichterstattung, das kann ja nicht anders sein. [...] Da können wir gar nicht dran vorbei“ (EU8).

Die Notwendigkeit eigenständiger Themenrecherche wurde von einem Interviewpartner auf EU-Ebene generell angezweifelt. Politische Prozesse seien entweder per se nicht zugänglich oder wären für das Publikum irrelevant.

„Ich meine, was kann man hier selbst recherchieren? In allen großen politischen Betrieben ist die Vorstellung selbst recherchierter Themen eigentlich weitgehend eine Illusion. Jedes Thema, das hier ist – von Gen-Mais angefangen bis sonst wohin – ist ja irgendwie da (...). Ich denke, die Vorstellung, hier könne man irgendwie Recherchen betreiben in irgendwelche Geheimnisse, das ist weitgehend illusorisch. Das ist auf nationaler Ebene teilweise möglich, wenn man z. B. in Geheimdienstgeschichten oder Terrorismussachen recherchiert. Da gibt es hier nichts. Da ist hier nichts rauszukriegen, weil hier ist niemand. Hier wird nur die Zusammenarbeit abgewickelt. Die Geheimnisse der Kommission sind weitgehend nicht vermittelbar. Die Prozesse, die da ablaufen, sind politische Prozesse und politische Streitigkeiten. Wer will das im Detail wissen?“ (EU4).

Der Einfluss der politischen Agenda auf die Themen der

Medienberichterstattung variiert stark von Journalist zu Journalist und von Medium zu Medium. Ein freier Journalist, der nicht tagesaktuell für verschiedene Medien arbeitet, benennt beispielsweise nur individuelle und redaktionelle Faktoren, die seine Themenwahl bestimmen.

„Das ist schon das Interesse der Redaktionen und das Land in dem ich lebe, und mein persönliches Interesse. Das sind die drei Faktoren, die jetzt die Themenauswahl bestimmen“ (EU5).

Ein Interviewpartner macht auch auf die Möglichkeit der Beeinflussung der Politikeragenda durch die Medienberichterstattung aufmerksam. Demnach sei es vor allem den großen Zeitungen möglich auf bestimmte Themen und Aspekte hinzuweisen, die dann eine entsprechende Reaktion im politischen System nach sich ziehen. Diese Richtung des Agenda-Setting sei jedoch, wie er gleichzeitig einräumt, seltener anzutreffen.

„(...) Wenn in zwei großen Zeitungen solche Geschichten stehen, die laufen dann auch über die Agenturen. Dann reagieren die da drauf. Das ist klar. Wir reagieren häufiger natürlich auf die Politik, aber die reagieren auch schon auf uns – also die großen Zeitungen“ (EU12).

Ob ein EU-Thema mediale Beachtung erfährt, ist jedoch nicht nur Ergebnis der Themen- und Timing-Vorgaben der politischen Agenda der EU, sondern wird auch von der Berichterstattung anderer Journalisten bestimmt. Gelingt es einem Medium ein besonders interessantes und viel beachtetes Thema zu lancieren, folgen die anderen Medien mit eigener Berichterstattung zu diesem Sachverhalt.

„Das ist manchmal dann auch der Herdentrieb. Dann ist die Reaktion: Warum haben wir nichts? Die haben doch dort eine gute Geschichte gehabt. Und da müssen wir alle nachschreiben“ (EU12).

Von einem EU-Journalisten wird in diesem Zusammenhang vor allem auf die Leitfunktion des Fernsehens hingewiesen (D8). Generell wird jedoch vor allem dem Agenturjournalismus ein besonderer Stellenwert beigemessen, der durch seine Aktualität und Omnipräsenz zum Agenda-Setter avanciert:

„Natürlich sind die Nachrichtenagenturen der Haupttransporteur der Themen, das ist ja klar. Die sitzen und schreiben den ganzen Tag ohne Ende, was in der Kommission oder im Parlament passiert etc. pp. Das ist doch klar, die Nachrichtenagenturen setzen in jedem Falle in

erster Linie das Thema. (...) Kleine Meldungen nimmt man normalerweise von den Agenturen. Die richtigen Geschichten schreiben die Korrespondenten. Das ist das Gleiche wie überall“ (EU4).

Zudem sind die Agenturmeldungen meist die erste und einzige Quelle von EU-Nachrichten für die Heimatredaktion. Dominiert ein Thema die Agenturmeldungen, so wird es von der Heimatredaktion als besonders berichtenswert eingestuft und der Korrespondent in Brüssel beauftragt, zu diesem Thema zu recherchieren.

5.7 Recherche-Journalismus in Brüssel

Die Frage nach den Möglichkeiten der investigativen Recherche wurde von den Journalisten sehr uneinheitlich beantwortet, wobei die Definition von „investigativ“ bei der Einschätzung eine wichtige Rolle spielt. Ein Journalist kritisiert, dass der Begriff in Deutschland inzwischen auf eine Art „politischen Skandaljournalismus“ reduziert wird. Ähnlich äußert sich einer seiner Kollegen:

„Das Investigative kommt vielleicht ein bisschen zu kurz. Es gibt jetzt seit zehn Jahren oder so ein größeres Interesse an solcher Berichterstattung, die sich aber eben auf diesen etwas engen Fokus, ‚können die nicht mal eine Sauerei ausgraben‘, beschränkt. Das finde ich nicht so richtig überzeugend. So wie es vielleicht vorher allzu fromm war, nach dem Motto, die EU ist eine gottgefällige Veranstaltung, da schreiben wir nun schöne Sachen drüber, ist es dann dazu gekommen, dass ein Teil der Presse sich darauf versteift hat, zu sagen, das ist doch

alles ein Drecksladen, die hauen wir jetzt Woche für Woche in die Pfanne. Das ist genauso bescheuert“ (EU6).

Versteht man investigative Recherche jedoch nicht allein als das Aufdecken von Skandalen, wird sie von den meisten Journalisten als genuiner Bestandteil der journalistischen Arbeit in Brüssel betrachtet. Die Journalisten betonen jedoch, dass eine gute personelle Ausstattung der Redaktionen Voraussetzung für den intensiv recherchierenden Journalisten ist. Die Journalisten in diesen Redaktionen haben oft weniger Zeitdruck, können sich besser spezialisieren und so am ehesten nachforschend Quellen untersuchen und Hinweisen folgen. So beschreibt ein EU-Korrespondent:

„Was wir hier machen, ist investigativ. Auf dem Bereich, wo wir unsere eigenen Geschichten machen, ist das nichts anderes. Wir suchen uns Quellen, wir glauben, irgendwo ist was, wir vermuten was, wir gehen dem nach, bis wir was haben, und dann haben wir eine Geschichte. Das ist für mich investigativer Journalismus. So ist und muss politischer Journalismus eigentlich sein. Viele von denen, die ich hier kenne, machen das“ (EU3).

Es lässt sich jedoch schlussfolgern, dass die meisten Journalisten in Brüssel aus einem Zusammenspiel der oben beschriebenen Faktoren und Umstände häufig weniger recherche-intensiv arbeiten. Dies scheint allerdings nicht allein im Rollenverständnis der Journalisten begründet zu liegen, sondern viel mehr an dem besonderen institutionellen Setting, mit dem der einzelne Journalist in Brüssel konfrontiert ist.

Die folgenden Handlungsempfehlungen sollen Möglichkeiten aufzeigen, wie den oben beschriebenen Defiziten der EU-Berichterstattung begegnet werden kann.

6. Handlungsempfehlungen

Die Ergebnisse dieser Befragung, wie auch Befunde vorangegangener Studien, deuten auf fundamentale Defizite in der medialen Vermittlung von Europapolitik hin. Hindernisse für die adäquate Berichterstattung finden sich sowohl auf der politischen Ebene als auch auf der Ebene der Medien. Die Probleme sind teilweise in der Struktur des politischen Systems der EU sowie in der Logik der nationalen Medienberichterstattung angelegt. Dennoch bleiben Akteuren aus Politik und Medien Handlungsspielräume, um die EU-Berichterstattung zu verbessern.

Im Folgenden sollen auf Grundlage der vorliegenden Untersuchungsergebnisse Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie Handlungsspielräume genutzt werden können.

Da es um konkrete Verbesserungsvorschläge gehen soll, werden die in der Studie aufgezeigten Probleme auf Ebene des institutionellen Aufbaus der EU und der nationalen Mediensysteme hier nicht thematisiert, sondern vielmehr Problemlösungspotentiale für die Ebene von Organisationen und Akteuren benannt.

6.1 Verbesserungspotentiale auf Seiten der Medien

6.1.1 Journalisten

- Den Lesern und Zuschauern muss mehr zugetraut und zugemutet werden. Der Hauptgrund für Medien ein Thema ins Blatt oder ins Programm zu nehmen – sofern sie nicht öffentlich-rechtlich oder staatlich sind – ist das angenommene Interesse der Leser, und die daraus resultierende Auflage beziehungsweise Quote. Die Interessen des Publikums werden allerdings umgekehrt in erheblichem Maße durch die mediale Gewichtung von Themen bestimmt. Wenn dem Publikum von Anfang an das Verständnis europapolitischer Prozesse nicht zugetraut und deshalb nicht berichtet wird, tritt ein sich selbst verstärkender Prozess ein: Die EU wird nicht nur immer unverständlicher, sondern auch immer unsichtbarer.
- Europaexpertise muss schon in der Journalisten-Ausbildung vermittelt werden. Nur, wer die Institutionen und Prozesse der Europäischen Union kennt, kann europäische Politik für sein Publikum verständlich aufbereiten und die Relevanz europäischer Politik und ihrer Themen frühzeitig abschätzen. Es wäre

undenkbar, dass Absolventen einer deutschen Journalismusschule oder Volontäre deutscher Tageszeitungen die Bundesministerien und ihr Führungspersonal nicht kennen. Im Fall der Europäischen Union, so darf vermutet werden, ist dieser Zustand eher die Regel als die Ausnahme.

- Besonders bei regionalen und lokalen Zeitungen muss Europaexpertise gebildet werden (vgl. Schäfer 2005:58). Regionalzeitungen werden in Deutschland mit Abstand am meisten gelesen, haben aber das größte Defizit in der Europaberichterstattung. Und dies, obwohl es häufig gerade die Regionen sind, die von Entscheidungen der EU-Institutionen betroffen sind.
- Journalisten müssen sich davon lösen, in ihrer Berichterstattung allein die politische Agenda und das Timing der europäischen Institutionen zu übernehmen. Die eigene Recherche muss bei der Themenfindung an Gewicht gewinnen. Dies geht nur durch eine personelle Verstärkung der Brüsseler Redaktionen. Forderungen gehen ins Leere, wenn ein einzelner Journalist in Brüssel für Nato, die Benelux-Länder und die EU-Institutionen verantwortlich ist.
- Journalisten müssen Prozesse von Beginn an begleiten. Die verbreitete Einstellung „frühe Thematisierung störe die Entscheidungsfindung“ führt dazu, dass Richtlinien scheinbar aus dem Nichts auftauchen. Gerade bei langwierigen Entscheidungen ist eine frühzeitige Einschätzung der Relevanz von Themen notwendig. Nur so können Medien auch vor problematischen Entwicklungen warnen, bevor Entscheidungen gefallen sind.

6.1.2 Medienorganisationen

- Europapolitik ist in weiten Teilen Innenpolitik und muss auch so behandelt werden. Das betrifft sowohl die Ressourcen als auch den Platz im Blatt oder die Zeit auf dem Sender.
- Ein notwendiger Schritt hin zu einer adäquaten EU-Berichterstattung ist die personelle Verstärkung der Redaktionen. Ein einzelner Journalist kann sich unmöglich in alle Themenfelder, die auf europäischer Ebene verhandelt werden, einarbeiten. Die EU ist kein Thema, wie die Gesundheits- oder Verkehrspolitik, sondern eine eigenständige politische Ebene und

sollte als solche auch von den Medien behandelt werden. Eine Ressortaufteilung – und eine vergleichbare Redaktionsstärke – wie sie im Hauptstadtjournalismus gang und gäbe ist, würde auch eine differenziertere EU-Berichterstattung nach sich ziehen.

- Die Verstärkung der Teams ist nicht nur aus Gründen der Expertise für unterschiedliche Politikfelder geboten, sondern auch um Kapazitäten für eigenständige Recherche freizustellen. Zurzeit spielt die politische Agenda die Hauptrolle, wenn es darum geht, die Themen der Europaberichterstattung zu setzen. Durch zusätzliches Personal würden Freiräume entstehen, um den journalistischen Eigenanteil bei der Themenfindung zu stärken.
- Parallel zur Aufstockung der EU-Büros muss auch die EU-Expertise in den Heimatredaktionen gestärkt werden. Die „Gatekeeper“ in den Heimatredaktionen müssen in der Lage sein, die Relevanz von Themen frühzeitig richtig einzuschätzen. Es ist problematisch, dass Stücke von Brüsseler EU-Experten geschrieben werden, über ihre Platzierung aber häufig „EU-Laien“ im Ressort Außenpolitik entscheiden.
- Die Kooperation zwischen Brüsseler und Berliner Korrespondenten muss verbessert werden. Oft sind europäische Prozesse nur mit einer genauen Kenntnis nationaler Politik zu verstehen und umgekehrt. Solange Brüssel und Berlin als unverbundene Ressorts behandelt werden, kann die Berichterstattung über beide politische Ebenen politische Prozesse nicht in Gänze erfassen.
- Journalisten müssen internationale Netzwerke etablieren und transnational mit Kollegen aus anderen Mitgliedsstaaten kooperieren. Wo nur aus nationaler Perspektive recherchiert und berichtet wird, endet Information und somit auch Kontrolle politischer Macht häufig an den Landes- und Sprachgrenzen. Eine wirkliche Watchdog-Funktion können Journalisten in einer multinationalen Organisation nur in multinationalen Mediennetzwerken erfüllen. Die Effizienz transnationaler Recherche-Netzwerke bestätigen Erfahrungen wie die Geschichte des Rücktritts der Santer-Kommission, die auf die Aufdeckung von Misständen durch ein informelles

Journalisten-Netzwerk folgte (vgl. Meyer 2002). Vorbildlich sind Medienorganisationen, die auf unterschiedlichen Märkten agieren und die Möglichkeit nutzen, die transnationale Zusammenarbeit ihrer Journalisten zu institutionalisieren²³.

6.2 Verbesserungspotentiale auf Seiten der Politik

6.2.1 Nationale politische Institutionen und Akteure

- Nationale Politiker müssen die Bedeutung europäischer Politik kenntlich machen und Verantwortlichkeiten klar benennen. Politische Kommunikation wird nach wie vor maßgeblich von den Akteuren nationaler Politik bestimmt. Auch das Bild der Europäischen Union in der Öffentlichkeit wird von kommunikativen Akzenten geprägt, die diese setzen (vgl. Bunz 2000:25).
- Das „Blame-Game“ muss aufhören. Minister und Staatsoberhäupter, die auf Ebene der EU beteiligt sind, dürfen in der nationalen Arena nicht damit werben, was sie Europa abgetrotzt und gegen „Brüssel“ für das eigene Land erreicht haben. EU-Richtlinien populistisch zu kritisieren und gleichzeitig zu verschweigen, dass die eigene Regierung an deren Entstehung maßgeblich beteiligt war, fördert nicht die Transparenz, sondern einseitige Ressentiments.

6.2.2 EU-Institutionen und politische Akteure

- Die EU-Kommission sollte statt in PR-Kampagnen und Broschüren in eine fachlich bessere Informationspolitik investieren. Sie sollte Öffentlichkeitsarbeit weniger dirigistisch angehen und mehr Offenheit und Bereitschaft zum Dialog mit den Medien zeigen.
- Die Europäische Union darf Kommunikation nicht länger als Mittel begreifen, den Bürgern die Ergebnisse längst abgeschlossener politischer Prozesse schmackhaft zu machen. Transparenz bedeutet auch kontinuierliche Einbindung von Öffentlichkeit in den gesamten politischen Prozess (vgl. auch Meyer 2003:40).
- Kommissare müssen für die Medien ansprechbar

²³ Solche Modelle werden bereits erfolgreich von der WAZ-Gruppe, der englischen und deutschen Financial Times sowie der Nachrichtenagentur Reuters betrieben. Beispielhaft ist hier das Modell des WAZ-Konzerns, der ein international besetztes Brüsseler Büro eingerichtet hat, aus dem Korrespondenten auch für Regionalzeitungen verschiedener Länder und Märkte

berichten. Ein öffentlich-rechtliches Vorzeigeprojekt ist „Radio E“, ein Gemeinschaftsprogramm verschiedener europäischer Auslandssender. Auch hier werden politisches Know-How und Sprachkompetenz für eine Berichterstattung mit europäischer Perspektive gebündelt (vgl. Kleinstüber 2007:13).

sein. Auch wenn EU-Kommissare und hohe Beamte der Europäischen Kommission nicht von der Wählergunst abhängig sind, sind sie Bürgern und somit auch Medien Rechenschaft schuldig. Eine stärkere Präsenz der EU-Kommissare durch mehr öffentliche Auftritte würde eine personalisierte Europaberichterstattung erheblich erleichtern.

- Um Transparenz und Personalisierung der Debatten zu erleichtern, müssen Europapolitiker und -Beamte ihre Namen mit ihren inhaltlichen Positionen verknüpfen. Das bedeutet: weniger anonymes Agenda-Setting „unter zwei“ oder „unter drei“, stärkere Präsenz von Personen. Nur so können auch EU-Politiker beim Wort genommen werden.
- Verhandlungen sowie auch Abstimmungsergebnisse der Verhandlungen der Europäischen Kommission sowie des Europäischen Rats und des Ministerrats müssen zumindest teilweise öffentlich gemacht

werden (wie es im Fall des Ministerrats ja auch schon in Einzelfällen praktiziert wird). Öffentliche Konflikte müssen zugelassen werden, auch wenn dies die Kompromissfindung verzögert. Journalisten muss so die Möglichkeit gegeben werden, über politische Prozesse mit all ihren Konflikten und Schwierigkeiten zu berichten. Nur so bekommen die Institutionen eine Medienpräsenz (vgl. auch Meyer 2003:40).

- Auch im Europaparlament gibt es noch Spielräume, um den Umgang mit den Medien weiter zu professionalisieren. So schlägt zum Beispiel der freie Journalist Alois Berger im Interview die Erstellung einer Liste vor, der zu entnehmen ist, welche Abgeordneten des Europaparlaments welche Sprachen sprechen. Durch diesen Service wären Radio-, Fernseh- und Internetredakteure für O-Töne nicht mehr auf die Abgeordneten ihres jeweiligen Heimatlandes beschränkt.

7. Fazit

Warum ist die Europäische Union für den größten Teil ihrer Bürger eine Black Box? Eine undurchsichtige Maschine, deren Produktion nur von Interesse ist, wenn sie den Europäer in Verona, Wattenscheid oder Tampere direkt betrifft? Dass dies zumindest zum Teil daran liegt, dass Journalismus in der Vermittlung und Kontrolle von Europapolitik starke Defizite hat, legen die Ergebnisse dieser Studie nahe.

Eine Vielzahl von Faktoren erschwert die effektive publizistische Kontrolle politischer Prozesse in Brüssel. Diese haben ihren Ursprung zum Teil in den politischen Strukturen, zum Teil entstehen sie auf Seiten der Medienorganisationen und Journalisten. Schon der Vermittlung von Basisinformationen werden die Medien, die aus dem „Raumschiff Brüssel“ berichten, nicht immer gerecht.

Wendet man kommunikationswissenschaftliche Theorien auf Prozesse der politischen Kommunikation in Brüssel an, so zeigt sich, dass das einzigartige institutionelle Setting der EU ganz andere Regeln hervorgebracht hat als die politischen Systeme der Nationalstaaten. Theorien über das Zusammenspiel zwischen Medien und Politik sowie über die Interaktionen zwischen Journalisten und ihren Informationsquellen sind nicht ohne weiteres auf den europäischen Kontext übertragbar. Sie müssten für die Ebene der EU modifiziert und weiter entwickelt werden.

Die „Mediatisierung der Politik“, die Meyer und Hinchman (2002) im nationalen Kontext beobachten, kann so für die europäische Ebene nicht konstatiert werden. Dies liegt nicht zuletzt darin begründet, dass Politik und Medien im Kontext europäischer Politik weniger Interdependenzen aufweisen:

Die politischen Akteure der Europäischen Union sind weniger von Journalisten abhängig, um ihren politischen Einfluss zu verstetigen und bei Wahlen zu erneuern. Einer der Hauptgründe dafür ist, dass die Mitglieder der Europäischen Kommission als der einflussreichsten europäischen Institution nicht gewählt, sondern von den nationalen Regierungen berufen werden und dass die Abgeordneten des Europäischen Parlaments allein von den Bürgern ihres jeweiligen Heimatlandes gewählt werden.

Aber auch die Journalisten sind weniger von politischen Akteuren abhängig, um an Informationen zu gelangen. Dies liegt vor allem an der stark ausgeprägten Koopera-

tion zwischen Journalisten verschiedener Länder. Die Brüsseler Korrespondenten arbeiten für ganz unterschiedliche Medienmärkte und stehen deshalb kaum in Konkurrenz zueinander. Sie nutzen einander daher als Informationsquellen und vermitteln sich gegenseitig Kontakte zu den jeweiligen nationalen Politikern und Entscheidungsträgern.

Dieses Klima der Kooperation führt auch dazu, dass Journalisten weniger als im nationalen Kontext gegeneinander ausgespielt werden können. Viele Methoden des Spin Doctoring und News Management sind nicht Erfolg versprechend, wenn Journalisten nicht in einem gewissen Ausmaß miteinander konkurrieren.

Transnationale Kooperationen zwischen Journalisten, wie sie in der EU-Berichterstattung intensiv praktiziert werden, beschneiden jedoch nicht nur die Manipulationsmöglichkeiten politischer Akteure. Die journalistischen Netzwerke über verschiedene Nationalitäten stellen im Quellen-Dschungel der EU auch Transparenz her und ermöglichen durch gegenseitige Hilfestellungen trotz geringer Ressourcen in den Nachrichtenredaktionen weiterführende Recherchen. Dies wurde besonders in den Schilderungen der Journalisten über die Zusammenarbeit bei Gipfeln des Europäischen Rats deutlich. Doch obwohl diese Recherchenetzwerke inzwischen – sowohl informell als in Einzelfällen auch formell²⁴ – an der Tagesordnung sind, sind es noch immer hauptsächlich die europäischen Institutionen, die die Themen auf der Nachrichtenagenda bestimmen. Über welche Inhalte wann berichtet wird, gibt – nach den Aussagen der meisten Korrespondenten – in erster Linie der Kalender der europäischen Institutionen vor. Die Berichterstattung ist also meist anlassbezogen und nicht rechercheinduziert, ein klares Indiz für die Dominanz eines eher affirmativ begleitenden Journalismus. Die Gründe hierfür liegen vor allem in der unzureichenden personellen Ausstattung der Brüsseler Büros. Journalisten haben selten die Ressourcen, um durch aufwändige Recherche unabhängig von den Inhalten, die der politische Apparat vorgibt, eigene Themen auf die Nachrichtenagenda zu setzen. Was in Berlin als Personalnotstand gelten würde, ist in Brüssel der Normalfall.

Unterstützt wird diese Tendenz durch das Selbstverständnis der Korrespondenten. Sie folgen eher einem informationsvermittelnden und erklärenden Muster als einem investigativen Journalismusverständnis. Dieses

²⁴ Wie oben beschrieben, sind hier die WAZ-Gruppe, die ein Büro für EU-Korrespondenten unterschiedlicher Nationalitäten eingerichtet hat, sowie die

internationalen Redaktionen von Reuters und der Financial Times besonders positive Beispiele.

Selbstbild als „Übersetzer“ der EU-Politik ist unter anderem eine Folge des hohen Komplexitätsgrades europäischer Politik, der eine Beschreibung der institutionellen Grundlagen immer wieder notwendig macht. Viele Journalisten trauen ihrem Publikum das Verständnis für eine differenzierte Darstellung von EU-politischen Fragen nicht zu – ein Publikumsbild, das anspruchsvolle EU-Berichterstattung zusätzlich behindert.

Dieses Publikumsbild findet sich nicht nur bei den Korrespondenten, sondern auch bei den Heimatredakteuren, die als Gatekeeper entscheiden, was in die Berichterstattung aufgenommen wird. Hier zählt der Nachrichtenwert, der bei Berichten aus Brüssel aufgrund einer Vielzahl von Faktoren oft gering ist. Zudem gibt es in den Heimatredaktionen wenig Überprüfungs Kapazität, die Redakteure sind mit den Feinheiten europäischer Politik selten in ausreichendem Maße vertraut. So wird Europaberichterstattung erst von Experten geschrieben um dann von relativen Laien selektiert zu werden, welche ihre Auswahl stellvertretend für Leser treffen, die das Thema mutmaßlich abschreckt. Das Publikumsbild der Journalisten ist auch ein sprechendes Beispiel für die Tatsache, dass Schwierigkeiten der EU-Berichterstattung nur selten isoliert betrachtet werden können, sondern meist Bestandteil übergreifender, sich selbst verstärkender Mechanismen sind. So führen die Medien

als Grund für die geringe Präsenz europäischer Politik das mangelnde Interesse des Publikums an. Voraussetzung für ein wachsendes Interesse aber wäre ein Verständnis der politischen Prozesse in Brüssel, das wiederum auch durch die Medien vermittelt werden müsste. Diese Studie, die sich besonders auf den deutschen EU-Journalismus konzentriert, hat Schwachpunkte in den Routinen der EU-Berichterstattung ermittelt. Sie hat sich der Thematik mit zwei einander ergänzenden Methoden genähert. Selbstbeschreibungen und Wahrnehmungen des eigenen Arbeitsumfelds sind meist sehr subjektiv, daher wurden die aus leitfadengestützten Experten-Interviews gewonnenen Daten durch die Ergebnisse der teilnehmenden Beobachtung ergänzt²⁵. Die Kombination der Methoden hat sich als effektive Möglichkeit erwiesen, um mehr über die Arbeitsroutinen und das Rollenverständnis von Journalisten in der Europaberichterstattung herauszufinden. Um generalisierbare Daten zu gewinnen, müsste die Anwendung qualitativer Methoden jedoch durch die Erhebung repräsentativer quantitativer Daten ergänzt werden. So könnte beispielsweise eine standardisierte Befragung, ergänzt durch eine Inhaltsanalyse der Medienberichterstattung, helfen, die in dieser Studie entwickelten Thesen zu testen, sie zu verfestigen und zu ergänzen.

²⁵ Auch Baerns betont, dass journalistische Selbstbeurteilung häufig zu sehr

anderen Ergebnissen führt als teilnehmende Beobachtung (1991:152-153).

8. Literatur

- ADAM, Silke/ BERKEL, Barbara (2004): The Transformation of Political Mobilisation and Communication in European Public Spheres. Work package: WP 3. Case Report Germany.
Abrufbar unter: <http://europub.wz-berlin.de/Data/reports/WP3/WP3%20CR/D3-3%20WP3%20Country%20Report%20DE.pdf>, Stand: Oktober 2007.
- ANDERSON, Peter J./ WEYMOUTH, Tony (1999): Insulting the public? The British Press and the European Union. New York, London: Longman.
- BACKHAUS, Michael (1999): Bauernopfer. IOC Vollversammlung. In: Berliner Morgenpost vom 18. März 1999, Heft 76/1999, S.4.
- BAERNS, Barbara (1987): Macht der Öffentlichkeitsarbeit und Macht der Medien. In: SARCINELLI, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft: Beiträge zu politischen Kommunikationskultur. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S.147-160.
- BAERNS, Barbara (1991): Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Zum Einfluss im Mediensystem. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- BAISNÉE, Olivier (2000): Can Political Journalism exist at the EU level? Paper presented at the 17th workshop on political journalism: New challenges, new practices, Copenhagen.
- BAISNÉE, Olivier (2004): The Politics of the Commission as an Information Source. In: SMITH, Andy (Hrsg.): Politics and the European Commission. Actors, Interdependence, Legitimacy. London: Routledge, S.134-155.
- BARTH, Henrike/ DONSBACH, Wolfgang (1992): Aktivität und Passivität von Journalisten gegenüber Public Relations. Fallstudie am Beispiel von Pressekonferenzen zu Umweltthemen. In: Publizistik, 37(2), S.151-165.
- BENTELE, Günter/ LIEBERT, Tobias/ SEELING, Stefan (1997): Von der Determination zur Intereffikation: Ein integriertes Modell zum Verhältnis von Public Relations und Journalismus. In: BENTELE, Günter/ HALLER, Michael (Hrsg.): Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit: Akteure - Strukturen - Veränderungen. Konstanz: UVK Medien, S.225-250.
- BRETTSCHNEIDER, Frank/ RETTICH, Markus (2005): Europa – kein Thema für die Medien. In: TENSCHER, Jens (Hrsg.): Wahl-Kampf um Europa. Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S.136-156.
- BRUNMAYR, Hans (2000): Do we really need a European information policy? In: Baerns, Barbara/ Raupp, Juliana (Hrsg.): Information und Kommunikation. Berlin: Vistas, S. 20-24.
- BUNZ, Axel (2000): Informationsüberflutung oder Informationsmangel? Anmerkungen zur transnationalen Kommunikation in Europa. In: BAERNS, Barbara/ RAUPP, Juliana: Information und Kommunikation in Europa. Transnational Communications in Europe. Berlin: Vistas, S.25-27.
- BURKART, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft. Böhlau Verlag: Köln, Weimar, Wien.
- COHEN, Bernard C. (1963): The Press and Foreign Policy. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- COTTLE, Simon (1998): News, Public Relations and Power. London: Sage Publications.
- CURRAN, James (2000): Rethinking Media and Democracy. In: CURRAN, James/ GUREVITCH, Michael (Hrsg.): Mass Media and Society. 3rd ed., London: Arnold, S.120-154.
- DIEKMANN, Andreas (2002): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden und Anwendungen. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- DIEKMANN, Andreas (2004): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 11. Aufl., Reinbek b. Hamburg: Rowohlts Enzyklopädie.
- EDER, Klaus (2000): Zur Transformation nationalstaatlicher Öffentlichkeit in Europa. Von der Sprachgemeinschaft zur issuespezifischen Kommunikationsgemeinschaft. In: Berliner Journal für Soziologie, 10, S.167-184.
- EDER, Klaus/ KANTNER, Cathleen (2000): Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In: BACH, Maurizio (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonder-

- heft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen, S. 306-331.
- ESSER, Frank/ REINEMANN, Carsten/ FAN, David (2000): Spin Doctoring in British and German Election Campaigns. How the Press is Being Confronted with a New Quality of Political PR. In *European Journal of Communication*, 15(2), S.209-239.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2005): Weissbuch über eine europäische Kommunikationspolitik vom 1.2.2006, KOM (2006) 35. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/communication_white_paper/doc/white_paper_de.pdf, Stand: Oktober 2007.
- FRANKE, Thomas (2007): Reise zur EU-Kommission – ‚Brüssel unter drei! DJV. Verein Berliner Journalisten e.V. Abrufbar unter: <http://www.berliner-journalisten.de/Europa.1139.0.html>, Stand: Oktober 2007.
- GERHARDS, Jürgen (2000): Das Öffentlichkeitsdefizit der EU: Theoretische Überlegungen und empirische Befunde. In: BAERNS, Barbara/ RAUPP, Juliana (Hrsg.): *Information und Kommunikation in Europa*. Berlin: Vistas, S.56-60.
- GERHARDS, Jürgen/ OFFERHAUS, Anke/ ROOSE, Jochen (2005): Die Europäische Union und die massenmediale Attribution von Verantwortung. Projektskizze einer länder-, zeit- und medienvergleichenden Untersuchung. *Berliner Studien zur Soziologie Europas*. Nr.3. November 2005. Freie Universität Berlin.
- GIEBER, Walter (1956): Across the desk: A study of 16 Telegraph editors. In: *Journalism Quarterly*, 33, S.423-432.
- GRAMBERGER, Marc R. (1997): Die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Kommission 1952-1996. PR zur Legitimation von Integration? Baden-Baden: Nomos.
- GRUNIG, James E./ HUNT, Todd T. (1984): *Managing public relations*. New York: Holt, Rinehard and Winston.
- HABERMAS, Jürgen (2001): Why Europe needs a constitution. In: *New Left Review*, 11, S.1-16.
- HAHN, Oliver/ LEPIK, Tanja/ LÖNNENDONKER, Julia (2006): The Case of Germany. In: AIM Research Consortium (Hrsg.): *Understanding the Logic of EU Reporting in Mass Media. Analysis of EU media coverage in editorial offices in Europe*. Bochum: project Verlag, S. 67-81.
- HALLER, Michael (2005): Kundendienst statt Journalismus? In: *Message – Internationale Fachzeitschrift für Journalismus*, 3, S.14-19.
- HANSEN, Anders/ COTTLE, Simon/ NEGRINE, Ralph/ NEWBOLD, Chris (1998): *Mass Communication Research Methods*. New York: New York University Press.
- HERZOG, Roman/ GERKEN, Lüder (2007): Europa entmachtet unsere Vertreter. In: *Welt Online*, 17.2.2007. Abrufbar unter: http://www.welt.de/dossiers/eu-macht/article720463/Europa_entmachtet_uns_und_unsere_Vertreter.html, Stand Oktober 2007.
- HOFFMANN, Jochen (2003): *Inszenierung und Interpenetration. Das Zusammenspiel von Eliten aus Politik und Journalismus. Studien zur Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- HORSTMANN, Hans H. (2000): Defizite in der Europapolitischen Kommunikation. In: BAERNS, Barbara/ RAUPP, Juliana (Hrsg.): *Information und Kommunikation in Europa*. Berlin: Vistas, S.17-19.
- HUBER, Claudia K./ WEICHERT, Stephan A. (2007): Rezension: Klaus Kamps/ Jörg-Uwe Nieland (Hrsg.): *Regieren und Kommunikation. Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und gouvernementales Kommunikationsmanagement_ Trends, Vergleiche, Perspektiven*. In: *Publizistik*, 52(3), S.424-426.
- HUBER, Claudia K. (2007): – Meeting in the middle – German and British EU correspondents' interplay with sources of information in Brussels. Paper presented at the 4th ECPR General Conference, Pisa, September 6-8, 2007.
- KLEINSTEUBER, Hans J. (2007): Sieben Jahre im Rundfunkrat der Deutschen Welle. Expeditionen eines Wissenschaftlers in die medienpolitische Praxis. Abrufbar unter: <http://www.rundfunk-institut.uni-koeln.de/institut/pdfs/22907.pdf>, Stand: Oktober 2007.
- KLEINSTEUBER, Hans J. (2004): Strukturwandel der europäischen Öffentlichkeit? Der Öffentlichkeitsbegriff von Jürgen Habermas und die European Public Sphere. In: HAGEN, Lutz M. (Hrsg.): *Europäische Union und mediale Öffentlichkeit*. Köln: Herbert von Halem Verlag, S.29 -46.
- KLEINSTEUBER, Hans J./ ROSSMANN, Torsten (1994): *Europa als Kommunikationsraum*. Opladen: Leske and

Budrich.

KOOPMANS, Ruud/ NEIDHARDT, Friedhelm/ PFETSCH, Barbara (2000): Conditions for the Constitution of a European Public Sphere. Paper presented at the Democracy Beyond the Nation-State Conference in Athens.

KÖCHER, Renate (1986): Bloodhounds or missionaries: Role definitions of German and British journalists. In: *European Journal of Communication*, 1(1), S.43-64.

KUNCZIK, Michael/ ZIPFEL, Astrid (2001): *Publizistik*. Köln, Weimar: Böhlau Verlag.

LAMMERT, Norbert (2007): Über Macht und Ohnmacht, Äpfel und Birnen. In: *Welt Online*, 17.3.2007, http://www.welt.de/dossiers/eu-macht/article766244/Ueber_Macht_und_Ohnmacht_Aepfel_und_Birnen.html, Stand Oktober 2007.

LAMNEK, Siegfried (1995). *Qualitative Sozialforschung Methoden und Techniken*. Weinheim: Beltz Psychologie Verlagsunion.

MACHILL, Marcel (1997): Mehrdimensionalität eines europäischen Journalismus-Labors. Medienindustrielle Entwicklung. Europa und Spektren transnationaler Journalismusforschung am Fallbeispiel des ersten europäischen Nachrichtenkanals Euronews. In: KOPPER, Gerhard G. (Hrsg.): *Europäische Öffentlichkeit: Entwicklung von Strukturen und Theorie*. Berlin: Vistas, S.183-208.

MCCOMBS, Maxwell E./ SHAW, Donald L. (1972): The Agenda-Setting-Function of Mass Media. In: *Public Opinion Quarterly*, 36, S.176-187.

MEUSER, Michael/ NAGEL, Ulrike (2005): Experteninterviews. Vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: BOGNER, Alexander/ LITTIG, Beate/ MENZ, Wolfgang (Hrsg.): *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 71-93.

MEYER, Christoph (1999): Political legitimacy and the invisibility of politics: Exploring the European Union's communication deficit. In: *Journal of Common Market Studies*, 37(4), S.617-639.

MEYER, Christoph (2002): *Europäische Öffentlichkeit als Kontrollsphäre*. Berlin: Vistas.

MEYER, Christoph (2003): Exploring the European

Union's communication deficit: Old problems and new departures. In: *Central European Political Science Review*, 4(11), S.35-43.

MEYER, Christoph (2004): „Brüssel hat entschieden, dass...“ _ Über die Schwierigkeiten einer Kontrolle der politischen Verantwortlichkeit des EU Ministerrats durch Medienöffentlichkeit. In: HAGEN, Lutz M. (Hrsg.): *Europäische Union und Mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im Europäischen Einigungsprozess*. Köln: Herbert von Halem Verlag.

MEYER, Thomas/ HINCHMAN, Lew (2002): *Media democracy. How the media colonize politics*. Cambridge: Polity Press.

PFETSCH, Barbara (1998): Government News Management. In: GRABER, Doris/ MCQUAIL, Denis/ NORRIS, Pippa (Hrsg.), *The Politics of News and the News of Politics*. Washington: CQ Press, S.70-93.

PFETSCH, Barbara (2003): Politische Kommunikationskultur: Ein theoretisches Konzept zur vergleichenden Analyse politischer Kommunikationssysteme. In: PFETSCH Barbara/ ESSER, Frank (Hrsg.): *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich: Grundlagen, Anwendungen und Perspektiven*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S.393- 418.

RISSE, Thomas (2004): Auf dem Weg zu einer europäischen Kommunikationsgemeinschaft: Theoretische Überlegungen und empirische Evidenzen. In: FRANZIUS, Claudio/ PREUß, Ulrich K. (Hrsg.): *Europäische Öffentlichkeit*. Baden-Baden: Nomos, S.139-154.

ROSS, George (1994): *Jacques Delors and European Integration*. Cambridge: Polity.

RUHRMANN, Georg/ GÖBBEL, Roland (2007): Veränderung der Nachrichtenfaktoren und Auswirkungen auf die journalistische Praxis in Deutschland. Abschlussbericht für Netzwerk Recherche e.V. Wiesbaden: Netzwerk Recherche.

SARCINELLI, Ulrich (1998): Parteien und Politikvermittlung: Von den Parteien zur Mediendemokratie? In: Ders. (Hrsg.): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft: Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S.273-296.

- SCAMMEL, Margaret/ SEMETKO, Holli (2000): Introduction, Media and Democracy: Democracy and the Media. In: Dies. (Hrsg.): *The Media, Journalism and Democracy* Aldershot, Burlington USA, Singapore, Sidney: Ashgate, Dartmouth, S. xii-xlix.
- SCHÄFER, Thorsten (2006): Eurovisionen. Junge Menschen schreiben über Europa. Friedrich-Ebert-Stiftung. Abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/do/04204-20070615.pdf>, Stand: Oktober 2007.
- SCHÄFER, Thorsten (2005): Fit sein für Europa. In: *Journalist* 9/2005, S.58-59.
- SCHNEEDLER, Thomas (2006): Getrennte Welten? Journalismus und PR in Deutschland. Wiesbaden: Netzwerk Recherche.
- SCHULZ, Winfried (1976): Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung. Freiburg/ München (2. Aufl. 1991).
- STABENOW, Michael (2004): Zwischen europäischem Rock und nationalem Hemd – EU-Berichterstattung aus Brüsseler Sicht. In: FRANZIUS, Claudio/ PREUB, Ulrich K. (Hrsg.): *Europäische Öffentlichkeit*. Baden-Baden: Nomos, S.230-236.
- STATHAM, Paul (2006): *Political Journalism and Europeanization: Pressing Europe?* Centre for European Political Communications, Working Paper Series, Issue 13/06.
- SZYSKA, Peter (1997): Bedarf oder Bedrohung? Zur Frage der Beziehungen des Journalismus zur Öffentlichkeitsarbeit. In: BENTELE, Günter/ HALLER, Michael (Hrsg.): *Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit: Akteure – Strukturen – Veränderungen*. Konstanz: UVK Medien, S.209-224.
- TILLACK, Hans-Martin (2004): Europa ist den Bürgern fern. Woran scheitern Politik und Medien? In: *epd medien*, 91, S.13-19.
- TILLACK, Hans-Martin (2006): Subtiler Jubel aus Brüssel. In: *message*, 3, S.35-41.
- TRENZ, Hans-Jörg/ EDER, Klaus (2004): Democratizing Dynamics of a European Public Sphere. Towards a Theory of Democratic Functionalism. In: *European Journal of Social Theory*, 7(1), S.5-25.
- TRENZ, Hans-Jörg (2005): Europa in den Medien. Die europäische Integration im Spiegel nationaler Öffentlichkeit. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- VETTERS, Regina (2007a): Konvent + Verfassung = Öffentlichkeit? Momente europäischer Öffentlichkeit in der Berichterstattung deutscher, britischer und französischer Printmedien zur EU-Verfassungsdebatte. Freie Universität Berlin.
- VETTERS, Regina (2007b): Vor Ort in Europa. Ein Vergleich der EU-Berichterstattung deutscher Qualitäts- und Regionalzeitungen. In: *Medien und Kommunikationswissenschaft*, 3, S.355-371.
- VOLTMER, Katrin/ EILDERS, Christiane (2003): The Media Agenda: The Marginalization and Domestication of Europe. In: DYSON, Kenneth/ GOETZ, Klaus H. (Hrsg.): *Germany, Europe and the politics of constraint*. Oxford: University Press, S.173-197.
- WALLSTRÖM, Margot (2005): Die Europe Direct-Informationsrelais sind von entscheidender Bedeutung für die neue Kommunikationsstrategie. IP/05/823. Brüssel, 30.Juni 2005. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/austria/europedirect/docs/IP-05-823_DE.pdf, Stand: Oktober 2007.
- WEISCHENBERG, Siegfried (2005): Journalismus. In: WEISCHENBERG, Siegfried/ KLEINSTEUBER, Hans J./ PÖRKSEN, Bernhard: *Handbuch Journalismus und Medien*. Konstanz: UVK, S.132-142.
- WEISCHENBERG, Siegfried/ MALIK, Maja/ SCHOLL, Armin (2006): Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland. Konstanz: UVK.
- WHITE, David Manning (1950): The „Gate Keeper“. A case study in the selection of news. In: *Journalism Quarterly*, 3, S.383-390.
- WHITE, David Manning (1964): The „Gate Keeper“. A case study in the selection of news. In: DEXTER, Lewis A./ WHITE, David Manning (Hrsg.): *People, Society and Mass Communications*. New York: The Free Press, S. 160-172.
- ZYPRIES, Brigitte (2005): Markenbildung in der Politik. In: BALZER, Axel/ GEILICH, Marvin/ RAFAT, Shamim (Hrsg.): *Politik als Marke. Politikvermittlung zwischen Kommunikation und Inszenierung*. Münster: Lit-Verlag, S.89-94.

Danksagungen

Ohne die großzügige finanzielle Förderung des Mainzer-MedienDisputs, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der ING DiBa AG wäre diese Publikation nicht zu Stande gekommen. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

Mein besonderer Dank gilt zudem Franziska Oehmer, die mit viel Engagement und tatkräftiger Unterstützung dazu beigetragen hat, diese Studie im Rahmen des straffen Zeitplans fertig zu stellen. Zu danken habe ich außerdem Herrn Dr. Thomas Leif, der mir mit dieser Veröffentlichung die Chance gibt, die Ergebnisse meiner Forschung über die Kreise der „Scientific Community“ hinaus öffentlich zu machen. Dr. Stephan Weichert,

Prof. Dr. Hans Kleinsteuber und Dr. Lutz Hachmeister danke ich für die kritische Lektüre des Manuskripts und kreative Anregungen.

Ohne die befragten Journalisten, die mir trotz ihres oft chronischen Zeitmangels Gesprächstermine gewährt und einen vertrauensvollen Blick hinter die Kulissen gewährt haben, wäre diese Studie nicht möglich gewesen. Auch danke ich Herrn Martin Kotthaus, dem Pressesprecher der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, dafür, dass er mir den Zugang zu einem Hintergrundkreis gewährt hat, und so meine Beobachtungen erst möglich gemacht hat.

Die Autorin



CLAUDIA KRISTINE HUBER, geboren 1980, 1999-2000 einjähriges Studium Generale am Leibniz Kolleg in Tübingen. 2000-2004 Studium der Fächer Medienmanagement, Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Psychologie und Politikwissenschaften am Institut für Journalistik- und Kommunikationsforschung in Hannover, der

Freien Universität (FU) Berlin und der London School of Economics and Political Sciences (LSE). Abschluss an der LSE mit dem Master of Sciences im Jahr 2004. 2005

Erwerb der Zusatzqualifikation in Medienpädagogik und Medienforschung an der FU-Berlin. Während des Studiums studentische Hilfskraft am Center for Media Research der FU Berlin. Claudia K. Huber wurde von der Studienstiftung des deutschen Volkes und dem Deutschen Akademischen Austausch Dienst gefördert.

2004 und 2005 Tätigkeit als Projektreferentin im Referat für Kultur und Medien des Auswärtigen Amtes in Berlin, 2006 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hamburg Media School.

Seit Ende 2006 ist Claudia K. Huber wissenschaftliche Referentin am Berliner Institut für Medien- und Kommunikationspolitik (IfM), wo sie zur europäischen Kommunikationspolitik arbeitet. Zudem schreibt sie ihre Doktorarbeit zu politischer Kommunikation bei EU-Ratspräsidentenschaften.

12 Jahre MainzerMedienDisput

1. MainzerMedienDisput vom 9. Oktober 1996

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Umbruch

2. MainzerMedienDisput vom 26. November 1997

Medienzukunft zwischen Morgen und Grauen –
Medien im Unterhaltungsrausch

3. MainzerMedienDisput vom 26. November 1998

Wa(h)re Nachrichten – Berichterstattung
zwischen Medien-Realität und Wirklichkeit

4. MainzerMedienDisput vom 4. November 1999

Markt, Macht, Macher – Wohin treibt das Programm?

5. MainzerMedienDisput vom 9. November 2000

Im Seichten kann man nicht ertrinken...
...Medien zwischen Sinn und Sensation

6. MainzerMedienDisput vom 27. November 2001

New Journalism – Vom Kulturgut zum Wirtschaftsgut

7. MainzerMedienDisput vom 30. Oktober 2002

Verschwiegen, Verschwunden, Verdrängt –
was (nicht) öffentlich wird

8. MainzerMedienDisput vom 3. Oktober 2003

Auf dem Boulevard der Öffentlichkeit –
Was kosten uns die Meinungsfreiheit?

9. MainzerMedienDisput vom 4. November 2004

Kommerz, Kartelle, Kumpanei – Medien und Politik
zwischen Populismus und Verantwortung

10. MainzerMedienDisput vom 10. November 2005

(Medien)-Muster ohne Wert? – Medien in der Wertefalle

11. MainzerMedienDisput vom 9. November 2006

Kommerz auf allen Kanälen – vor der digitalen Revolution

12. MainzerMedienDisput vom 22. November 2007

Medienkonzern Europa: verkümmerte Öffentlichkeit ·
steigende Kurse · blühende Bürokratie

Die Dokumentationen der Jahre 2002 bis 2006 erhalten Sie als pdf-Download unter www.mediendisput.de oder
bei MGS Marketing GmbH, Mittelstraße 5, 56579 Hardert. (DIN A5-Umschlag, frankiert mit 1,45 Euro)

Gesellschafter und Mitveranstalter:

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
FES - Friedrich-Ebert-Stiftung
LMK - Landeszentrale für Medien
und Kommunikation
Rheinland-Pfalz

Projektgruppe:

Gerhard Kraus
Dr. Thomas Leif
Thomas Meyer
Uli Röhm
Bertold Runge

Beirat:

Dr. Rudolf Büllsbach
Manfred Helmes
Dr. Joachim Kind
Carla Schulte-Reckert
Walter Schumacher
Reinhard Weil

Geschäftsführung:

MGS Marketing GmbH
Marketing-Services
Günter Schreiber
Yvonne Kuhlmann

Kontakt:

Tel.: 0 26 34/96 88-12/13/14
Fax: 0 26 34/96 88-19
info@mediendisput.de
www.mainzermiendisput.de

Anschrift:

Haus Forst
Mittelstraße 5
56579 Hardert

Medienpartner des MainzerMedienDisputs:



Unsere Sponsoren und Wirtschaftspartner:



Helmut Schmidt-Journalistenpreis 2008



„Wir brauchen Journalisten, die Hintergründe transparent machen und zugleich für jeden verständlich formulieren können.“

Die Zielsetzung des Journalistenpreises, den die ING-DiBa einmal im Jahr vergibt, entspricht meiner Vorstellung von einem Wirtschaftsjournalismus, der dem Bürger Urteilskraft über ökonomische Themen verschafft.“

Helmut Schmidt

Die ING-DiBa fördert verbraucherfreundliche Berichterstattung über Banken und Finanzdienstleistungen. Überzeugen Sie unsere Jury und der Helmut Schmidt-Journalistenpreis für das Jahr 2008 gehört Ihnen.

Schicken Sie Ihren Beitrag bis spätestens 15. Juli 2008 an:

ING-DiBa AG
Dr. Ulrich Ott
Theodor-Heuss-Allee 106
60486 Frankfurt am Main

Telefon 069 / 27 222 66233
Telefax 069 / 27 222 66116
E-Mail: u.ott@ing-diba.de
oder bewerben Sie sich
online:
www.ing-diba.de/presse

- 1. Preis: 15.000 Euro**
- 2. Preis: 10.000 Euro**
- 3. Preis: 5.000 Euro**

Die Jury berücksichtigt Presseartikel, Online-Konzepte sowie Hörfunk- und Fernsehbeiträge, die zwischen dem 16. Juli 2007 und dem 15. Juli 2008 im deutschsprachigen Raum erschienen sind und sich kritisch mit Entwicklungen im Finanzdienstleistungssektor auseinandersetzen. Autoren können sich mit maximal 2 Beiträgen selbst bewerben. Vorschlagsberechtigt sind auch Ressortleiter, Chefredakteure, Verleger und Leser.

ING  **DiBa**